

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Original täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 16. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zu den Landtagswahlen in Baden

Wird uns von unserem dortigen Korrespondenten geschrieben:
 Der Vergewaltigungskampf zwischen Liberalismus und Merkantilismus, zu dem sich in Baden die erste unter dem direkten Wahlrecht vorzunehmende Wahl zur Zweiten Kammer zugehörigen scheint, zeitigt für diejenigen Parteien, die nicht unmittelbar bei dieser Entscheidung interessiert sind, seltene Früchte. Es liegt auf der Hand, daß das Zentrum sowohl wie der aus Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten bestehende liberale Block alles aufbieten, um sich die Unterstützung oder doch die wohlwollende Neutralität der Konservativen und der Sozialdemokratie zu sichern, von denen sie wissen, daß sie in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen zwischen den genannten großen Parteiengruppen den Ausschlag geben. Die Konservativen sind schon seit Wochen der Gegenstand lebhafter Umschmeiçelung in der liberalen und der Zentrumspresse, wobei erstere den evangelisch-positiven Charakter der konservativen Partei besonders betonen, der ihr eine Annäherung an das katholische Zentrum unmöglich mache, während das letztere die politischen, sozialen und allgemein kulturellen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückt, die die Konservativen mit den Merkantilen verbinden und ihnen die Stärkung des Liberalismus nicht wünschenswert erscheinen lassen könnten. Den größeren Erfolg bei diesem an unsäuerliche grenzenden Wettbewerß scheinen die Herren vom Zentrum schon deshalb einzukaufen, weil sie den Konservativen weit mehr zu bieten vermögen als der bankrotte Pseudoliberalismus, dann aber auch, weil das den Konservativen von der Zentrumspresse vorgegaukelte Bild einer Merkantil-konservativen Mehrheit für die Partei der Geschicklichen ebenso viel Verlockendes an sich hat, wie seine Realisierung der politischen Organisation der Geschorenen erstrebenswert erscheint. Die Hoffnung unserer Liberalen, mit Hilfe der äußersten Rechten das Döckchen aufzuhalten, das ihnen am 19. Oktober droht, dürfte sich also allem Anschein nach als eine teurerische erweisen, indes das Zentrum zu mindesten die indirekte Unterstützung der Konservativen als einen ziemlich verlässigen Faktor in seine Wahlsrechnung einstellen kann.

Mit demselben Interesse wie das Verhalten der Konservativen verfolgt man in den Reihen der beiden großen bürgerlichen Parteien die Stimmung innerhalb der Sozialdemokratie. Es begreift sich, daß das Werben um unsere Gunst — sind wir sonst doch stets der „innere Feind“, die „vaterlandslosen Gesellen“, die „Gottesläugner“ und „Kirchenfeinde“! — nicht so offen betrieben wird, wie gegenüber der konservativen Partei. Immerhin fehlt's nicht an zahlreichen eindringlichen Lehren, in denen man uns von liberaler Seite zu verstehen geben will, daß die Bekämpfung der „Schwarzen“ Gefahr unsere vornehmste Pflicht sei, und daß wir ja so viele Interessen — Schule, Bismarckstadt, Kunst etc. — mit dem bürgerlichen Liberalismus gemeinsam hätten, während uns die Zentrums- und liberalen Presse ihrerseits auf die politisch-reaktionäre Vergangenheit der bürgerlichen Liberalen hinweist und die Wiederaufrichtung ihrer Parteiherrschaft als das schlimmste Unglück für's Land hinstellt. Schon aus der einfachen Erwägung, daß sie beide recht haben, und daß der Wähler und der Wähler, daß sie alle beide sinken — ergibt sich für uns die Konsequenz, weder da noch dort auf einen Handel einzugehen, sondern auf liberaler wie auf merkantiler Seite den Dingen ihren Lauf zu lassen. Wenn etwas uns bestimmen könnte, von diesem Grundsatze abzuweichen, so könnte es nur das Bestehen sein, die Ausrichtung einer einseitigen Parteiherrschaft mit absoluter Mehrheit im Parlament zu verhindern, um der sozialdemokratischen Vertretung in der Zweiten Kammer, wie selber so auch für die Zukunft, dadurch einen größeren Einfluß auf die innerpolitische Entwicklung des Landes einzuräumen, daß ihr in allen großen Fragen die ausschlaggebende Entscheidung nach rechts oder links vorbehalten bleibt.

Weniger klar und einfach als die grundsätzliche Stellungnahme der Sozialdemokratie ist bei den bevorstehenden Wahlen umgekehrt das Verhalten der Liberalen und des Zentrums zu uns. Schwierig wird es natürlich beiden, uns Liebeserklärungen zu machen, um sich dadurch Gegendienste zu sichern; denn wer so, wie sie beide, jahraus jahrein auf uns loshaut, der gerät begreiflicherweise bei der großen Masse der einfach und naiv Denkenden leicht in den Geruch der Charakterlosigkeit und Bestimmungslumperei. Andererseits ist aber die Hilfe der Sozialdemokratie für Liberale wie für Zentrum gerade diesmal „ein Ziel, aufs innigste zu wünschen“. Der „liberale Block“ gab vor, als vornehmsten Zweck die Abwendung der „merkantilen Gefahr“ sich gesetzt zu haben, und es erscheint deshalb nur eine logische Konsequenz zu sein, wenn das führende Vorkämpfer einer der Blockparteien, die demokratische „Frankfurter Zeitung“ für das Verhalten ihrer Koalitierten bei der Entscheidung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie diese anerkenntswert erakte Richtlinie zog:

Wir wiederholen, was wir schon vor Wochen als unsere innerste Ueberzeugung ausgesprochen haben: daß es die unabweisbare Pflicht eines jeden liberalen Mannes sein muß, von den Nationalliberalen bis zu den Demokraten, bei der Entscheidung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum entschieden für die erstere einzutreten. Der Feind steht rechts! Und diese Parole muß gelten, ganz unabhängig von dem, was die Sozialdemokratie hinsichtlich Persönliches Empfinden muß ausgeschaltet werden, nur die Sache darf gelten.

Hätten wir es in den Parteien des „Blocks“ mit Organisationen zu tun, auf die irgend welcher Verlaß ist, so könnte man dieser Parole des Sonnemann-Blattes schon einigen praktischen Wert be-

maßen. So aber, wie die Dinge beim bürgerlichen Liberalismus liegen, wären wir Sozialdemokraten übel beraten, wenn wir auf die schönen Worte bauen wollten. Es genügt, hier daran zu erinnern, daß gewisse nationalliberale Parteigrößen eine Unterstützung der Sozialdemokraten von jeher unter allen Umständen als ausgeschlossen erklärt haben, und daß das einzige Vorkämpfer der Freisinnigen im Lande, die „Neue Bad. Landeszeitung“ in Mannheim — allerdings ein Papier von besonders großer Gesinnungsverlotterung und politischem Streberdrang — seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, das gesamte Bürgertum, vom Zentrum und den Konservativen bis hinüber zu den Bourgeoisdemokraten, gegen die Sozialdemokratie zu sammeln. Wo da die Soldaten herkommen sollen, die dem Kommando der Frankfurter Generale folgen — die Partei der bürgerlichen Demokraten selbst ist auf ein paar Duzend Leute zusammengekrumpft —, das ist uns vorläufig unerfindlich. Das Verlassen auf die eigene Kraft und deren Anspannung bis zur letzten Faser ist also die einzige Folgerung, die sich aus den Aeußerungen der Blockparteien für uns Sozialisten ergibt.

Daß das Zentrum ein Interesse daran hat, eher die Fraktion der Sozialdemokraten um einige Köpfe stärker werden zu lassen, als diese Siege den Liberalen zu gönnen, ist ohne weiteres klar. Für seine Sache strebt diesmal viel auf dem Spiel. Eine Reihe von kirchenpolitischen Fragen — darunter in erster Linie die der Zulassung einiger Klöster — harret der Entscheidung und soll durch die bevorstehenden Wahlen entschieden werden, und gar zu gern würde das Zentrum seinem im Laufe der letzten Jahre ohne allen Zweifel stark gewachsenen Einfluß im Lande dadurch weithin sichtbaren Ausdruck verleihen, daß es mindestens die relative Mehrheit der Kammerfrage erobert und damit einen der Seinigen auf den Stuhl des Landtagspräsidenten bringt. Diesen Triumph über die schon so lange aufs erbitterteste belämpften Nationalliberalen würde sich das Zentrum schon etwas kosten lassen, und die Andeutungen seiner Presse, die sozialistischen Kandidaten unter allen Umständen denjenigen des Blocks vorzuziehen, sind deshalb schon etwas ernster zu nehmen als die oben charakterisierten Beteuerungen der Blockpresse. Dafür garantiert schon die straffere Organisation des Zentrums und die bessere taktische Disziplin seiner Wähler, die sich ja erst vor kurzem, bei den Landtagswahlen in Bayern, gerade der Sozialdemokratie gegenüber wieder aufs beste bewährt hat.

Doch auch den Versprechungen von dieser Seite gegenüber tun wir gut, die höchste Ruhe zu bewahren. Wir wissen, daß sie keineswegs uneigennütigen Motiven entspringen und vor allem auf Gegenleistungen berechnet sind. Die bürgerliche Sozialdemokratie ist diesmal in der angenehmen Lage, die Dinge ruhig an sich herankommen lassen zu können, weil infolge der Besondereit der innerpolitischen Situation des Landes die Entscheidung sich nicht um sie dreht, sondern zwischen den beiden feindseligen bürgerlichen Bestanschaunungen, dem Liberalismus und dem Merkantilismus, ausgefochten wird. Erscheint es diesen geboten, da und dort einem sozialistischen Kandidaten die Stimme zu geben, um den Sieg des bürgerlichen Gegners zu verhindern, gut; so mögen sie es tun. Uns aber in den Streit der beiden Gegner ohne Not einzumischen, dazu liegt nicht der mindeste Grund vor. „Feinde ringsum!“ sei auch diesmal unsere Parole, und auf eigene Füße gestellt, hat sich unsere Partei noch immer am besten geschlagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. September.

Unter einem elenden Wahlsystem!

Ein Wahllampf von großer Bedeutung ist am Donnerstag in Sachsen ausgefochten worden. Es fanden in einem Drittel der sächsischen Landtags-Wahlkreise die Urwahlen der dritten Abteilung statt. Am Freitag wählt die zweite Abteilung, am Sonnabend die erste. Wenn auch die Wahl der zweiten und ersten Abteilung über die Mandate entscheidet und die Zusammenfassung der sächsischen Kammer bestimmt, so ist doch ausschließlich die Wahl der dritten Abteilung, welche zirka 80 Proz. der Wählerschaft umfaßt, von wirklich politischer Bedeutung.

Es ist unter dem herrschenden Wahlrecht so gut wie ausgeschlossen, daß die Wähler eine wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung des Landtages herbeiführen könnten. Einige konservative Agrarier werden voraussichtlich auf der Strecke bleiben und dafür Nationalliberale gewählt werden; das wird aber nur in drei oder vier Fällen möglich sein. Aber selbst wenn die Nationalliberalen, die jetzt zum erstenmal wieder selbstständig operieren, wider Erwarten größere Erfolge davontragen sollten, könnten sie doch die konservative Mehrheit nicht erschüttern. Die Nationalliberalen haben ihre Hoffnung auf den Verband sächsischer Industrieller gesetzt, welcher der agrarischen Politik im Landtage den Krieg erklärt hat. Tatsächlich sind die von diesem Verbande empfohlenen Kandidaten bis auf verschwindende Ausnahmen Nationalliberale. Die Zahl der Industriellen ist nicht sehr groß, sie reicht aber aus, um in mehreren Kreisen in der ersten Klasse den Wahlausfall bestimmen zu können. Deshalb ist eine kleine Verschiebung zugunsten der Nationalliberalen möglich.

Die Sozialdemokratie hat auf positive Erfolge nicht gerechnet. In den städtischen Kreisen, wo das Durchschnittseinkommen ein hohes ist, können nur Wähler, die mindestens 88 M. Steuern zahlen, also ein Einkommen von mindestens 2400 M. haben, in der zweiten Klasse wählen. Soll aber ein Erfolg erzielt werden, muß unsere Partei neben allen Wahlmännern der dritten Klasse mindestens die Hälfte der Wahlmänner zweiter Klasse haben. Bei einem so hohen Mindesteinkommen in der zweiten Klasse ist es völlig ausgeschlossen, hier Wahlmänner

durchzubringen. Deshalb ist in den städtischen Wahlkreisen und Bezirken mit hohen Durchschnittsteuerbeträgen ein sozialdemokratischer Erfolg völlig ausgeschlossen. Nicht so ungünstig wie in den Städten stehen die Dinge in einigen ländlichen Wahlkreisen. In manchen ländlichen Kreisen können schon Arbeiter mit 800 M. Einkommen in der zweiten Klasse wählen und haben die Arbeiter ein Hauschen, so daß Grundsteuer hinzukommt, kann das Einkommen vereinzelt noch niedriger sein.

Uebrigens ist auch eine glatte Eroberung der dritten Wählerklasse kaum möglich. Da die Wahlbezirke klein sind, lassen sich in fast allen Kreisen Wahlbezirke zurecht teilen, wo Beamte oder andere abhängige Leute dominieren und Arbeiter fast gar nicht zu finden sind. In solchen Bezirken ist auch ein Erfolg in der dritten Klasse selbst bei den größten Anstrengungen kaum möglich.

Wir haben in den letzten Tagen mehrere Zuschriften von alten Parteigenossen aus Sachsen erhalten, aus denen hervorgeht, daß die Wahlagitation unserer Partei keineswegs eine so gute war, wie es möglich und nötig wäre. Sie hätte weit energischer betrieben werden müssen, da die Wählermassen bei den Landtagswahlen schwer auf die Beine zu bringen seien. Erstens deshalb, weil nur in einem Drittel der Wahlkreise gewählt wird, wodurch eine allgemeine, lebhaftere Wahlbewegung unterbunden wird; sodann aber auch, weil ein Mandaterfolg wenig wahrscheinlich ist. Schließlich müsse auch die fortwährende Gegenarbeit wider die Wahlbeteiligung nachteilig einwirken.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten sind bei der Wahl der dritten Abteilung vorzügliche Erfolge erreicht worden.

Eine vollständige Uebersicht der Ergebnisse ist noch nicht möglich. Das aber geht aus den vorliegenden Nachrichten hervor: die Wahlbeteiligung der dritten Klasse war bedeutend stärker als bei früheren Wahlen. Vor 6 Jahren wurde in den jetzt wieder zur Wahl stehenden Kreisen in der 3. Klasse nur eine Wahlbeteiligung von 12 bis 35 Proz. erreicht; jetzt sind 40 bis 45 Proz. Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Während unsere Partei vor 6 Jahren in keinem Wahlkreise die 3. Klasse ganz eroberte, haben wir diesmal in Dresden-Knechtsteden, Leipzig III und V, im 14. städtischen Kreise (Hohenstein-Neerane) und im 22. und 23. ländlichen Wahlkreise vollständig in der dritten Klasse gesiegt! Dasselbe gilt wahrscheinlich auch vom 43., 45. und 37. ländlichen Kreise. Auch in den Kreisen, wo unsere Genossen nicht vollständig durchgedrungen sind, haben wir erhebliche Fortschritte gemacht. Im Kreise Wurzen-Döbzig wurden 1899 nur zwei sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, diesmal 14, und die übrigen 14 stehen mit bester Aussicht in der Stichwahl.

Nach einer Meldung der bürgerlichen Presse wurden in fast allen städtischen Wahlkreisen, die zur Wahl standen, fast ausschließlich sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Man kann vielleicht meinen, es sei selbstverständlich, daß im „roten Sachsen“ die Wahlen in der dritten Abteilung sozialdemokratisch ausfallen. Wer jedoch die außerordentlichen Schwierigkeiten bedenkt, mit denen unsere Partei bei den Landtagswahlen zu rechnen hat, der wird das Wahlergebnis außerordentlich hoch einschätzen. Das Wahlsystem ist in jeder Hinsicht darauf zugeschnitten, dem Volke die Beteiligung an der Wahl zu vereiteln. Als es im Jahre 1898 durchgeführt wurde, war die ausgesprochene Absicht der Reaktion die, nicht nur die sozialdemokratischen Vertreter aus dem Parlament zu vertreiben, sondern die Wahlagitation und die sozialistische Propaganda maktzusetzen. Durch die zähe Wahlbeteiligung ist diese Absicht vereitelt worden. Die schamhäßige Entrechtung der Arbeiter und aller Unbemittelten geriet nicht in Vergessenheit, sie wurde immer von neuem den Entrechteten in die Seele geprägt. Und immer von neuem wurde der Landtag als Klassenvertretung der geringen Zahl von Wohlhabenden und Reichem nachgewiesen und vor aller Welt gebrandmarkt! Die Sozialdemokratie Sachsens kämpft ohne Aussicht auf Mandatengewinn, sie muß die treffliche Gelegenheit zur Aufklärung des Volkes über den Klassencharakter des heutigen Staates, sie erhebt lauten Protest gegen das Unrecht, das auf dem Volke lastet. Diese nachhaltige hartnäckige Arbeit trotz des Scheiterns der Erfolglosigkeit ist zunächst das einzige Mittel, die Geister gegen das Wahlrecht zu mobilisieren und seine Vereitlung vorzubereiten. Die Sozialdemokratie Sachsens beweist, daß sie politische Rechte zu schätzen weiß! Sie zeigt der herrschenden Klasse, daß sie sich durch Gewaltstreiche nicht überwältigen läßt, sondern zu kämpfen vermag auch unter den ungünstigsten Verhältnissen! —

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Wahl hat für die beiden Leipziger städtischen und die beiden ländlichen Wahlkreise (3. und 5. städtischen und 23. und 25. ländlichen) einen völligen Sieg für uns gebracht. In den beiden städtischen Wahlkreisen wurden bei überaus starker Wahlbeteiligung sämtliche Wahlmänner unserer Partei gewählt (Kandidaten Lange und Geber). Im 23. ländlichen Wahlkreise (Goldstein) erhielten wir 3400 Stimmen gegen 401 konservativ und 156 nationalliberale. Im 25. ländlichen Wahlkreise erhielt Genosse Pinau die Majorität.

Amtsrichterlicher Viehhandel.

Aus Rassel wird uns geschrieben: Der antisemitische Abgeordnete für Rassel, Amtsrichter Lattmann in Schmalkalden, hat einen veritablen Zwischenhandel in Schweinen etabliert. Er will vermitteln zwischen der Berliner Viehzentrale, die wöchentlich einen Waggon Schweine nach Rassel und einen Waggon nach Schmalkalden liefern soll, und den Schlächtern. Herr Lattmann will dadurch den Beweis führen, daß wohl eine Fleischsteuer, aber keine Viehsteuer bestehe. Die Preise, die Herr Amtsrichter Lattmann für seine Schweine festsetzt, bedecken sich vollkommen mit den Kasseler Marktpreisen. Diese Preise waren ihm aber nur deshalb möglich, weil er bei seinem ersten Transport von 72 Schweinen, der von Berlin nach

Schmalbuden ging, nicht einen einzigen Verlust hatte. Wäre auch nur ein Schwein krepirt, dann wären Lattmanns Schweine teurer geworden als die hiesigen. Er forderte pro Fentner 72-75 M. Dem unangelegenen Drängen nachgebend, verstand sich Lattmann dazu, in Kassel vor den Jünglingen der Metzger und Gastwirte zu reden. Die „öffentliche Versammlung“ fand Donnerstag nachmittag vier Uhr im Palais-Restaurant, dem feudalsten Lokale der Stadt Kassel, statt. Lattmann und seine Getreuen waren ganz unter sich. Er ländigte, um einigermaßen Befehlen zu können, wider den Bund der Landwirte, wider Walow und den Landwirtschaftsbeihilgen St. Pod in graufamer Weise und legte dann diese Resolution vor:

1. Die außerordentliche, alle Kreise der Bevölkerung beunruhigende und drückende Fleischsteuerung erheischt unbedingt sofortige Abhilfe von Seiten staatlicher und städtischer Behörden.

2. Bedauerlich ist die bei der Behandlung dieser Frage zutage getretene Teilnahmslosigkeit des Reichsfinanzministers, sowie die wenig angemessene Art, wie der Landwirtschaftsminister und der Handelsminister sich gegenüber den Vertretern des Gastwirts und Fleischerhandels verhalten haben.

3. Im Interesse des Friedens der Gesamtbewölkerung wäre es gewesen, wenn von dem Landwirtschaftsminister schon längst Erhebungen über die Ursachen der Fleischnot angestellt worden wären.

4. Es muß gefordert werden, daß diese Erhebungen mit aller Deutlichkeit dem Volke die Ursachen der jetzigen Fleischsteuerung klarlegen, damit eine die Land- und Stadtbewölkerung in gleichem Maße aufregende Agitation ausgeschaltet wird. Die zur Behebung der ermittelten Ursachen der Fleischsteuerung erforderlichen Maßnahmen sind ohne Verzögerung in Kraft zu setzen.

5. Vorab muß verlangt werden, daß von Seiten der kaiserlichen Staatsregierung für die Beförderung von Schlachtvieh die Tarife verbilligt werden, sowie daß die die Fleischpreise verteuernenden städtischen und Schlachthausabgaben beseitigt werden.

6. Zweck möglichst Ausweitung des Viehpreises verteuern den Zwischenhandels ist mit allen Kräften auf eine bessere Organisation der Viehwirtschaft Landwirtschaftsminister hinzuwirken, damit ein möglichst direkter Verkehr zwischen Landwirtschaft und Schlachtereigewerbe angebahnt werde.

Lattmanns getreueste Anhänger pfiffen aber ihrem Abgeordneten nach. Sie lehnten mit neunzehntel Mehrheit seine Resolution ab und nahmen eine Resolution an, in der die Definition der Grenzen gefordert wurde, von der Lattmann natürlich nichts wissen wollte.

Diese Behandlung eines böhmischen Abgeordneten durch seine beste Schutztruppe darf wohl als symptomatisch angesehen werden. Das Volk leidet entschuldigend unter der Fleischnot, aber am Tage der Abrechnung wird Heulen und Zähneklappen sein in den Kreisen der Ministerpolitiker.

Oberst a. D. Gähle schreibt im „S. Z.“ einen offenen Brief an den Kriegsminister, in dem er das Verfahren gegen ihn kritisiert und als Veranlasser des ihm geschehenen Unrechts das Militärkabinett bezeichnet, dem gegenüber der Kriegsminister ohnmächtig sei. Der offene Brief sagt hierzu:

„Ich kämpfte für die verfassungsmäßige Freiheit der Feder, die durch das Militärkabinett verlernt ist, Sie aber müssen dessen ungeachtet Vorgehen decken, eine Aufgabe, die mit der Stellung eines konstitutionellen Ministers schwer in Einklang zu bringen ist. Ich bin und bleibe königlich preussischer Oberst a. D. und trage die Uniform, wo und wann es mir beliebt, und Sie müssen dem, entzückt vielleicht, aber untätig, zusehen. Sollten Sie aber gemeint haben, mit der Veröffentlichung meines Schreibens die Angelegenheit endgültig erledigt zu haben, so muß ich Sie leider schmerzlich enttäuschen; ich werde sie nicht einschlafen lassen, bis der verfassungswidrige Mißbrauch der Ehrenrechte gegen Verabschiedete beseitigt und unsere staatsbürgerliche Freiheit gegen ungesetzliche Anfechtungen gesichert ist.“

Herr Gähle fühlt sich im Recht und darum als der Stärkere. Im Recht ist er gewiß, aber er wird vielleicht erfahren müssen, daß das Militärkabinett stärker ist als ein widerborstiger Oberst a. D.

Abfassung des Religionsunterrichts. Die bremische Behörde hat der Schulbehörde die in letzter Woche beschlossene Eingabe übermittelt, welche die Entfernung des biblischen Geschichtsunterrichts aus dem Lehrplan der bremischen Schulen wünscht und begründet. In der sehr umfangreichen Arbeit, deren Fertigstellung eine von der Behörde gewählte Kommission von 32 Mitgliedern über ein Vierteljahr beschäftigt hat, wird auch auf alle gegnerischen Ansichten, wie sie namentlich in kirchlichen Kreisen geäußert worden sind, ausführlich eingegangen. Die Eingabe fordert, daß die Erteilung des Religionsunterrichts, soweit die Eltern ihn für ihre Kinder wünschen, den einzelnen Religionsgemeinschaften überlassen werde. Der Sittenunterricht soll ohne den bisherigen Anknüpfen an den Religionsunterricht weiter erteilt werden und in weiteren Sinne einer allgemeinen Welt- und Lebenskunde gefaßt sein, wie sie schon jetzt bei der Behandlung von sog. Musterfällen in der Besetzung vermittelt wird. Der Sittenunterricht wird auf der Unter- und Mittelsstufe im Anschluß an geistig, sittlich und literarisch hervorragende und im übrigen für die Stufe passende Stoffe der gesamten Weltliteratur erteilt. Im besonderen sollen auf der Unterstufe dem Unterricht Stoffe aus der Märchenwelt und allerlei dem geistigen Fassungsvermögen des Kindes angepaßte und seiner Umwelt entnommene Gegenstände zugrunde gelegt und nach Art des Anschauungsunterrichts behandelt werden. Auf der Oberstufe ist ein systematischer Sittenunterricht einzuführen, der sich zu einer allgemeinen Gesetzes- und Verfassungskunde erweitert. Um jedoch den Kindern die dogmatischen Anschauungen der verschiedenen Religionsgemeinschaften nicht ganz vorzuenthalten, sollen die Dogmen und das Wesentliche des Traditionsstoffes in einem neu einzuführenden Unterrichtszweige, der „allgemeinen Religionsgeschichte“, ihre Behandlung finden.

Hier würde — so schreiben die Verfasser der Eingabe — eine „objektive“, d. h. wissenschaftliche Form der Darstellung möglich sein, denn der Gegenstand der Darstellung würden die Dogmen selbst bilden, nicht aber Stoffe und Geschichten, die von vornherein im Sinne eines bestimmten Dogmas geschaffen seien. „Was den allgemeinen geistigen, sittlichen und literarischen Wert der hervorragendsten biblischen Stoffe und Stellen betrifft, so ist es selbstverständlich, daß die christlichen Dokumente einer Weltanschauung, die nun zweitausend Jahre die Kulturwelt in der bedeutsamsten Weise beeinflusst hat, Beweise einer ihr eigenen Art von Genialität enthalten müssen. Hinzu kommt die meisterhafte, vielfach schöpferische Veredlung Luther's. Doch so glänzend, tief und genial diese Aussprüche der Bibel sein mögen, so sind sie doch aus eben diesen Gründen häufig nichts für Kinder. Aber auch im Leben der Erwachsenen haben sie nicht die Bedeutung, die mancher ihnen im ersten Augenblick beimessen mag. Sittliche Lebensführung und Pflichtenübung des einfachen Bürgers, wie der Staat sie verlangen muß, bauen sich nicht auf Bibelzitierten auf, ebenso wenig wie auf den Aussprüchen unserer Klassiker, die dem einfachen Manne auch nicht geläufig sind. Wobei sich obenbezeichnete nicht leugnen läßt, daß unsere sittliche Lebensführung viel mehr von dem altklassischen Menschheitsideal, in dessen Sinne auch Goethe und Schiller dichteten, als von der Entzweiung der reinen Christentums bestimmt wird. Geniale Worte und Aussprüche sind eben geistige Nahrung für Augenblicke der Sammlung und Erhebung, und die einfachen Männer werden solche Worte suchen, soweit ihnen nur Zeiten der Sammlung und Erhebung hinreichend gegönnt sind und ihre geistige Bildung hinreichend gefördert ist: sie werden sie suchen in der Bibel so gut wie in anderen klassischen Werken — wenn anders ihnen die Bibel nicht einst durch den Zwangsunterricht der Schule bereift und verdächtig gemacht worden ist.“

Landtags-Ergebnisse. Für den verstorbenen Anwalt der deutschen Gewerbetreibenden Dr. Fritsch, der im Abgeordnetenhaus den Wahlbezirk I Berlin (linkes Spree-Ufer, untere Stadt) vertrat, hat der Oberpräsident soeben die Termine der Ersatzwahl anberaumt. Danach werden die Wahlmänner-Ergänzungswahlen am 5. Dezember und die Wahl des Abgeordneten am 12. Dezember d. J. stattfinden. Zum Wahlkommissar ist der Stadtschulrat Dr. Gerstenberg, zu seinem Stellvertreter der Stadtrat Kallisch, beide in Berlin, ernannt worden.

Viehändler und Fleischsteuerung. Königsberg, den 14. September. (Sig. Ber.) In unsere in normalen Zeiten vielmehr Provinz wird jetzt zur Zeit der Fleischnot von Viehhändlern geradezu besäumt. In Dudenben begegnet man sie fast in jedem Eisenbahnzuge. Auf der Landstraße trifft man sie zu Wagen, zu Fuß und auf dem Fahrrad an, wo sie sich auf die Dörfer und Güter begeben, um von kleineren Viehhändlern (die Großgrundbesitzer halten sich meist die wachsenden Händler fern), hier und da auch von einem ausnahmsweise gut gestellten Landarbeiter Schweine, Schafe, seltener ein Kind zu kaufen. Denn der auf diese Weise betriebene Viehhandel ist immer lohnender als der auf Märkten, wo die Preise für aufgetriebenes Vieh durch die Konkurrenz in die Höhe getrieben und so der Verdienst geschnitten wird.

Die kleinen Leute auf dem Lande wissen zwar längst, daß die Fleischpreise hoch sind, jedoch sind sie nicht genügend unterrichtet, um von den in Ueberredungskünsten geübten Händlern Preise zu fordern und zu halten. Nicht selten werden auch von struppelosen Händlern Kunstgriffe angewendet, um einen nicht zustande gekommenen Kauf hinterher doch perfekt zu machen. Alles in allem genommen macht der Viehhändler auch bei den teuren Fleischpreisen und trotz der Fleischnot ein besseres Geschäft als in normalen Zeiten. Nur müssen sie sich jetzt etwas mehr rühren. Denn oft kommen sie jetzt auf Dörfer oder in die Ställe der Güter und finden dort, wie der Sachverständige heißt: „Alles ausgekauft“. Sie müssen sich dann mit weniger Verdienst begnügen oder ohne Geschäft zu machen weiter ziehen. Im allgemeinen blüht aber der Viehhandel. Und in ihren Gesprächen wünschen die Händler und Kommissionäre denn auch durchaus nicht die Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh oder sonstige Maßnahmen der Regierung, welche ein Geraden der Viehpreise bewirken. Sie sprechen ganz offen den Wunsch aus, daß die Fleischnot, die ihrer Ansicht nach einfach darauf zurückzuführen ist, daß zu viele Menschen da sind, die Fleisch essen wollen, anhalten möge.

Nicht einzelne Händler, sondern in ihrer Mehrheit sind sie, genau wie die meisten Junker, der Ansicht, daß nur der Fleisch essen solle, dessen Einkommen es ihm gestattet, auch die höchsten Preise dafür zu bezahlen.

Mit der Frage der Fleischsteuerung beschäftigte sich am Donnerstag auch die Stadtverordnetenversammlung in Breslau. Ein freisinniger Antrag, der von der Regierung die Öffnung der Grenzen verlangt, fand einstimmige Annahme, sämtliche liberale und konservative Stadtverordnete stimmten für den Antrag. Dagegen erhielt der Antrag unserer Parteigenossen, in Anbetracht der Teuerung die städtische Schlachtereier ganz oder teilweise zu suspendieren, nur zehn Stimmen. Der Freisinn ist gegen die Fleischnot nur dann, wenn es ihm nichts kostet. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Magistrat der Petition um Aufhebung der Grenzsperrung beitreten werde.

Kiel, 15. September. Das Kriegsgericht des ostasiatischen Kreuzergeschwaders hatte am 9. Mai 1908 den Torpedo-Matrosen Lehnhoff von der „Panja“ wegen tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte, Widerstandlichkeit und Achtungsverletzung zu zwei Jahren, einem Monat Gefängnis verurteilt. Während der Strafvollstreckung traten Bedenken auf, ob Lehnhoff zur Zeit der Verurteilung der Tat auch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen sei. Man ließ den Verurteilten in mehreren Anstalten untersuchen und das Resultat war, daß dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben wurde. Vor dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion fand heute die neuerliche Verhandlung statt. Sachverständiger Dr. Siebert-Halle a. S. gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte sich zur Zeit der Begehung der Straftat in einem Zustande krankhaften Kaufs befunden habe und für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Kriegsgericht trat dieser Auffassung bei und sprach den Angeklagten, der bereits sechs Monate der erlassenen Strafe verbüßt hatte, frei.

Ein Dorfgezwaltiger.

Im Großherzogtum Hessen macht sich seit einiger Zeit das Bestreben der Dorfbürgermeister bemerkbar, das darauf abzielt, den sozialdemokratischen Gemeindevertretern die Ausübung ihres Amtes zu erschweren. In dem Zwecke werden die Sitzungen der Gemeindevertreter zu so unangenehmer Zeit einberufen, daß die meist auswärtig arbeitenden Arbeitervertreter einen ganzen Arbeitstag verlieren. So verfuhr auch der Bürgermeister von Urdersbach im Kreise Dieburg trotz entgegenstehenden Beschlusses der Gemeindevertretung. Als dann die sozialdemokratischen Vertreter der Sitzung fernblieben, die dadurch beschlußunfähig wurde, verhängte der Bürgermeister über sie eine Ordnungsstrafe, die allerdings auf Berufung vom Kreisamt wieder aufgehoben wurde. Auch sonst verfuhr der Bürgermeister sehr selbstherrlich und es herrschte infolgedessen ein gespanntes Verhältnis, das kürzlich in „Offenbacher Abendblatt“ scharf kritisiert wurde. Die Kritik verschärfte und es folgte die übliche Beleidigungsklage, aber nicht vom Bürgermeister, sondern von einem seiner Schillinge. In dem Artikel war nämlich gesagt, daß der Bürgermeister einen Mann, der wegen schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung mit Gefängnis bestraft und der Erfinder des „heiligen Knäpels“ sei, nicht nur als Stellvertreter des früheren Polizeibieners benutze und sich dafür vom Kreisamt auf Verhinderung hin die Anweisung gefallen lassen mußte, für diesen Posten einen Mann mit „ungeträumtem Verstand“ zu nehmen, sondern daß dieser Mann auch vom Bürgermeister vorgeschlagen wurde als Schöffe am Amtsgericht Langen. Es war dann noch die Bemerkung angehängt, daß bezüglich des letzten Falles Böse Zungen behaupteten, daß dieser Schöffe als Sachverständiger des heiligen Gefängniswesens der „geeignete Mann“ sei. Der Name des Betroffenen war nicht genannt, aber der gemeinte Mann lagte doch und erzielte auch die Verurteilung des Genossen Schillingbach vom „Offenb. Abendbl.“ zu 30 M. Geldstrafe wegen formaler Verleumdung. Vor Gericht wurde aber festgestellt, daß der Kläger tatsächlich wiederholt wegen schweren Robeitsdelikten bestraft worden ist und daß dem Bürgermeister dieses bekannt war, als er den Mann als Polizeibieners anstellte und ihn als Gerichtsschöffe vorschlug. Das Urteil erkennt an, daß das „O. A.“ berechtigte Interessen wahrte, als es den unter Anklage stehenden Artikel brachte: es sei wirklich nicht angängig, wenn ein Mann mit derartig getrübttem Verstand Polizeigewalt und Richteramt übertragen bekomme. Also ist das Urteil in Wirklichkeit eine Verurteilung der Verwaltungsmaximen des Bürgermeisters. Dieser Bürgermeister ist aber keine vereinzelt gezeichnete, vielmehr müssen im „liberalen“ Hessen in einer ganzen Reihe Gemeinden unsere Genossen wegen ähnlicher Vorgänge gegen Bürgermeister Prozesse führen. In Sachsen verschleiert man einfach das Gemeindegewaltrecht, in Oesterreich verfahren Bürgermeister von hinten herum die sozialistische Kritik tot zu machen.

Gefechte mit den Hereros.

Amlich wird gemeldet: Major Meißner ist aus der Linie Jaria-Ram 45 Kilometer in westlicher Richtung vorgezogen. Am 11. September erreichte er die Wasserfälle Daruhas — auf der Kriegsmarte nicht bezeichnet — die aber bereits vom Feinde verlassen war. Nachdem durch Offizierspatrouillen der neue, anscheinend weiter westlich gelegene Aufenthaltsort des Feindes festgestellt war, legte Major Meißner den Vormarsch fort.

Im Palos-Gebirge, 50 Kilometer nordwestlich Hebooth, hatten die Hereros in der letzten Zeit zahlreiche Viehdiebstähle verübt. Am

1. und 3. September gelang es deutschen Patrouillen, sie dort überwachend anzugreifen. 60 Hereros fielen, 13 wurden gefangen. Ferner gelang es am 2. September einer Unteroffizierspatrouille aus Hebooth, eine Hererobande bei Autabik am Schaap-Revier, 70 Kilometer nordöstlich von Hebooth, zu schlagen. Sieben Hereros fielen, 22 wurden gefangen genommen.

Ausland.

Parlamentarische Posten und Volksdemonstrationen in Ungarn.

Das ungarische Parlament ist heute eröffnet und gleichzeitig wieder geschlossen worden. Der Ministerpräsident Fejervary eröffnete die Sitzung mit der Verlesung einer Erklärung, durch die das Kabinett seine Demission mitteilte. Die Minister setzen mit der provisorischen Fortführung der Geschäfte beauftragt, bis ein von der Krone aus den Reihen der Majorität gebildetes neues Kabinett auf der Grundlage eines annehmbaren Programms mit der Leitung der Geschäfte betraut sei. Das Parlament sei bis zum 10. Oktober vertagt. Die Koalition beschloß hierauf auf Antrag Kossuths einen Protest gegen die Vertagung. Dann wurde die Sitzung geschlossen, über deren näheren Verlauf das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet:

Budapest, 15. September. Abgeordnetenshaus. Im Hause herrscht große Spannung. Ministerpräsident Baron Fejervary verliest beim Beginn der Sitzung folgende Erklärung: Da es der Regierung unter dem zwingenden Druck der Verhältnisse nicht gelungen ist, die ihr von Seiner Majestät gestellte Aufgabe zu lösen, hat sie ihre Demission überreicht, die der König angenommen hat. Die Minister wurden mit der provisorischen Fortführung der Geschäfte betraut. Seine Majestät hat mich, so fährt Fejervary fort, zu der Erklärung ermächtigt, daß er den Wunsch hegt, aus den Reihen der Majorität auf der Grundlage eines annehmbaren Programms eine Regierung zu bilden, damit die isolierten Parteien ihre eventuellen Vorstöße Seiner Majestät unterbreiten können. Das Abgeordnetenshaus wird mittels königlicher Handschreibens bis zum 10. Oktober vertagt. (Zurufe links: Alles Spiel!) Franz Kossuth wiederholt hierauf den Protest gegen die Vertagung in ähnlicher Weise, wie dies Minister Banffy bei der letzten Vertagung getan hatte. Graf Tisza erklärt, er würde gewillt, auf seine Demission bezügliche Umstände besprechen, wenn er nicht der Ansicht wäre, daß nach Verlesung des allerhöchsten Handschreibens betreffs der Vertagung keine Verhandlung mehr zulässig sei. Ministerpräsident Fejervary verweist sich gegen den Protest, den Kossuth gegen die Vertagung erhoben hat, und sagt, dies sei mit der Ehrlichkeit, die man dem König schuldig sei, unvereinbar. Apponi beruft sich darauf, daß bei früheren Gelegenheiten nach der Verlesung des königlichen Handschreibens eine Diskussion über dessen Inhalt stattgefunden habe, und führt aus, er bitte alles auf, daß in dieser schweren Zeit der Prüfungen die Loyalität gegen die Krone unerschütterlich bewahrt werde. Er protestiere jedoch dagegen, daß sich eine Art der Loyalität entwickle, die verbiete, daß gegen den Mißbrauch königlicher Rechte, für den der Minister verantwortlich sei, ein Protest erhoben werde. Uebriens bemerke die Anwesenheit des Ministerpräsidenten, daß er eine Diskussion für zulässig halte. Fejervary sagt, er müsse dem entschieden widersprechen, daß seine Anwesenheit dahin gedeutet werde. Er sei im Sitzungssaal geblieben, um den Protest Kossuths zurückzuführen. Die Minister verlassen hierauf den Saal. Nach längerer Debatte, an der mehrere verschiedener Parteien teilnahmen, wird ein Vorschlag antrag Kossuths, in dem dieser gegen die Vertagung Einspruch erhebt, angenommen und hierauf die Sitzung unter großer Bewegung geschlossen.

Eine Deputation der sozialistischen Partei teilt den draußen wartenden Massen die Antwort des Präsidenten Jusch an die Abordnung der Arbeiter und Bürger mit und fordert die Anwesenden auf ruhig auseinanderzugehen; dies geschieht.

Daß der Protest der Koalition gegen die Parlamentsvertagung nicht tragisch zu nehmen ist, liegt auf der Hand. Der Protest ist nichts als eine Komödie, durch die das bevorstehende schämliche Kompromiß der Kossuth-Deute mit der Krone ein wenig bemäntelt werden soll. Ueber ihre weiteren Absichten bewahrt die Koalition völliges Schweigen. Das offizielle Organ der Unabhängigkeitspartei veröffentlichte gestern einen Artikel, der über den zu schließenden Pakt mit der Krone nicht die leiseste Andeutung enthält. Dagegen kommen aus dem Lager der Koalition allerlei nichtoffizielle Meldungen, die eine baldige Beendigung der Krise in Aussicht stellen, da vertrauliche Verhandlungen gepflogen würden, die ein für beide Teile befriedigendes Kompromiß erhoffen ließen. Ueber den Inhalt des Kompromisses kann gar kein Zweifel bestehen: Die Koalition verspricht auf die 98 Kommandomorte unter der Bedingung, daß an der skandalösen Wahlentziehung des Volkes nicht ein Jota geändert wird!

Daß die Koalition an eine Wahlreform nicht im Traume denkt, beweist die gestrige Sitzung der Unabhängigkeitspartei. Franz Kossuth führte in derselben aus:

„Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befinden sich zwei Gegenstände: der eine ist die Frage des allgemeinen Stimmrechts, der andere betrifft die Erhebung der Anklage gegen das Ministerium Fejervary. Der leitende Ausschuss der Koalition hat schon gestern bezüglich beider Fragen Stellung genommen. Der Präsident hofft, daß die Partei die vom Volksgauksausschuss der Koalition gefassten Beschlüsse annehmen werde. Die Frage des allgemeinen Stimmrechts wurde vom Minister des Innern Kristoff gewaltsam hervorgezerrt und in den Komplex der Krise hineingeworfen. Das ist eine Frage, welche wohl leicht aufgeworfen, aber wenn sie einmal auf die Tagesordnung gestellt ist, nur schwer ausgewichen werden kann. Die Unabhängigkeitspartei hat auch gar nicht die Absicht, dies zu tun, um so weniger, als ja das allgemeine Stimmrecht in ihrem Programm enthalten ist. Die Partei will auch keineswegs über diese Frage zur Tagesordnung übergehen.“

Dieser rednerische Eiertanz bestätigt nur, wie unangenehm man die Aufwertung der Wahlrechtsfrage empfindet und wie bereitwillig man diese platonische Programmforderung bei dem Kompromiß mit der Regierung im Orkus verschwinden lassen wird!

Wie sehr sich aber die arbeitende Bevölkerung der Notwendigkeit bewußt ist, sich selbst das Wahlrecht zu erkämpfen, beweisen die gewaltigen Demonstrationen, die heute das Proletariat vor dem Parlament veranstaltete. Einem Berliner Blatte wird darüber gemeldet:

Budapest, 15. September. In den meisten Gewerken ruht die Arbeit, da die Arbeiter vormittags an dem Demonstrationsaufzuge teilnehmen. Die Arbeiter marschieren in geschlossenen Reihen als dicke Massen auf mit den Abzeichen, Fahnen und Tafeln der einzelnen Gruppen. Ferner marschiert eine Gruppe unabhängiger Arbeiter. Die Polizei trennt die Gruppen durch einen starken Storden. In der Nähe des Abgeordnetenhauses wurde ein Detachement bewaffneter Polizisten aufgestellt. Präsident Jusch empfing eine Abordnung der neu organisierten Sozialisten. Der Führer der unabhängigen Arbeiter überreichte eine Petition mit einer halben Million Unterschriften und sagte: Seine Partei wolle erst die nationalen Forderungen erfüllt sehen, so dann erst das allgemeine Wahlrecht einführen. Die Unabhängigen sprachen ihr Vertrauen zur Koalition der Opposition aus. Die Sozialisten verlangen allgemeines Wahlrecht.

Auf der Suche nach einem norwegischen König.

Um den Gerüchten über die Bemühungen norwegischer Regierungsvertreter, in Dänemark einen Thronkandidaten zu finden, auf den Grund zu kommen, hat Dr. Johan Scharffenberg Erkundigungen eingegogen und veröffentlicht nun in Kristiania „Social-Demokraten“ folgende Mitteilung:

„Einer von Dänemarks berühmtesten Männern, den ich um Aufklärung gebeten habe, antwortet unter anderem: „Prinz Karl und Prinzessin Maud waren, bevor noch die Frage an sie gerichtet war, einig darin, vor der Aussicht auf Norwegen zurückzuschrecken; beide zogen leidenschaftlich den Frieden des Privatlebens vor. Aber später ist eine Veränderung eingetreten. Es sind ganz zweifellos bindende Abmachungen für den Fall getroffen worden, daß der Thron vakant und ihnen angeboten werden sollte. Und sicherlich wird augenblicklich Prinz Karls Kandidatur als diejenige angesehen, die die Chancen für sich hat. Wer die Unterhändler waren, weiß nicht ich, der keine Hofverbindungen hat. Aber Wedel-Zarlsberg, der jeden Augenblick hier ist, ist gewiß wirksam gewesen und auch gewiß eingeweiht. Außerdem weiß man, daß König Eduard sehr tätig für diese Ordnung der Angelegenheit ist, und daß Aussicht dazu vorhanden ist, geht daraus hervor, daß Kaiser Wilhelm, der sonst nichts will, was König Eduard wünscht, während seines hiesigen Aufenthaltes Maud (mit Zurückziehung der viel älteren Prinzessin Marie) an seiner rechten Seite Platz nehmen ließ — also wie eine zukünftige Königin — und außerdem dem jungen Paar außer der Regel einen Besuch machte.“

— Wie lange wohl noch die monarchistische norwegische Presse an ihrer klügerischen Behauptung, daß keinerlei Abkommen mit dem dänischen Prinzen getroffen sei, festhalten wird? Wie werden den Prinzen ja doch in nächster Zukunft erhalten, und so könnte die Presse nun wirklich den Schleier lüften.“

Schweiz.

Herbstsession der eidgenössischen Parlamente. Bern, 12. September. (Eig. Ber.) Die Bundesversammlung tritt am 23. September zur Herbstsession zusammen. Das Geschäftsverhältnis des Nationalrats umfaßt circa 60 verschiedene Geschäfte, darunter das Zivilgesetzbuch, die Geschäftsberichte des Bundesrats für 1904 usw. Es ist das die letzte Session der seit 1902 laufenden Legislaturperiode.

Frankreich.

Aus der Partei.

Der Fall Drouffe. — Eine frondierende Partei-Föderation. — Herd und sein Ende.

Paris, 12. September. (Eig. Ber.) Die Haltung des sozialistischen Vorstehenden des Pariser Gemeinderats Paul Drouffe beim Pariser Aufenthalt des Königs von Spanien hat in der Partei lebhafteste Anfeindungen hervorgerufen. Der Nationalrat der geeinigten sozialistischen Partei überwiegt die Angelegenheit der Seine-Föderation, die gestern die Delegierten der Organisationen zu einer Generalversammlung einberief. Da die meisten Vertreter gebundene Mandate mitbrachten, wurde nach einer kurzen Debatte mit den Bestimmungen über die vorgelegten Anträge begonnen. Der von den engeren Anhängern der Drouffeschen Richtung eingebrachte Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung wurde mit 87 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde über den Antrag auf Ausschließung Drouffes aus der Partei abgestimmt. Dafür waren nur 17, dagegen 90 Delegierte, 6 enthielten sich der Abstimmung. Es lag nun noch eine dritte Resolution vor, ein vom Genossen Saraut im Namen der Exekutivkommission eingebrachtes Adelsvotum. Jedoch wurde die Abstimmung wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Die sozialistische Föderation des Loire-Departements, die hauptsächlich unter dem Einfluß Aristide Briands steht, hatte bisher mit ihrem Eintritt in die geeinigte Partei zurückgehalten. Einige Gruppen, die mit diesem Verhalten nicht einverstanden waren, traten aus und gründeten mit ehemaligen revolutionären Sektionen eine neue Föderation, die indes an Stärke hinter der alten zurückblieb. In den letzten Tagen hat nun die alte Loire-Föderation den Eintritt in die Partei geradezu abgelehnt, und zwar mit Verweisung auf die Vorgänge bei der letzten Senatswahl in St. Etienne. Es standen sich dort zwei Progressisten gegenüber, von denen einer Anhänger, der andere Gegner der Trennung von Kirche und Staat war. Die Sozialisten der geeinigten Partei stimmten für einen Protestkandidaten, den ausgewiesenen Italiener Dr. Cabaluzzi und verurteilten, wie die Anhänger der alten Föderation behaupten, dadurch, daß der Gegner der Trennung, da die auf den Ausländer entfallenden Stimmen nicht gezählt wurden, gleich im ersten Wahlgang gewählt wurde. Der Kongreß der Föderation in St. Etienne hat jetzt mit Verweisung darauf, daß die von der geeinigten Partei angenommene Taktik die Trennung, die „die moralische Befreiung der Arbeiter“ zum Gegenstand habe, gefährde, den Anschluß an die Gesamtpartei für untunlich erklärt. Darob großer Jubel im Lager der Reaktion.

Auch sonst fehlt es leider den Feinden der Arbeiterklasse nicht an Gelegenheiten zur Schadenfreude. Es ist unläugbar, daß der patriotische Schwindel der Bourgeoisie die Stimmung vorbereitet hat, die das Proletariat für einen konstanten „Antipatriotismus“ empfänglich machen konnte. Besonders bei den revolutionären Gewerkschaften hat die von Herd und einigen anarchistischen Sozialisten betriebene Propaganda einen, wenn auch vielleicht nicht tiefgehenden, so jedenfalls lauten Erfolg erzielt. Dieser Tage wurde Herd damit betraut, in einer anläßlich des Metallarbeiterkongresses einberufenen Versammlung in der Arbeitsbörse einen Vortrag über die Arbeiterklasse und den Krieg zu halten und er fand für seine überaus heftigen Ausfälle reichgen Besal. Man darf den Einfluß dieser Richtung nicht unterschätzen, wenngleich er sicher nicht so groß ist, wie er von der interessierten reaktionären Presse, die für Herd unendlich Respekt macht, dargestellt wird. Jedenfalls bietet diese Agitation den Bourgeoispartei die Möglichkeit, das Schlagwort des Patriotismus in den Wahlkampf hineinzuwerfen und gegen die sozialistische Politik auszuspielen. Die Phrase der sozialistischen Antipolitik kommt niemand anderem zugute als den antisozialistischen Politikern.

Grausamkeiten in den französischen Kolonien.

Paris, 12. September. Daß Ungeheuer wie Gaud und Tocquès, die beiden verbrecherischen Beamten, die vor ein paar Tagen in den Geschworenen des französischen Kongolandes so nachsichtige Richter ihrer Gräueltaten gefunden haben, in den Kolonien keine ungewöhnliche Erscheinung sind, ist durch viele Berichte aus den letzten Monaten ausreichend bezeugt worden. Nun veröffentlicht der „Matin“ einen Brief, den ein afrikanischer Kolonialbeamter an einen Kollegen geschrieben hat, dem nachträglich doch, wenn auch nicht vor seinen Taten, so doch vor ihrer gerichtlichen Verantwortung bange geworden zu sein scheint. Es heißt darin: „Genug mit den lamentationen, armer Freund. Du hast wegen den Hinrichtungen nichts zu fürchten. Meine Tournee wird nicht eher enden, als bis ich diese unangenehmen Geschichten ganz erledigt habe. Was kann man uns machen? Wäre es etwa schwer, alle diese Dinge auf die eingeborenen Hauptlinge zu schieben und diese dafür zu bestrafen?“ Der Glende, der diesen verrückten Brief geschrieben hat, ist noch immer auf freiem Fuße. Der „Matin“ reproduziert auch eine der Photographien, die der Verbrecher vor fünf Jahren in Porto Noro bei einer mit entsetzlichen Martern verbundenen Pfählung eines

Negers von seinem Komplizen hat aufnehmen lassen. — Nicht minder erbauend ist die Geschichte, die das in Saigon in Cochinchina erscheinende Blatt „Opinion“ erzählt. Ein hoher amerikanischer Beamter, Dr. Sir Ngien, naturalisierter Franzose und Ritter der Ehrenlegion hat, um sich Baumaterial für ein neues Wohnhaus billig zu verschaffen, den Gutsbesitzern seines Verwaltungsbezirks etliche tausend Bambusrohre rauben und von Eingeborenen unter der Vorpiegelung, daß es sich um eine dem Staate geschuldete Leistung handle, nach seinem Gut schafften lassen. Ueberdies werden diesem Beamten Fälschungen öffentlicher Dokumente zur Last gelegt, und er ist selbst verdächtig, Personen, die Klage gegen ihn erheben wollten, vergiftet zu haben. Vor kurzem wurde allerdings eine Gerichtsverhandlung abgehalten. Der französische Verwaltungschef, der den Vorsitz führte, ließ dabei den Angeklagten zu seiner Rechten sitzen. Die Belastungszeugen wurden solange bedroht und eingeschüchert, bis sie ihre Aussagen zurückzogen. Der Staatsanwalt, ein persönlicher Freund des vornehmen Adopktivfranzosen, ließ den Hartnäckigsten unter ihnen sogar Bastonaden verabreichen. Auf diese Art wurde natürlich eine glänzende „Ehrenrettung“ des Beschuldigten und damit der Kolonialverwaltung erzielt.

Die Bewegung in der Postbeamtenchaft. Aus Paris wird uns geschrieben: Die herausfordernde Haltung des Handelsministers hat die Erregung der Postbediensteten noch gesteigert. Am Montag fand in der Arbeitsbörse eine Versammlung statt, an der gegen 4000 Bedienstete teilnahmen. Auch Delegierte aus der Provinz waren anwesend. Ein Randbriefträger berichtete, daß es 632 Briefträger gibt, die mehr als 32 Kilometer täglich zurückzulegen haben. In Paris beträgt die Arbeitszeit der Briefträger angeblich 8 Stunden, in Wirklichkeit aber 12 und selbst 14. Dabei sind die Gehalte skandalös. Die Bediensteten fordern jetzt einen Anfangsgehalt von 5 Frank, statt des bisherigen von 3 Frank. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die bessere Arbeitsbedingungen und eine Vermehrung des Personals fordert. Bemerkenswert ist ein Satz, der anspricht, daß die Neujahrszulagen, auf die die Briefträger bei ihren elenden Löhnen angewiesen sind, mit der persönlichen Würde nicht im Einklang stehen. Am schärfsten aber äußerte sich die Tendenz der Versammlung in den Schlußsätzen: „Indem die Versammlung anerkennt, daß die gewerkschaftliche Organisation das einzige Mittel ist, den Bediensteten die moralischen und materiellen Verbesserungen zu verschaffen, auf die sie Anspruch haben, fassen die Versammelten den festen Entschluß, sich als Gewerkschaft zu konstituieren und beauftragen das Komitee der gewerkschaftlichen Aktion, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Sie erklären sich mit den Kameraden, denen sie diese Mission übertragen haben, solidarisch.“ Der Handelsminister, gegen den sich diese Resolution unverkennbar richtet, hat nachträglich begriffen, daß seine Drohnote über die „Ungeheuerlichkeit“ der gewerkschaftlichen Vereinigung der Postbediensteten die Erbitterung erhöhen mußte und tritt nun in einer laßnen Erklärung den Rückzug an. In einem Communiqué teilt er der Presse mit, daß er nicht daran gedacht habe, die Gewerkschaft zu verbieten. Er habe nur auf die Auffassung der Gerichte aufmerksam machen wollen, die Vereinigungen der Staatsangestellten für ungesetzlich erklärt hätten. Die Regierung wolle den Gerichten, die hier einzig zu entscheiden hätten, nicht vorgehen. Die Einmütigkeit und Entschlossenheit der Bediensteten wird Herrn Dubief wohl die Lust benehmen, in seine provokatorische Tonart zurückzufallen. Die steigende Empörung des Publikums über die schmachvollen Zustände im Postverkehr würde die Stellung der Regierung bei einem gewalttätigen Konflikt möglichst ungünstig gestalten.

Italien.

Wie die Regierung Wort hält.

Rom, 12. September. (Eig. Ber.) Bekanntlich haben die Eisenbahner nach dem Streik die Arbeit nur gegen das Versprechen wieder aufgenommen, daß keine Maßregelungen stattfinden sollten. Sotomil Fortis als der Arbeitsminister haben das hoch und heilig versprochen.

Nun veröffentlicht der Verband der Maschinisten und Heizer im „Avanti“ eine zwei Seiten lange Liste mit den Namen derer, die der Nachsicht der Bahnverwaltung geopfert wurden. Einige 80 Eisenbahner, die gestreikt haben, sind strafweise veretzt worden, etwa ebensoviel Maschinisten und Heizer, die Lokomotivführer gelernt hatten, sind von der Führung der Lokomotiven abkommandiert worden. Etwa 120 Heizer, die teils ihr Lokomotivführer-Examen gemacht hatten, teils dicht dabei standen, hat man von der Beförderung oder vom Examen ausgeschlossen. Außerdem sind viele andere durch alle möglichen Schereereien geplagt und geschädigt worden. Die Liste enthält vollen Namen, Ort und Dienststellung der Geschädigten. Nun soll die Regierung dementieren.

Japan.

Ueber den Untergang der „Mikasa“

wird gemeldet: Die Explosionen folgten einander wie Kanonendonner. Gleich nach der ersten umhüllten riesige Flammen das Schiff. Bei hellem Mondschein und dem konzentrierten Licht der Scheinwerfer der anderen Schiffe sah man herzerzitternde Szenen an Bord. Boote wurden herabgelassen, in denen die Ueberlebenden, obwohl viele davon veretzt waren, heldenmütig umhertrudelten und Ertrinkende retteten. Unterdessen strömte das Wasser durch ein Leck in die „Mikasa“, und sie begann zu sinken. Das Schiff wurde vor dem Untergang an eine Linke geschleppt. Man schaffte jetzt die Besätze aus der „Mikasa“, um das Jahrszeug dann zu heben. Der Marineminister Baron Yamamoto erklärt in einer Bekanntmachung die Gerichte, daß der Vorfall durch Unglücksfälle in der Flotte verursacht sei, für unbegründet. Eine Konferenz von Marine-Offizieren in seinem Palais habe einstimmig erklärt, daß ein Zufall die Ursache sei. Er habe eine Kommission unter Vize-Admiral Nishu zur Untersuchung des Anfalls und des Verhaltens des Kapitäns und des zweiten Kommandierenden eingesetzt; deren Bericht werde veröffentlicht werden.

Amerika.

Schäden der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Wie sieht es mit der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, so fragt das „Philadelphia Tageblatt“ und knüpft daran eine längere Betrachtung. Konservativ Gewerkschaftsführer versichern, daß die organisierten Arbeiter mit der allgemeinen Lage zufrieden sein können. Das betrifft aber nur eine kleine Klasse von Arbeitern, eine Junke der gebildeten und gutbezahlten Handwerker. Die große Masse der ungelerten und halbgelerten Arbeiter hat durchaus keinen Grund, einen Lobgesang auf die Verhältnisse anzustimmen. Im Gegenteil fühlen sie sich sehr bedrückt, aber die Junke hat die Führung, gibt den Ton an, stellt die Forderungen auf, immer für sich. Dem Trutz wird die Junke gegenüber gestellt und der Trutz findet sich mit der Junke ab. Von kleineren untergeordneten Streitigkeiten abgesehen, kann man sagen, der Trutz und die Junke gehen Hand in Hand. Bekämpft wird die Arbeiterchaft in der Hauptsache von denjenigen Kapitalisten, die noch unter sich konzentriert sind. Die großen amerikanischen Kapitalisten lassen sich nicht darauf ein, die Gewerkschaften bis aufs Äußerste zu bekämpfen. Das geschieht aus politischen Gründen. Es föhrt die Kreise des Großkapitals, wenn es die gesamte Arbeiterchaft gegen sich hat. Die

Großkapitalisten müssen fürchten, daß die Arbeiter sozialistisch werden oder politisch gemeinsame Sache mit den unzufriedenen Leuten der Mittelklasse machen. Wenn auch für ein Bündnis mit der Mittelklasse gegenwärtig keinerlei Aussicht besteht, so kann man nicht wissen, wie es in Zukunft damit ausfallen mag. Sie benutzen die wirtschaftliche Uebermacht des betrusteten Kapitals nicht, um die Arbeiter zu Boden zu werfen, sondern finden sich mit einem Teil der Arbeiter in einer Weise ab, welche sie zufrieden stellt und verhindert, daß die Arbeiter politisch radikal werden. In dieser Politik werden die Großkapitalisten unterstützt durch die Taktik der Gewerkschaftsführer, die auf das Ziel gerichtet ist, von dem Trutz Vorteile für die Junke zu erringen. Diese Politik aber wird untergraben von der sozialistischen Bewegung, die von Jahr zu Jahr an Umfang gewinnt. Diese Bewegung rechnet mit den großen Massen und ist unablässig bemüht, einen Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung zu erlangen. Nicht die Harmonie zwischen Trutz und Junke, sondern den Kampf, der ein Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit sein soll, verlangt diese Bewegung.

Die „Tageblatt“-Helfer des Zarisismus.

Als besonders eifrige Freundin der russischen Freiheitsbewegung gerberdet sich das „Berliner Tageblatt“. Das hindert das freiinnige Organ aber nicht, im Dienste des Zarisismus Dinge zu schreiben, die einem russischen Neptil alle Ehre machen würden.

Die Affäre des geheimnistollen, in die Luft geprengten nach Gimland bestimmten Wassendampfers — wie man uns berichtet, ist der Verrat in Kopenhagen verübt worden — bemut das „B. Z.“ sogar zu einer nichtswürdigen Demuzilation der englischen Regierung.

„Reuters Bureau“ verbreitet folgendes Telegramm aus London: In „South-Shields“ heißt es, der mit der Wassenladung untergegangene Dampfer „John Grafton“ habe, als er im vergangenen Juli nach Blything ging, nachdem er den Eigentümer gewechselt, eine gemischte ausländische Besatzung erhalten. Die englische Mannschaft sei nach Shields zurückgekehrt.

Dazu bemerkt das „B. Z.“: „Offenbar wünscht man an der Themse nicht, daß England an dem Wassenhandlung beteiligt erscheint. Man bemüht sich auch, die Herkunft der Wassen aus England fraglich erscheinen zu lassen.“

Das „Reuters Bureau“ meldet ferner:

Hier verlautet der Dampfer „John Grafton“ sei am 1. August auf der Höhe der Insel Serey im Kermellanal mit einem großen Dampfer namens „Nullerton“ zusammengestoßen, und man sei anderthalb Tage damit beschäftigt gewesen, die Ladung des „Nullerton“ auf den „John Grafton“ umzuladen.

Und wieder fügt das „B. Z.“ die sinnige Glosse hinzu: „Man meint an der Themse offenbar, daß niemand an die Herkunft von Wassen aus England glauben wird, die im Kermellanal von einem Schiff auf ein anderes überladen wurden. In der Tat wäre das ein etwas umständliches Verfahren des Schmuggelunternehmens gewesen.“

Der Zweck dieser Bemerkung kann nur sein, das Ausland, insbesondere England zu veranlassen, dem Zarisismus Polizeidienste zu leisten und um nicht „mischalbig“ zu werden, alle Fallleistungen für die russische Revolution zu unterdrücken.

Eine elendere Handlung als diese freisinnige Demuzilation läßt sich nicht denken.

Die Lage im Kaukasus.

Tiflis, 14. September. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die gesamte kaiserliche Verwaltung ist heute von ihrem Amte zurückgetreten, um hierdurch gegen die blutige Unterdrückung der Kundgebung vom 11. dieses Monats durch Militärgewalt zu protestieren. Die Verkaufsgeschäfte, industriellen Unternehmungen, die Straßenbahnen, Zeitungsverkäufer und viele andere Berufsclassen haben aus demselben Anlaß zum Zeichen der Trauer für einen Tag ihre Tätigkeit eingestellt. Auch haben die revolutionären Komitees in zahlreich Exemplaren eine Proklamation erlassen, in der zur allgemeinen Empörung aufgefördert wird. Der Gouverneur von Elisabethpol telegraphierte an den General Schirinskii, er möge unverzüglich Truppenverstärkungen senden, in Anbetracht der sehr beunruhigenden Lage in Stadt und Bezirk, von wo eine Abordnung geschickt worden sei, um Maßnahmen zur Beendigung der Reueleien zu erbitten.

Neue Truppenverstärkungen wurden auch nach Baku geschickt, wo die arbeitslos gewordene Bevölkerung die Abberufung der tatarischen Polizeilagenten verlangt, deren falsche Denunziationen zur Folge hatten, daß die Häuser friedlich gesinnter Einwohner beschossen wurden. Der Gemeinderat hat sich gesammelt. Der Ausschuß, der sich zur Einigung der streitenden Klassen gebildet hat, bleibt untätig.

Die Gruel von Baku.

Schildert ein Armenier in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wie folgt: Wie den großen Massakern, die schon vor vier Monaten in Baku stattfanden, ging auch den jetzigen eine intensive Agitation der russischen Behörden unter den Tazaren voran. Die Tazaren, die bekanntlich Mohammedaner sind, wurden gegen die christlichen Armenier aufgehetzt, indem man ihnen vorpiegelte, von den Armeniern sei ein Massaker unter ihnen geplant. Gleichzeitig wurden von den russischen Behörden, angeblich um die Tazaren zu schützen, die Armenier entwaffnet, ihre Wassen wurden jedoch den Tazaren übergeben. Trotzdem die Deyereien der russischen Behörden unter den Tazaren allmählich ein offenes Geheimnis geworden waren, glaubte doch niemand unter den Armeniern an eine unmittelbare Gefahr. Ich wohnte — so erzählte unser Gewährsmann — in Baku im dritten Stock eines Tazarenhauses in der Tazarenstraße. Neben mir wohnte ein zweiter Armenier. Ueber uns im zweiten Stock wohnte der Hausbesitzer, ein Tatare, mit seinen zwei Frauen und zwei Kindern. Eines Tages — es war ein Montag — suchte er uns auf und warnte uns auszugehen; es sei zu kämpfen zwischen Armeniern und Tazaren gekommen. Zugleich teilte er uns kurz mit, daß er selbst in seinem Hause keine Garantie für unsere Sicherheit übernehmen könne — wir waren vogelfrei. Ebenso kurz war jedoch auch unsere Antwort. Im nächsten Moment blühten ihm zwei Revolver entgegen und wir erklärten ihm: „Sobald nur ein Tatare unser Haus betritt, ist das erste, daß wir in den vierten Stock hinaufgehen und Deine zwei Frauen und die Kinder erschießen.“ Das half. Unser Hausbesitzer wurde mit einmahl sehr besorgt um uns, drei Tage lang stand er abwechselnd mit seinem Bruder Wache vor dem Tore unseres Hauses und jagte jeden Tataren, der in die Nähe kam, fort — wir waren gerettet. Was sich aber während dieser drei Tage abspielte, dieses Grauenhafte, furchterliche, Nervenerschütternde auch nur annähernd wiedergeben zu können, ist unmöglich. Tausende und Tausende von fanatisierten Tazaren zogen mit wildem Geschrei durch die Straßen, umstürzten hörte man schreien und das entsetzliche Schreien der st auf geradezu bestialische Weise gequälten Opfer. Jeder Armenier, der aufgefunden wurde, wurde erbarmungslos niedergemetzelt und die Leichen in unerkennliche Fetzen zerhackt. Und dann kam bei Nacht das grauenhaft schöne Schauspiel einiger brennenden Rappthagruben. Nach drei Tagen endlich, als etwas Ruhe eingetreten war, gelang es uns zu flüchten.

Die Polizei verhielt sich nicht nur unläufig, sie unterstützte sogar die Nordbrenner. Der Polizeichef von Baku hielt sogar Ansprachen an die Tataren und forderte sie auf, Männer zu sein und ihre „historischen Feinde“ niederzuknüeten. Wenn sich ein Armenier an die Polizei mit der Bitte um Hilfe wendete, fand er taube Ohren. Der reiche Armenier Kaleich telephonierte, als sein in der Tatarenstadt gelegenes Haus vor etwa fünf- bis sechshundert Tataren belagert wurde, wiederholt an die Polizei um Hilfe — es kam kein Mensch. Nach kurzem Widerstande wurde das Haus gestürmt. Kaleich, seine Frau, seine zwei Kinder und die anderen Hausbewohner wurden in Stücke gehauen. Geradezu heldenhaften Widerstand leistete den Tataren der reiche armenische Kaufmann Adamoff, der als der beste Schütze in Baku bekannt war. Länger als drei Stunden hielt er mit seiner Frau und seinem Kinde eine mehrere Hundert zählende Tatarenschar in Schach. Seine Frau und das Kind waren ununterbrochen mit Gewehrflinten beschossen und er streckte vom Fenster aus mit seiner selteneren Kugel einen Tataren um den anderen nieder. 47 Belagerte waren tot und eine Anzahl verwundet, da trachte das brennende Haus zusammen und begrub unter seinen Trümmern den heldenhaften Armenier, sein Weib und sein Kind.

Und wie in Baku, so war es auch in der Umgebung. Ganze armenische Dörfer wurden hingemordet. In ihrer sinnlosen Rasterei steckten die Tataren auch die armenischen Kapthagen in Brand. Bald brach ein heftiger Sturm los, der das Feuer mit rasender Schnelligkeit auch auf die anderen Dörfer übertrug. Wie enorm der durch diesen Brand angerichtete Schaden ist, ist ja bekannt. Das schlimmste aber ist, daß durch den Brand etwa 40 000 Arbeiter brotlos geworden sind, fast durchweg Leute revolutionärer Gesinnung. Die armenische „Gefahr“ haben die Behörden von Baku glücklich beschworen, aber eine andere, wirkliche Gefahr ist an ihre Stelle getreten: die der Revolution.

Das Volksgericht.

Petersburg, 15. September. Einer Statistik zufolge sind im Laufe des April und Mai d. J. in Rußland 115 Attentate gegen Beamte ausgeführt worden, in 42 Fällen sind die „Opfer“, darunter ein Gouverneur, auf der Stelle getötet worden. In 68 Fällen wurden die „Opfer“ verwundet und nur fünf kamen unversehrt davon.

Nach der Verfassung.

Petersburg, 15. September. (Melbung der „Petersburger Telegraphen-Agentur.“) Das in Moskau erscheinende reaktionäre Blatt „Russkoje Djeło“ ist auf einen Monat sistiert worden.

Aus den Ostprovinzen.

Wilna, 12. September. (Fig. Ver.) Vorgestern wurde hier eine Arbeiterin zu Grabe getragen, die auf der Arbeiterbörse (Kabalnajastraße) von Kosaken ermordet wurde. 2000 Arbeiter nahmen an der von der Organisation des Bundes veranstalteten Beerdigung teil. Es wurden auf der Straße viele verwundet und in Haft genommen.

Witau, 12. September. (Fig. Ver.) Nach unserem Gefängnis werden tagtäglich aus den Dörfern Bauern gebracht. Die Revolution hört nicht auf. In den Dorfgemeinden werden alle Dokumente der Behörden (mit Ausnahme der Akte über Waisenerbschaft und ähnliches) verbrannt. In der Stadt herrscht fürchterliche Panik. Nach Gerüchten sollen auf Befehl des Gouverneurs Schafotte errichtet werden. ... Nach 8 Uhr abends ist die Stadt wie ausgestorben.

Verfammlungen.

Weltanschauung und Taktik des Proletariats.

Wir hatten ursprünglich die Absicht, unseren Lesern nur diejenige Resolution mitzuteilen, die nach Abschluß der Debatte im sechsten Wahlkreise als Resultat der Abstimmung übrig bleiben würde. Wünsche aus unserem Leserkreise veranlassen uns jedoch, die in Betracht kommenden Resolutionen schon jetzt in ihrem Wortlaute zu veröffentlichen.

Die vom Vorstande des Wahlvereins vorgeschlagene Resolution lautet:

Die am 5. und 12. September tagende Generalversammlung des Wahlvereins für den 6. Berliner Kreis erklärt, nach wie vor an der alten Taktik der Partei und den Grundanschauungen der revolutionären Sozialdemokratie festzuhalten. So wenig die Mitglieder des Wahlvereins glauben, daß der Parlamentarismus die einzige Waffe im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft oder gar das einzige Mittel zur Befreiung des Proletariats ist, so wenig sehen sie in dem Generalfreist das Allheilmittel, welches zum Ziele führt.

Die Behauptung, daß die dogmatische Auffassung des Marxismus, des historischen Materialismus, den zielklaren Kampf des Proletariats führe, ist gleich hinworflich, ob sie nun von revisionistischer oder anarchistischer Seite kommt.

Der Kampf der Arbeiterklasse muß naturgemäß ein politischer sein, da die Ablösung der heutigen Gesellschaft nur durch die Eroberung der politischen Macht des Staates möglich ist, und wir an Stelle der jetzigen Klassenherrschaft die Verwaltung des Staatswesens durch das demokratisch organisierte Volk setzen wollen, um die Vergesellschaftung der Produktion durchzuführen. Zu dem Zweck dienen uns alle brauchbaren Mittel, auch der politische Massenstreik, wenn die Umstände ihn zur Ergänzung der alten erprobten Kampfmittel anwendbar machen.

Hoffend, daß auch in Zukunft der sozialistische Geist in den Gewerkschaften gepflegt und dadurch ein immer innigeres Zusammenwirken der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gefördert wird, erklären die Anwesenden, daß nur in der Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats, in der Auffklärung über das Wesen und die Ziele der internationalen Sozialdemokratie und in der völligen Hingabe jedes einzelnen an die Partei die Gewähr liegt, unser Ziel zu erreichen. Die Versammelten weisen deswegen auch alle Vermählungen, das Proletariat zum Verzicht auf die bisherigen Kampfmittel zu bringen und auf ein einziges, noch dazu gänzlich unerprobtes Allheilmittel festzusetzen, entschieden zurück und beurteilen die damit operierenden anarcho-sozialistischen Zersplitterungsversuche.

Die Resolution zu e s, die von lokalorganisierter Seite zur Annahme empfohlen wurde, lautet:

Die heutige Generalversammlung schließt sich den Anschauungen des Genossen Friedberg an, insofern derselbe in seiner Resolution Kritik übt an der fortschreitenden Verlesung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, hervorgerufen einerseits durch das Ueberwachen des Kur-Parlamentarismus und der Kur-Gewerkschaften.

Die Generalversammlung ist mit Friedberg der Ueberzeugung, daß ein völliger Frontwechsel in der Verwendung der materiellen wie geistigen Kräfte im Sinne einer gründlichen Vertiefung des Klassenkampfcharakters der Bewegung dringende Notwendigkeit geworden ist, und daß dem Kapitalismus am sichersten dadurch bezugommen ist, daß die Gewerkschaften sich die Pflege revolutionärer Geistes und die nachdrücklichste Führung des Klassenkampfes wieder zur Aufgabe machen, und mit Fleiß und Ausdauer den Gedanken des Generalfreist bei ihren Mitgliedern propagieren.

An den Parteitag in Jena richtet die Generalversammlung die dringende Aufforderung, sich bei seinen Beschlüssen von entschieden revolutionären Ideen leiten zu lassen.

Nicht Evolution, sondern Revolution!

Mit der Lohnbewegung der Hiesiger-Güßlarbeiter beschloß sich gestern Abend eine gemeinsame Versammlung der Hiesiger- und Güßlarbeiter. Die Bewegung erstreckt sich bekanntlich auf die Firmen Rosenfeld u. Co., Willeroh u. Voch, Ende, Perino. Die letztere Firma hat bewilligt, bei den übrigen drei Firmen dauert der Ausstand fort. Bis gestern hatten sich 85 Güßlarbeiter als Streikende gemeldet. 89 Hiesiger sind durch den Ausstand der Güßlarbeiter in Mitleidenhaft gezogen. Die Situation des Streiks wird als sehr gut bezeichnet, so daß derselbe jedenfalls in einigen Tagen zugunsten der Arbeiter beendet sein wird. Die Versammlung beschloß: Die Güßlarbeiter halten an der Forderung eines Stundenlohnes von 55 Pf. fest und werden dahin wirken, daß dieselbe durch Vertrag vor dem Gewerbeamt festgelegt wird. — Am Sonntagvormittag findet Kommandantenstraße 72 eine Mitgliederversammlung der Vereinigung der Hiesiger statt, wo unter anderem die Streikunterstützung geregelt werden soll.

Die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (vormals Ludwig Löwe) besaßen sich am Montag in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, die im großen Saale der Kronenbrouerei stattfand, mit dem Verhalten der Direktion gegen den Arbeiterauschuss. Seit etwa 25 Jahren herrscht in diesen Werken noch immer der zehnjährige Arbeitstag, ohne daß die Direktion jemals auch nur Miene gemacht hätte, eine Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie ins Auge zu fassen. Im Gegenteil legt es die Direktion seit Jahren darauf an, durch ein raffiniertes Ueberstunden-system die Arbeitszeit noch möglicher zu verlängern. Da nun während der letzten Jahre in einer Reihe von Metallbetrieben die Arbeitszeit verkürzt worden ist — so erst jüngst bei der Firma Bergmann von 10 auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden —, so beantragten auch die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ihren Arbeiterauschuss, in dieser Hinsicht bei der Direktion vorstellig zu werden. Und zwar forderten sie nicht etwa eine generelle Arbeitszeitverkürzung, wie es gewöhnlich in anderen Fabriken der Fall ist, sondern sie wünschten nur ganz bescheiden eine Verkürzung der Sonnabends-schichten von zehn auf acht Stunden. Außerdem beantragten sie eine Neuregelung des Kantinenwesens dergestalt, daß ihnen ähnlich wie bei Siemens u. Halske ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde, und ferner die Abänderung verschiedener Betriebs-mißstände. (Es mangelt nämlich an genügender Ventilation in den Arbeitsräumen und an brauchbaren Beschleunigungsvorrichtungen sowie an Reinlichkeit auf den Maschinen.) Es hat nun auch am 21. August eine gemeinsame Sitzung des Arbeiterauschusses mit der Direktion stattgefunden, wobei sich die Direktion jedoch auf einen ablehnenden Standpunkt stellte. Sie erklärte zunächst, die Angelegenheit betreffs der Arbeitszeitverkürzung sei Sache der Generaldirektion; später aber hieß es, nicht einmal die Generaldirektion, sondern einzig und allein der Metallindustriellen-Verband sei in dieser Frage zuständig. In das Kantinenwesen aber wolle sich die Direktion ebenfalls nicht dreinreden lassen; wenn es nicht passe, der möge seine Behauptung anderswo geltend machen. Die sonstigen Mißstände sollten wie immer, „wohlwollend geprüft“ werden. Nun ist es üblich, daß den Mitgliedern des Arbeiterauschusses von solchen Sitzungen vervielfältigte Protokolle ausgehändigt werden; jedoch ist dies von der fraglichen Sitzung trotz mehrmaligen Ersehens bis heute noch nicht geschehen. In dieser Rücksichtslosigkeit mußten die Arbeiter allerdings eine abschließliche Richtsichtigung sowie eine Verkleinerung erbitten. Deshalb wurde auch diese Versammlung einberufen, um der Direktion zu demonstrieren, daß die Arbeiter nicht gewillt seien, ihre an sich so bescheidenen Wünsche in solcher Weise abtun zu lassen. Einmütige Entrüstung herrschte denn auch in der Versammlung, als Wiggert namens des Arbeiterauschusses den sachlichen Bericht von dem negativen Ergebnis der Verhandlungen gegeben hatte. In der Diskussion nahm auch der anwesende Direktor Haenisch das Wort. Er lobte den „ungeheuer sachlichen“ Bericht Wiggerts, beschwerte sich dann aber bitter darüber, daß auf den Versammlungszettel bemerkt stand, die Direktion sei eingeladen, während man ihm in Wirklichkeit nur bloß einen solchen Versammlungszettel im Akzept zugeschickt habe. Sie sei keine Einladung, wie sie sich einem Vorgesetzten gegenüber gestimme. Ganz entrüstet wandte er sich dann gegen die Annahme, als läge in dem Verhalten der Direktion böse Absicht oder die Taktik der Verschleppung. In der jetzigen „wilden Zeit“, wo so intensiv produziert würde, daß die Zahl der Arbeiter auf 3200 vermehrt worden sei, habe die Direktion andere Dinge in den Kopf zu nehmen. Ihr seien die Verhältnisse förmlich über den Kopf gewachsen. Während der Arbeiter des Abends ruhig nach Hause gehe und sich sorglos ins Bett lege, müsse er (der Direktor) sich noch halbe Nächte lang bei träbem Lampenschein den Kopf über geschäftliche Dinge zerbrechen. Er müsse also mitunter länger arbeiten wie die Arbeiter; dies würde aber gar nicht bedacht. Uebrigens sei es doch klar, daß in so wichtigen Dingen wie einer Arbeitszeitverkürzung die Direktion nicht allein zuständig sei. Ein Zustand, der seit 25 Jahren bestände, könne doch nicht im Handumdrehen geändert werden. Man möge also Vertrauen zur Direktion haben und besonders zu ihm, der seit 30 Jahren als Direktor des Betriebs stets Schulter an Schulter mit den Arbeitern gegangen sei.

Diese „vertrauliche“ Redeleistung veranlaßte eine Anzahl Arbeiter zu zwar durchaus sachlichen, aber doch etwas minder vertraulichen Zusagen. Es wurde geantwortet: Wenn der Herr Direktor wirklich des Abends noch so lange arbeite, so sei das seine Sache, die wirklich nicht für die Arbeiter maßgebend zu sein brauche. Uebrigens würde der künftige Gewinn dann auch die Arbeitsleistung des Herrn Direktors in ganz anderem Maße aufwiegen, als wie dies unter den nicht weniger wie glänzenden Lohnverhältnissen des Betriebes für den Arbeiter der Fall wäre. Der beste Beweis dafür, wie es mit dem Schulter-an-Schultergehen des Direktors mit den Arbeitern bestellt sei, ergebe sich schon zur Genüge daraus, daß der Herr Direktor seit 25 Jahren keinen Finger gerührt habe, um eine zeitgemäße Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, ja sogar jetzt noch gegen die in fast allen anderen Betrieben übliche Verkürzung der Sonnabendschicht eintrete. Wenn bei der Direktion wirklich so etwas wie guter Wille vorhanden sei, dann würde der Metallindustriellen-Verband, der doch jeden Unternehmer angeblich „Herr im eigenen Hause“ sein lassen wolle, in diesem Falle ebenso wenig gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuwenden haben wie jüngst bei der Firma Bergmann. Vertrauen könne man eben nur zu einer Direktion bekommen, die ihre vielgerühmten Wohlwollen gegen die Arbeiter nicht in leeren Worten, sondern durch die Tat beweise. Im Laufe dieser und ähnlicher Ausführungen schien es dem Herrn Direktor etwas „unwohl“ geworden zu sein; er ließ dem Bureau mitteilen, daß er aus Gesundheitsrücksichten der Versammlung nicht länger beiwohnen könne und ging. Die Versammlung beantragte darauf den Arbeiterauschuss, nochmals in der Angelegenheit bei der Direktion vorstellig zu werden und innerhalb drei Tagen endgültige Antwort zu verlangen. Beschlossen wurde sodann, die Fabrikantinnen bis auf weiteres zu boykottieren.

Versammlung der städtischen Riefeldarbeiter. Am Sonntag fand bei Bait, Dragonerstraße, eine Versammlung der Riefeldarbeiter statt, die von Arbeitern aus sämtlichen Werksanlagen der nördlichen Riefelder besucht war. Die durch die Sektionsleitung der Riefeldarbeiter einberufene Versammlung befaßte sich mit der Auffassung von Forderungen an die Verwaltung. Das Referat hierzu hatte Pole n s t e übernommen. Redner führte aus, daß es der großen Mehrzahl der städtischen Arbeiter mit Hilfe der Organisation gelungen sei, im Laufe der letzten Jahre nicht unerhebliche Verbesserungen zu erlangen. So seien die Löhne einzelner Kategorien um 30 Proz. und noch höher gestiegen. Ein besonderer Erfolg sei die Errichtung von Arbeiterauschüssen und die Einführung des Sommerurlaubs für städtische Arbeiter nach fünfjähriger Tätigkeit. Wenn nun auch bezüglich der Arbeiterauschüsse die auf sie gesetzten Hoffnungen sich nicht in allen Punkten erfüllt haben, so bedeuten sie doch immerhin einen Fortschritt und können, vorausgesetzt, daß

die Mitglieder ihre Pflicht erfüllen, in vielen Sachen den Arbeitern von Nutzen sein. Bis her seien nun leider die Riefeldarbeiter von allem ausgeschlossen. Sie können gewissermaßen die Stiefkinder der städtischen Verwaltungen genannt werden. Seit Jahren petitionieren sie vergeblich um die Gewährung von Arbeiterauschüssen und Sommerurlaub. Eine Anfang Juni dieses Jahres an den Magistrat eingereichte Petition ist bis heute unbeantwortet geblieben. Ein Antragsblatt der sozialen Fürsorger des Magistrats bedeuten die Lohnverhältnisse. Sie sind im Frühjahr teilweise reguliert worden und bieten nach dieser Regulierung folgendes Bild: Riefeldarbeiter-Anfangslohn 2,50 M. resp. 2,75 M., nach 10 Jahren 2,5 Pf. Zulage, also 3 M.; für Deputanten im Sommer 1,80 M. resp. 2 M., im Winter 1,20 M. resp. 1,40 M. und das bei einer Arbeitszeit, die 12 $\frac{1}{2}$ bis 14 Stunden beträgt. Für Ausdä, welche den horrenden Wochenlohn von 18 M. erhalten, beginnt die Arbeit morgens um 3 Uhr und endet abends um 9 Uhr. Eine Ausnutzung der Arbeitskraft, wie sie in den Gefilden Ostpreußens nicht größer sein kann. Angesichts der Teuerung (die Mieten und die Lebensmittelpreise nähern sich in den Orten, in denen die Riefeldarbeiter wohnen, immer mehr den Berliner Verhältnissen) kann man tatsächlich von einer Notlage der Riefeldarbeiter sprechen. Die umfangreiche Diskussion förderte eine Reihe von Mißständen an das Tageslicht. So sind den Wärttern Regenbekleider gewährt worden, natürlich so billig wie möglich, während früher die Arbeiter nach wurden, werden sie nach Einführung der Bekleider — nah und schmutzig. Unterkunftsräume für die Arbeiter existieren nicht. In Erdhöhlen, die sich die Arbeiter hier und da gebaut haben, verbringen sie ihre Pausen bei schicktem Wetter und in der kalten Jahreszeit. Einige hundert Mark würden genügen, um für die Arbeiter die so notwendigen Unterkunftsräume zu beschaffen. Erwartungsvoll blickten die Arbeiter auf den neuen Leiter der Riefelder. Vielleicht der Herr kommt aus dem Westen, finden bei ihm die Wünsche der Arbeiter Entgegenkommen. — Die Versammlung beschloß einstimmig die Einreichung einer Petition mit der Forderung auf Errichtung von Arbeiterauschüssen, Gewährung von Sommerurlaub sowie einer allgemeinen Lohnregelung in der Weise, daß die Anfangslohne der Riefeldarbeiter 21 M. pro Woche betragen, steigend von Jahr zu Jahr um eine Mark, bis zur Höchstgrenze von 27 M. Für Deputanten einen Anfangslohn von 15 M., steigend wie oben bis 18 M. Freiarbeiter sollen 25 Pf. Zulage pro Tag erhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der schwedisch-norwegische Konflikt.

Karlsbad, 15. September. (B. Z. V.) Der schwedische Minister Hammarström und der norwegische Minister Lohland hatten heute nachmittag eine Besprechung. Die Sitzung der Delegierten wurde heute nachmittag um 5 Uhr wieder aufgenommen. Die schwedischen Delegierten waren bei dieser von ihren militärischen Ratgebern begleitet.

Karlsbad, 15. September. (B. Z. V.) Die Nachmittags-Sitzung wurde gegen 7 Uhr geschlossen. Es wurde keine Mitteilung ausgegeben. Die nächste Sitzung findet morgen vormittag um 11 Uhr statt.

Stockholm, 15. September. (Melbung des „Svenska Telegram Byran.“) Von durchaus zuverlässiger Seite wird mitgeteilt, daß Norwegen eine allmählich steigende Mobilisierung vornehme, die damit begonnen habe, daß das Jägerkorps Anfang dieses Monats auf volle Kriegsstärke gebracht worden sei. In den letzten Tagen seien die letzten noch fehlenden Mannschaften und Ausrüstungsstücke der Flotte und Festungsgeschütze sowie Feldartillerie in Süd-norwegen und für den Landsturm eines Teiles der Grenzgebiete eingetroffen. Bei verschiedenen Infanterie-Regimenten scheine die Mobilisierung entweder noch im Gange oder bereits beendet zu sein. Diesen ergriffenen Maßregeln könne jedoch der Charakter einer allgemeinen Mobilisierung noch nicht zugesprochen werden.

Kristiania, 15. September. (B. Z. V.) Gegenüber der Melbung des „Svenska Telegram Byran“ betreffend die Mobilisierung des norwegischen Heeres hat das „Norsk Telegram Bureau“ erfahren, daß es sich nur um eine Einberufung der Truppen zur Ablösung der Besatzungen in Festungen und Lagern handelt.

Stockholm, 15. September. (B. Z. V.) Mit Bezug auf ein Telegramm aus Kristiania, welches die Mitteilung über den norwegischen Mobilisierungsplan dementiert, besteht das „Schwedische Telegraphen-Bureau“ darauf, daß es in allem an seiner Mitteilung festhält, welche mit den wirklichen Verhältnissen übereinstimme.

Ausland der Fleischer.

Lemberg, 15. September. (B. Z. V.) Heute ist hier ein Ausstand der Fleischer und Fleischergehilfen ausgebrochen. Fleischmangel ist nicht zu befürchten, da im städtischen Schlachthaus Fleischvorrat für acht bis zehn Tage vorhanden ist.

Die Revolution in Rußland.

Tiflis, 15. September. (B. Z. V.) Fünf Bataillone Infanterie, einige Batterien und Kosaken sind nach Kutais geschickt worden. Nach einem Telegramm aus Schulanow ist dort angeht die Möglichkeit von Zusammenstößen zwischen Armeniern und Tataren eine halbe Sotnie Kosaken angekommen, und es wird noch eine halbe Sotnie erwartet. Ein Mitarbeiter einer Zeitung aus Baku ist durch Tataren ermordet worden.

Tiflis, 15. September. (B. Z. V.) General Schirinine erhielt heute früh folgende Depesche aus Baku: An einigen Stellen wurde geschossen; keine Zusammenstöße haben stattgefunden, in denen es Lote gab. Die Situation ist drohend, da die Erregung unter den Tataren groß ist.

Eisenbahn-Unfall.

Clermont-Ferrand, 15. September. (B. Z. V.) Ein Güterzug, dessen Bremsen nicht funktionierten, fuhr in der Nacht auf einen auf dem hiesigen Bahnhof stehenden leeren Rangierzug auf. Ein Lokomotivführer, ein Feizer und ein Arbeiter wurden getötet, mehrere Wagen zertrümmert.

Bremen, 15. September. (B. Z. V.) Unter dem Vorsitze des Landtags-Abgeordneten Wend fand heute hier die sechste deutsche Arbeiternachweis-Konferenz statt, die aus allen Teilen des Reiches stark besucht war. Das kaiserliche Statistische Amt war bei dieser Konferenz durch Regierungsrat Leo vertreten. Morgen findet auf Einladung des Norddeutschen Lloyd für die Mitglieder der Konferenz eine Fahrt nach Bremerhaven und Helgoland statt.

Zanger, 15. September. (Melbung des „Reuterei-Bureau.“) Zwischen Rußland und den Stämmen der Angera ist der Friede ver-tändelt worden.

Amsterdam, 15. September. (B. Z. V.) Der Zeitung „Telegraaf“ wird aus Oatavia gemeldet, daß die Post von Solos nach Pal-Pal (Küste von Neu-Guinea) von Alfuren überfallen wurde, wobei fünf Personen getötet wurden.

Rom, 15. September. (B. Z. V.) Die Tätigkeit des Vesuv ist im Zunehmen begriffen. Während des heutigen Tages wurden sich häufig wiederholende Erdbeben aus der Umgegend des Vesuv gemeldet. Auch der Vulkan Stromboli entläßt eine bemerkenswerte Tätigkeit.

Wollenbruch.

Kapstadt, 15. September. (B. Z. V.) Im mittleren Teile der Kapkolonie sind große Wollenbrüche niedergegangen, die Hochwasser auf weiten Strecken verursacht haben. Es wurden Häuser und Brücken zerstört, Wäldchen überflutet und auch sonst großer Schaden angerichtet. Ob Menschen verunglückt sind, ist noch nicht bekannt.

Zu den Parteidebatten

erhalten wir folgende Zuschriften:

Richtigstellung.

Es kann natürlich nicht meine Aufgabe sein, auch noch gegen die zahlreichen Fußnoten zu polemisieren, mit denen der „Vorwärts“ den Abdruck meines Artikels „Nochmals die unmögliche Diskussion“ begleitet hat.

Aber einen Punkt muß ich richtigstellen, weil er einen Vorwurf enthält, der geeignet ist, meine Parteireue zu schädigen, und weil die Tatsachen, auf die er begründet wurde, nur wenig bekannt sind.

Der „Vorwärts“ hatte bei mir eine beginnende Hinneigung zum Anarchismus entdeckt und als einen Beweis dafür erzählt, daß meine Kompaniearbeit mit dem halbanarchistischen Labriola schon merkwürdige Wandlungen ahnen ließ.

Das stellte ich dahin richtig, daß die angebliche „Kompaniearbeit“ in Wirklichkeit nichts war als ein Rat, den ich Labriola wegen einer Resolution erteilte, die er mir vor dem Kongreß von Bologna zur Begutachtung überlieferte. Und ich bemerkte, wenn man diesen Rat als eine „Kompaniearbeit“ mit einem halbanarchisten nenne, so sei das eine Bezeichnung, wie sie „Vasilio“ nicht feiner hätte erfinden können.

Dazu erklärt die Fußnote des „Vorwärts“: „Vasilio ist der Typus eines schmutzigen und gemeinen Verleumders. So beliebt Kautsky uns zu nennen, weil wir ihn der Parteilichkeit oder Kompaniearbeit am Labriolischen Programm beschuldigen. Was darin Verleumderisches läge, selbst wenn wir uns geirrt hätten, vermindert uns nicht zu gering.“

Dann will ich meinen Kollegen vom „Vorwärts“ dabei nachhelfen. Das Verleumderische liegt darin, daß sie meinen Rat als „Kompaniearbeit“ zu nennen beliebten. Einen Rat als „Kompaniearbeit“ zu nennen, ist ein Verleumdungsbegriff, der nicht ohne weiteres zu erwidern ist. Eine Kompaniearbeit ist nur mit Gleichgesinnten möglich. Wenn der „Vorwärts“ von meiner „Kompaniearbeit“ mit halbanarchisten sprach, so wollte er den Eindruck erwecken, ich hätte einen gemeinsamen Boden mit halbanarchisten, auf dem ich mit ihnen zusammenarbeiten könnte.

Und diesen Eindruck sucht er noch weiterhin aufrechtzuerhalten, trotz meiner Richtigstellung. Als einzige Grundlage dient ihm dabei die Mitteilung seines römischen Korrespondenten, Labriola habe seine Resolution auf meine Anregung in mehreren Punkten modifiziert.

Diese Mitteilung stimmt vollständig mit meiner Erklärung, daß ich Labriola einen Rat als „Kompaniearbeit“ erteilte. Um daraus wieder eine „Kompaniearbeit“ mit entsprechenden „Wandlungen“ abzuleiten zu lassen, muß der „Vorwärts“ den Satz in folgender Weise kunstvoll drehen:

„Daraus ist zu schließen, daß die von Kautsky weil anarchistisch klingend beanstandeten Stellen entfernt worden sind, so daß die in Bologna glänzend durchgefallene Resolution Kautskys Segen hatte. Diese von Kautsky modifizierte Resolution aber ist für unsere deutschen sozialdemokratischen Ohren immer noch anarchistisch klingend, zumal sie den Parlamentarismus nur als Agitations- und Demonstrationsmittel aufweist, von dem Appell an die Gewalt ganz abgesehen. Es ist ja charakteristisch, daß diese Labriolische, von Kautsky redigierte Resolution bei unserer italienischen Bruderpartei, auch bei ihrem radikalen marxistischen Flügel, keinerlei Anhang fand. Kautsky mag die Erinnerung an diese verlorene Liebesmühe unangenehm sein — aber wer ist nun Vasilio?“

In der Tat, wer ist Vasilio? Derjenige, der, um seine Parteireue zu retten, die Dinge darstellt, wie sie sind, oder derjenige, der die Parteireue eines Genossen abschnidet, nicht auf Grund gewissenhafter Informationen, sondern willkürlicher Schlussfolgerungen.

Hätte der „Vorwärts“ statt „daraus zu schließen“, sich über die Vorverhältnisse informiert, über die er schreibt, dann hätte er folgendes erfahren:

Labriola hatte vor dem Kongreß von Bologna verschiedene Genossen über seine Resolution befragt, nicht bloß mich, sondern z. B. auch Lafargue. Von meinen Bemerkungen über die Resolution befragte er einige, andere nicht, denn unsere Auffassungen weichen in wesentlichen Punkten von einander ab. So blieb die Resolution trotz aller Modifikationen immer noch eine solche, daß ich ihr nicht zugestimmt hätte. Es ist also völlig unklar, wie sie von mir redigiert gewesen und habe meinen „Segen“ erhalten. Wäre sie wirklich „glänzend durchgefallen“ und hätte sie in unserer italienischen Bruderpartei keinerlei Anhang gefunden, so brauchte mich das nicht zu kümmern. Um aber zu zeigen, wie der „Vorwärts“ Parteigeschichte schreibt, sei darüber noch folgendes richtig gestellt. In Bologna wurde über vier Resolutionen abgestimmt. Zuerst über die der äußersten Rechten (Vissolati), dann über die der äußersten Linken (Labriola). Es stimmten für

Table with 2 columns: Name and Delegierte Stimmen. Rows: Vissolati (316, 12255), Labriola (198, 7410), Stimmenhaltungen (315, 12590).

7400 gegen 12200 Stimmen, das nennt der „Vorwärts“ „keinerlei Anhang“.

Dann aber kam's zur Abstimmung über die Resolutionen des rechten Zentrums (Nigola) und des linken Zentrums (Ferre), deren Anhänger bei der ersten Abstimmung nicht mitgestimmt hatten. Nun vereinigten sich Labriola mit Ferre und ihre Resolution erzielte 16304 Stimmen gegen 14844 der vereinigten Reformisten. In den Parteivorstand, der sieben Mann zählt, wurden gewählt drei Anhänger Labriolas, des „Halbanarchisten“, und daneben drei andere Mitglieder des linken Flügels, die einen Standpunkt einnehmen, der ungefähr dem von mir in Deutschland eingenommenen entspricht, sowie ein Neutraler.

Das nennt der „Vorwärts“ einen „glänzenden Durchfall“, Erinnerungen, die mit unangenehm zu sein hätten.

Man vergleiche diese Darstellung der Dinge, wie sie sich tatsächlich vollzog, mit dem Phantastengemälde, das der „Vorwärts“ „schleicht“, um mich des Anarchismus zu verdächtigen. Und da frage auch ich: Wer ist nun Vasilio?

Nur beiläufig sei aber noch erwähnt, um die Klarheit des „Vorwärts“ über das Wesen des Anarchismus zu beleuchten, daß er findet, für „deutsche sozialdemokratische Ohren“ klinge in der Resolution Labriolas der Passus über den Parlamentarismus „immer noch anarchistisch“.

Der Passus lautet:

„Die parlamentarische Aktion hat ihren Schwerpunkt in der Agitation und in der Einführung des Proletariats in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten sowie in der Überwachung der Handlungen der Regierung; aber die Partei ist trotzdem der Meinung, daß die Parlamente nicht das Mittel sein werden, die Abschaffung des Privateigentums oder eine der vorgehenden politischen und ökonomischen Eroberungen durchzuführen.“

Der Kongreß betont von neuem, daß er auf kein Mittel des Angriffs und der Abwehr gegenüber dem Staat und den Regierungen verzichtet und daß er sich auch die Anwendung der Gewalt vorbehält für Fälle, wo sie nötig werden sollte.“

Das klingt in den Ohren des „Vorwärts“ „anarchistisch“. Wäher nahmen wir an, daß nur für Ohren anglistischer Pfaffen, nicht für deutsche sozialdemokratische Ohren“ derartige Anschauungen anarchistisch klingen.

Geht der „Vorwärts“ so konsequent weiter vorwärts, wird er bald die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten, ausgenommen die Revisionisten, zu Anarchisten gespielt haben. Man sieht die Auffassung der Proletarier Berlins über den „Anarchosozialismus“ ist in den besten Händen. K. Kautsky. Friedebau, 15. September 1905.

Wir begrüßen es als einen wertvollen Beitrag der Debatten, daß Kautsky nunmehr formell erklärt, daß er mit der durch seine Ratsschlüsse modifizierten Resolution Labriola nicht einverstanden ist. Daß wir Kautsky oder Labriola jemals einen Anarchisten genannt hätten, ist freilich eine Selbstbescheidung, die wir nicht erhoben haben. Wir haben Labriolas Resolution halbanarchistisch bezeichnet, weil sie eben den politischen Kampf durch den Parlamentarismus entwertet, und wir sind allerdings auch der Meinung, daß Kautsky neuerdings denselben Fehler begeht. Diese Unterjähung des Parlamentarismus zeigt sich eben auch bei den Anarchosozialisten, wie sie früher bei den Unabhängigen sich geltend machte. In den heutigen deutschen Verhältnissen halten wir es aber gerade für eine der wesentlichsten Aufgaben der Sozialdemokratie, um so mehr dem Parlamentarismus unsererzeit inneren Wert zu geben, je mehr ihn die Bourgeoisie antaucht. Unsere reaktionären Staatsstreicher sind es, die fortwährend den Niedergang des Parlamentarismus bejammern — natürlich nur des Reichstagsparlamentarismus. Es heißt geradezu die Pläne der Reaktion fördern, wenn wir nun unsererzeit in dieselben Klagen einstimmen. Hier ist jede Halbheit vom Teufel. Wir sind jetzt in der Lage den Parlamentarismus zu verteidigen, seine Diskreditierung zu bekämpfen, und da niemand ihn überschätzt, so sind Warnungen vor parlamentarischer Stretinismus ganz und gar überflüssig. Wir sprechen das aus auf die Gefahr hin, daß uns Kautsky wie ein Unabhängiger von Erfurt erwidert, es sei Betrug, wenn man die Genossen glauben zu machen verusche, daß mittels des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisierung möglich sei; und wir würden auf solchen Vorwurf mit dem Wibel von Erfurt antworten: Wer hat den Lunsam gesagt.

Was nun Labriolas Resolution anlangt, die deutschen Ohren anarchistisch klinge, so hat Kautsky leider wieder den entscheidenden Abschnitt über den Parlamentarismus fortgelassen, der lautet:

„In Erwägung, daß jede reformatorische Tätigkeit im bürgerlichen Regime, auch wenn sie durch die PreSSION des Proletariats bestimmt und den Arbeitern teilweise nützlich ist — eben weil sie aus einem Ineinanderliegen proletarischer und kapitalistischer Interessen entspringt — immer unvollständig bleibt und den Grundmechanismus der kapitalistischen Produktion nie angreift, erklärt der Kongreß, daß die Herbeiführung der Reformen den bürgerlichen Regierungen zu überlassen ist, ohne parlamentarische Mitwirkung und ohne Kompromiß von seiten des Proletariats, dessen Aufgabe darin besteht, jene Reformen anzutreiben, herbeizuführen und zu kontrollieren, die offenbar die Eroberung vorteilhafter Positionen für die Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus darstellen.“

Bei der Erläuterung der Resolution Labriola erklärte in Bologna noch diesen Absatz dahin, die Revolutionäre wollten nicht unter ihrer Verantwortung die Reformen durchbringen, nicht ihre Namen unter die Gesetze setzen. Wer die Geschichte der deutschen Partei kennt, weiß, daß ganz zu Anfang ähnliche Sillunungen herbeizuführen, aber niemals realisiert wurden. Diese rein demonstrative parlamentarische Abstimmungspolitik nennen wir heute eben halbanarchistisch; sie widerspricht durchaus der deutschen Praxis. Es ist wirklich höchst bedauerlich, daß Kautsky es unterlassen hat, gerade den Absatz der Resolution nicht zu zitieren, auf den wir unsere Charakteristik gründeten. Und es ist ferner sehr bezeichnend für die polemischen Manieren unserer Parteigenossen, daß er zwar eben erst erzählt hat, er habe anarchistisch klingende Wendungen aus der Resolution zu entfernen geraten, unmittelbar darauf aber die Unfähigkeit der „Vorwärts“-Redakteure höhnt, denen die nicht getilgten antiparlamentarischen Äußerungen gleichfalls anarchistisch klingen.

Berichtigung. Genosse Bernstein sendet uns folgende Berichtigung:

Der Verfasser der Artikel: „Gegen die theoretischen Stützen der Sozialdemokratie“ hat es für passend erachtet, in seiner Polemik gegen die „Kölnische Zeitung“ Ausfälle und Spigen gegen Mitglieder der eigenen Partei einzuflechten. Ob das sehr geschmackvoll war oder ist, mag auf sich beruhen bleiben; daß man der „Kölnischen Zeitung“ antworten kann, ohne nach den Nebenleuten im eigenen Lager anzuschlagen, glaube ich in den Artikeln gezeigt zu haben, die ich über das gleiche Thema in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht habe.

Wenn es aber nun einmal nicht ohne Ausfälle gegen Mitglieder der eigenen Partei ging, so hätte man wohl wenigstens erwarten dürfen, daß sie auf der Wahrheit entsprechenden Unterlagen beruhen. Indes auch das läßt es der Verfasser sehr fehlen.

Um nachzuweisen, daß die Anschauungen der „Revisionisten“ in der Partei dahin führen, Grundentlastungsgesetzen zuzustimmen, die das bäuerliche Grundeigentum beseitigen müssen, führt er u. a. als Beweisstück einen Satz aus meinen „Voraussetzungen des Sozialismus“ an, wo ich übertriebenen Darstellungen hinsichtlich der Expropriationsabsichten der Sozialdemokratie entgegengetreue und ihnen gegenüber bemerke, daß es sich nach den Absichten der Sozialdemokratie unter keinen Umständen um eine allgemeine, gleichzeitige und gewalttätige Expropriation, sondern um die allmähliche Ablösung durch Organisation und Gesetz handelt.“

Ueber letzteres kann man natürlich streiten. Nur muß man, wenn man die gegenteilige Ansicht vertritt, die große Mehrzahl der Agitationsbroschüren der Partei, fast alle ihre Wahlflugblätter und die Gesamtheit der Parlamentsreden ihrer Vertreter — die radikalsten nicht ausgenommen — in Grund und Boden verdammen.

Indes auch das ist ein Punkt für sich. Wogegen ich jedoch protestieren muß, ist die Behauptung, daß das aus meiner Schrift gegebene Zitat zu solchen Folgerungen zwingt oder sie auch nur zuläßt, die der Verfasser des Artikels ihm nachspricht. Da ihm mein Buch sehr gut bekannt ist, weiß er natürlich auch, daß es sich u. a. mit der Frage der Agrarforderungen der Partei befaßt. Welche Stellungnahme wird aber dort empfohlen?

„Die Sozialdemokratie kann als nächste Forderungen nur solche aufstellen, die auf die Verhältnisse in der Gegenwart passen, wobei die Bedingung ist, daß sie in sich den Keim der Weiterentwicklung in der Richtung der von ihr erstrebten Gesellschaftsordnung tragen. . . Die Sozialdemokratie kann andererseits Forderungen, die unter den gegebenen Wirtschafts- und Machtverhältnissen mehr zur Befestigung der heutigen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse als zur Förderung derselben dienen würden, nicht daraufhin aufstellen, daß die betreffenden Maßregeln unter anderen Verhältnissen, auf einer vorgeläuterten Stufe der Entwicklung, Hebel zur sozialistischen Umgestaltung der Produktion werden können.“

Ich denke, das war deutlich genug gesprochen. Um indes nicht im Abstrakten zu bleiben, gebe ich an jener Stelle als Beispiel einer solchen Maßregel, für die die Sozialdemokratie unter den gegebenen Machtverhältnissen sich nicht ins Zeug zu legen habe, die Verstaatlichung der Hypotheken u. a. (Voraussetzungen S. 158.)

Unmittelbar anschließend daran heißt es dann in den Grundrissen eines positiven Agrarprogramms der Sozialdemokratie bei mir unter 3: „Bekämpfung des Eigentumsabsolutismus und Förderung des Genossenschaftswesens“, und mit Bezug auf das letztere wird dann entwickelt, daß für die

Sozialdemokratie die Bauerngenossenschaften als Repräsentanten der Mittelstandsbevægung nicht in Betracht kommen können, sondern es sich für sie nur um Genossenschaften von IJergbauern und Landarbeitern handeln könne, und wird im Interesse dieser Demokratisierung der Landgemeinden die Erteilung des Rechts an diese verlangt, „Boden durch Expropriation zu erwerben und unter billigen Bedingungen an Arbeitergenossenschaften zu verpachten.“ (S. 158.)

Man sieht überall das genaue Gegenteil von dem, was nach H. O. aus dem Satz, den er aus meiner Schrift herausgreift, folgern soll. Es ist auch unerfindlich, warum die Feststellung, daß die Sozialdemokratie nicht die utopische Idee nährt, alles Eigentum, alle Betriebe mit einem Schlage expropriieren zu können, dazu hinleiten soll, Eigentumskonsolidierungen zuzustimmen, die das Expropriationsverbot nur noch erschweren würden. Selbst wenn ich die zitierten Sätze über die Agrarfrage nicht geschrieben hätte, wäre es eine ganz willkürliche Behauptung H. O.'s gewesen, daß wer meinen obigen Satz unterschreibt, der ersten besten Entlastung des ländlichen Grundbesitzes zustimmen werde. Im Angesicht jener Sätze aber zeigt seine Behauptung, bis zu welchen Ungehörlichkeiten das Bestreben führt, den bösen Revisionisten um jeden Preis und bei jeder Gelegenheit etwas zu finden.

Berlin, den 14. September 1905.

Ed. Bernstein.

Ich verleihe absolut nicht, was die vorstehende Zuschrift soll und was Genosse Bernstein will. Ich habe nirgends in den erwähnten Artikeln als „Voraussetzung“ dafür, daß die Revisionisten Grundentlastungsgesetzen zustimmen müssen, auf einen Satz aus Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“ hingewiesen. Allerdings zitiere ich im dritten Artikel eine Stelle aus der Bernsteinschen Schrift, aber nicht als Beweis für seine oder irgend eines anderen Genossen Stellung zur Grundentlastungsfrage, sondern zum Beweise dafür, daß der Revisionismus zu der Mahnung gelangt, den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft nicht scharf zu betonen. In gar nicht mißzuverstehender Weise leite ich das Zitat aus Bernsteins Schrift mit den Worten ein:

„So gelangt denn der Revisionismus dazu, das Endziel „voraussetzung“ zurückzustellen und die politisch-demokratischen Forderungen in den Vordergrund zu rücken. Schmeicheln mag er, nur nicht den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft scharf zu betonen. Ein gutes Beispiel dieser Auffassung bietet Genosse Bernstein uns in seiner Schrift über „Die Voraussetzungen des Sozialismus“, in der es S. 138 ff. heißt: . . .“

Andere Folgerungen ziehe ich aus Bernsteins Auslassungen überhaupt nicht, noch knüpfe ich daran irgend welche Ausführungen über die Grundentlastung. Meine Äußerung über Schuldenabstimmungsgesetze steht vielmehr eine halbe Spalte vor dem Zitat aus seinem Buch; sie gibt nicht Ansichten der Revisionisten wieder, sondern der sogenannten Evolutionisten (zwei Begriffe, die sich meines Erachtens keineswegs völlig decken); sie exemplifiziert auch nicht auf Bernsteins Äußerungen oder Meinungen, sondern auf Anschauungen, die 1894 und 1895 bei der Erörterung des damaligen Agrarprogrammturns hervorgetreten sind. Um keinen Zweifel darüber zu lassen, füge ich dort meinen Ausführungen — deutlich genug für jeden, der begreifen will — hinzu:

„Es handelt sich hier keineswegs um eine erfundene Argumentation. Wer sich die verschiedenen Ausführungen vor und auf dem Dreslauer Parteitag zum Agrarprogramm anschaut, wird die obigen Züge wiedererkennen.“

Wenn ich mich aber auf Äußerungen aus den Jahren 1894 und 1895 beziehe, kann ich nicht Äußerungen Bernsteins aus seiner Schrift über die „Voraussetzungen des Sozialismus“ meinen, denn diese Schrift ist erst 1899 erschienen.

Ich vermag mir die den klaren Ausführungen meines Artikels widersprechenden Wäurmachungen Bernsteins nur daraus zu erklären, daß er jedesmal, wenn jemand von Revisionismus oder Evolutionismus spricht, sofort mit dem alten Wangel denkt: „Damit meint er mich!“ Es fällt mir jedoch gar nicht ein, Bernstein ohne weiteres mit dem Revisionismus zu identifizieren, und für einen reinen Evolutionisten à la Kolb halte ich ihn schon wegen seiner Stellungnahme zur Generalfreistfrage nicht.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über Bernsteins Einleitung seiner Berichtigung. Er rügt, daß ich mich in meiner Abwehr auch mit dem Revisionismus beschäftige. Nun rümpelt sich aber die ganze Welt über die Artikelserie der „Köln. Ztg.“ darauf, daß die marxistische Theorie unhaltbar sind und die revisionistische Strömung in der Sozialdemokratie die Oberhand behalten muß. Eine lange Reihe von Artikeln (z. B. „Die Revolution“, „Die Evolution und Sozialreform“, „Die Sozialdemokratie als Massenpartei“, „Die praktischen Forderungen der heutigen Sozialdemokratie“, „Das Bild der heutigen Sozialdemokratie“, „Ausblick“) befaßen sich ganz speziell mit den heutigen verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie. Gewiß hätte ich, ebenso wie Bernstein, diese Hauptpartien in meiner Abwehr völlig ignorieren und mich auf allerlei Neben Sachen beschränken können — um ja nicht nach irgend einer Seite anzulocken. Diese Art des Kritizierens ist sogar viel bequemer, nur gibt sie nach meiner Ansicht ein total falsches Bild der Auffassungen des Gegners und trägt gar nichts oder doch nur recht wenig zur Klärung der strittigen Fragen bei. H. O.

Aus der Partei.

Die Wahl in Thorn.

Die „Kölnberger Volkszeitung“ beschäftigt sich mit der in Nr. 213 des „Vorwärts“ enthaltenen Kritik über den Ausfall der Wahl in Thorn. Ihr hat es besonders der Hinweis auf die Wirkung der gegenwärtigen Streitigkeiten angetan. Sie drückt den Satz ab und schreibt dazu:

„So leid es uns tut, so müssen wir doch diesen Versuch des „Vorwärts“, den Thorer Wahlausfall zur Stimmungsmache in seinem Streit mit der „Kölnberger Volkszeitung“ zu benutzen, allen Boden entziehen. Gestern haben wir in einer Zuschrift aus Thorn die wahren Gründe unseres Stimmrückganges angegeben: es gibt in Thorn fast 1000 Leute, die 1903 für uns gestimmt haben; es gibt fast 1000 organisierte Gewerkschafter. Das werden ja zum Teil dieselben Personen sein, aber doch ist der Schluß berechtigt, daß insgesamt weit mehr als 1000 Wähler im Thorer Wahlkreis für uns in Betracht kommen. Aber all diese Reue gewonnenen sind in keiner Weise zu überzeugten Sozialdemokraten gemacht worden. In den Jahren seit 1903 ist nichts zu ihrer prinzipiellen Durchbildung und Vertiefung geschehen. Es ist also gerade dieselbe Sünde begangen worden, die auch dem „Vorwärts“ zur Last gelegt wird. Unsere Leser kennen aus dem vorzüglichen Artikel Kautskys, den wir in voriger Woche veröffentlicht haben, den Inhalt des Streites um den „Vorwärts“. Genau in dem gleichen Sinne und aus den gleichen Gründen hat die „Kölnberger Volkszeitung“ den „Vorwärts“ angegriffen. Beide — Kautsky und die „K.“ — wollen also durch ihre Kritik erreichen, daß die eigentliche Quelle des Unheils verstopft wird, an dem die gesamte Partei krank, nämlich der Mangel an gründlicher, prinzipieller Durchbildung der Reue gewonnenen, um sie zu festen, überzeugten Sozialdemokraten zu machen. Es ist dies das einzige Mittel, so bedenkliche Ereignisse wie die Thorer Nachwahl in Zukunft zu verhindern. Und nun kommt der „Vorwärts“ und bezeichnet diesen einzig richtigen Weg, der zur Heilung führen kann, als die Ursache des Unheils! Kann die Verwirrung und Unklarheit in der Redaktion unseres Zentralorgans noch weiter getrieben werden?“

Na, da möchten wir wirklich einmal zeigen, daß wir immer noch nicht an der Obergrenze der Verwirrung und Unklarheit angelangt sind. Zunächst möchten wir die „Königsberger Volkszeitung“ in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß die „Vorwärts“-Betrachtung im „Vorwärts“ ausdrücklich als Zeitschrift gekennzeichnet ist und die Einzelheiten, die darin erwähnt werden, sollten wohl auch den Königsberger Genossen zeigen, daß nur ein mit den örtlichen Verhältnissen genau bekannter Genosse der Verfasser sein kann. Unseren Kritikern sei verhofft, daß der Einsender vermöge seiner Stellung in der Partei berufen ist, ein Urteil über die dortige Wahl abzugeben. Die Königsberger dürfen das Urteil für falsch halten, aber sie haben daneben, wenn sie behaupten, wir hätten dieses Urteil, dessen Veröffentlichung im Interesse der dortigen Parteiverhältnisse von uns verlangt wurde, zur Stimmungsstimmung für uns benützt. Natürlich hatten wir aber auch keinen Anlaß, das in diesem Zusammenhange geäußerte wohlwollende Urteil des Einsenders, das wir für zureichend halten, zu unterdrücken lediglich aus dem Grunde, weil einige Leute immer gleich empfindsam werden, wenn der „Vorwärts“ nicht ihrer Meinung ist.

Die Quelle des Unheils, die Kautsky und die „Leipziger Volkszeitung“ verschlopfen wollen, ist bekanntlich die theoretische Unklarheit, die ökonomische Unwissenheit des „Vorwärts“. Wenn dieses Parteiblatt beseitigt würde, so daß weder Kautsky noch Plehing noch die „Königsberger Volkszeitung“ noch etwas am „Vorwärts“ auszuweisen hätten, was wäre dann für die prinzipielle Durchbildung der Thorer Gewerkschaftsmitglieder gewonnen? Wenn für diese ein Parteiblatt in Frage kommt, so ist es doch in erster Reihe die „Königsberger Volkszeitung“. Die wird aber gewiß nicht sagen wollen, daß sie des „Vorwärts“ bedarf, um auf ihre Leser prinzipiell aufzuklären zu wirken; sie wird selbst nicht einmal zugeben, daß für sie die geräuschvolle Aufrüttelung erforderlich war, die man dem „Vorwärts“ jetzt angeheißt läßt. Zugegeben, daß seit 1903 für die prinzipielle Durchbildung und Vertiefung der damals neu gewonnenen Wähler des Kreises Thorn nichts getan worden ist, dann trifft die Schuld entweder die „Königsberger Volkszeitung“, oder, wenn sie keine Abkommen in Thorn hat, die Parteioberleitung, und für Westpreußen ist ja die „Königsberger Volkszeitung“ ebenfalls offizielles Parteiorgan; es muß dann immerhin wundernehmen, daß sie nicht schon längst den in Frage kommenden Parteifunktionen das Rötige gesagt hat. Daß also der lärmende Kampf gegen den „Vorwärts“ das notwendige unentbehrliche Heilmittel für die Schäden in Westpreußen sein soll, können wir in unserer Verantwortlichkeit in der Tat nicht einsehen. Daß er dagegen Schaden angerichtet hat, das für unseren Teil und auf das Urteil des Parteigenossen aus Westpreußen, das übrigens nicht das erste derartige von beteiligten Genossen aus betroffenen Wahlkreisen ist.

Allerdings wird jetzt vielfach darüber gesagt, daß es die Gewerkschaften an der nötigen prinzipiellen Aufklärung ihrer Mitglieder fehlen lassen. Dem könnte man entgegenhalten, warum denn die Parteigenossen von den Gewerkschaftsorganisationen eine Arbeit erwarten, die in erster Linie Aufgabe der Partei-Organisation ist? In dem Thorer Falle ist uns nun aber bekannt, daß der Hauptteil der Gewerkschaftsmitglieder Maurer sind. Das Fachblatt des Maurerverbandes gehört aber unstrittig zu denjenigen Gewerkschaftsblättern, die es an Behandlung politischer Fragen im sozialdemokratischen Sinne nicht fehlen lassen. Dort kann also der Fehler sicher nicht liegen.

Also: two Mängel vorhanden sind — und wir sind die letzten, solche abzuleugnen — da untersuche und prüfe man sie ruhig und lache sie in erster Arbeit abstruieren. Damit, daß wir uns zum Gaudium und zum Vorteil unserer Gegner gegenständig als Ignoranten und unklare Köpfe behandeln, werden wir die Besserung nicht erreichen.

Parteilosheit. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat wieder von den sachlichen Bemerkungen zu ihren Kritikern noch von unserer Antwort auf Kautsky etwas abgedruckt. Dagegen hat sie nicht nur Kautskys Artikel veröffentlicht, sondern sogar wiedergegeben, was ein anderes Parteiblatt gegen unsere Antwort ausführt. Wir glauben, daß in der gesamten bürgerlichen Presse ein so ausgebildetes System prinzipieller Totschweigens nicht existiert. Auch im Kampf zwischen Gegnern wird nirgends die Meinung des anderen so hartnäckig verschwiegen, wie es die „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber Parteigenossen tut. Leipzig erzählt nun einmal nicht, was der „Vorwärts“ schreibt, nur was gegen den „Vorwärts“ geschrieben wird. Immer „prinzipiell!“

Aber die Methode der „L. V.“ ist eigentlich noch schlimmer, als die des einfachen Totschweigens. Sie gibt nämlich ein paar Sätze doch wieder, um über den Inhalt unserer Darlegungen ihren Lesern nicht nur ein Urteil, sondern ein falsches Urteil einzuführen. Zu dem Ende wählt sie als „Probe“ statt unserer sachlichen Wichtigstellungen und Ausführungen eine einzige satirische Blöße.

Nur eine Stelle ist der „L. V.“ auf die Herzen gefallen. Unser Hinweis, wie Marx ökonomische Zusammenhänge aufgezeigt und wie Leute, die seinen Namen unmisslich im Munde führen, ökonomische Zusammenhänge behaupten, was allerdings einfacher ist. Die „L. V.“ sucht sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie einmal noch ein paar Sätze hinzusetzt, um den Verdacht zu erregen, als ob wir ungenau die „wissenschaftlichen“ Betrachtungen über das Verhältnis von Sklaverei und Naturerkenntnis wiedergegeben hätten — tatsächlich ändert das Mehr an Worten gar nichts — dann wieder, nach der von uns gekennzeichneten Kunst, in 5 Minuten einen Pringstienartikel zu schreiben, die rettende, gesinnungstüchtige Wolabel zitiert, die diesmal „kommunistisches Manifest“ heißt. Die Weisheit, daß die Naturerkenntnis abhängig sei von der Entwicklung der ökonomischen Produktionsweise — das läßt sich allerdings wie der Rosenkranz immerfort herbeten. Das aber ist schließlich die Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung, bloße Zusammenhänge zu behaupten, statt zu zeigen, wie die Zusammenhänge sind. So parodiert man eben die geschichtsökonomische Methode, diese fruchtbarste, aber in der Anwendung schwierigste Forschungsweise, und gibt den nach Aufklärung Hungrigen Steine statt Brot. Man braucht nur zu wissen, daß die entscheidenden naturwissenschaftlichen Erkenntnisse im Zeitalter vor dem modernen Kapitalismus liegen, daß der heutige Kapitalismus im wesentlichen nur die technisch angewandte Wissenschaft zu ungeheurer Entwicklung gefördert hat, um zu erkennen, daß die „L. V.“ die „Aufklärung“ dort beendet, wo sie anfangen müßte. Vielleicht zieht einmal die „L. V.“ irgend einen der von ihr gegenüber den „Vorwärts“-Redakteuren bewunderten deutschen Privatdozenten zu Rate, um zu erkunden, über welche Art „wissenschaftlicher Ueberlegenheit“ er „lacht“.

Der konfiskierte Generalfreie. Die Dresdener Polizei hat jetzt die seinerzeit konfiskierten Exemplare der „Dresdener Volkszeitung“ mit der Generalfreie-Reise des Genossen Verstein wieder zurückgebracht.

Abnormal konfiskiert wurde eines der im Dresdener Verlage erscheinenden Parteiblätter. Diesmal traf es wieder den „Vollfreund“, der einen Lehrer durch die Bildung von der harten Züchtigung eines Schulkindes beleidigt haben soll.

Aus Industrie und Handel.

Landwirtschaft und Gewerbe in Rußland.
Von der „Praw. Wjestnik“, dem Organ des russischen Finanzministeriums, werden einzelne Mitteilungen aus der ersten allgemeinen Volkszählung, die in Rußland stattgefunden hat, veröffentlicht. In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse im Zarenreiche sind diese Mitteilungen höchst interessant, da sie zeigen, in welchem hohen Maße Rußland noch immer Agrarstaat ist. Nach der Zählung gibt nämlich die Landwirtschaft nicht weniger als 74,57 Proz. der russischen Bevölkerung Lebensunterhalt und zwar beschäftigen sich davon 70,27 Proz. mit Ackerbau, 3,50 Proz. mit Viehzucht und 0,71 Proz. mit den übrigen Zweigen der Landwirtschaft (Waldbau, Baumzucht usw.). Der Bergbau gewährt nur 0,44 Proz. der gesamten Bevölkerung Rußlands die Haupterzeugnisse. Die bearbeitende Industrie gibt

7,82 Proz. der Bevölkerung Beschäftigung und Lebensunterhalt, darunter: die Bearbeitung von Metallen 1,85 Proz., von Mineralien 0,27 Proz., von Holz 0,87 Proz., von Nahrungsmitteln 0,85 Proz., von tierischen Erzeugnissen 0,52 Proz., von Faserstoffen 1,32 Proz., die Fertigstellung von Kleidungsstücken 2,18 Proz. und die übrigen Zweige der bearbeitenden Industrie 0,66 Proz. Außerdem bieten die Bauarbeiten 1,52 Proz. der Bevölkerung die Existenzmittel. Vom Handel leben 3,98 Proz. der Bevölkerung des Reiches und 1,55 Proz. von der Tätigkeit und dem Dienst im Transportgeschäft.

Was die Beschäftigungen außer dem Gewerbe und dem Handel anbetrifft, so finden ihre Existenz im Verwaltungsdienst 0,76 Proz. der gesamten Bevölkerung, im Kirchendienst der verschiedenen Konfessionen 0,63 Proz., in den freien Berufsarten 0,84 Proz., im Dienst in privaten Unternehmungen, Anstalten und bei Privatpersonen 4,62 Proz., während die übrigen 3,47 Proz. ihre Einnahmen aus Kapitalen oder Immobilienbesitz oder aus sonstigen Mitteln beziehen, die ihnen von der Krone, verschiedenen Anstalten und Privatpersonen geboten werden, so daß zu dieser Gruppe auch die Personen zu rechnen sind, welche sich in den Regimentern, Krankenhäusern, Armenhäusern, geschlossenen Lehr- und Erziehungsanstalten, Gefängnissen usw. befinden, sowie auch Personen mit unbestimmtem Beruf.

Natürlich ist das Verhältnis der wichtigsten Berufsarten, d. h. der Landwirtschaft, der bearbeitenden Industrie und des Handels, in den einzelnen Teilen des Reiches sehr verschieden, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

	Landwirtschaft	Ackerbau	Viehzucht	Bearbeitende Industrie	Handel
Im europäischen Rußland	74,92	78,58	0,78	7,93	3,87
Im Weichselgebiet	58,64	55,15	1,19	13,00	6,01
Im Kaukasus	78,85	74,40	3,58	4,92	3,43
In Sibirien	80,22	89,70	8,44	4,84	2,27
In Mittelasien	82,75	45,01	37,08	5,65	3,03

Kapital und Presse. Die Diskonto-Gesellschaft sucht bekanntlich mit ihrer Hamburger Filiale, der Norddeutschen Bank, und der Bankfirma R. W. Warburg u. Co. einen Teil der 400 Millionen Dollar Stammaktien und 100 Millionen Dollar Goldbonds der Pennsylvania Railroad Company in den Handel zu bringen. Mehrseitige Riesenannoncen verbinden die Vorteile der Bahn, ihre gute wirtschaftliche Lage wie ihre Leistungsfähigkeit und fordern zum Erwerb der neuemittierten Papiere auf. Dagegen läßt sich nichts einwenden; die an der Emission beteiligten Banken haben natürlich das Recht, die Vorzüge des zur Ausgabe neuer Aktien und Bonds schreitenden Unternehmens in den schönsten Farben schildern zu lassen, wozu doch jeder, was er von solchen Prospekten zu halten hat, recht sonderbar berührt es aber, daß die „National-Zeitung“ an der Spitze ihres „Handelsblattes“ einen längeren Artikel bringt, in welchem sie in einer geradezu widerlichen Weise das Lob der Pennsylvania-Bahn singt und mit den Worten abschließt:

„Von Roosevelts Eisenbahnerforschung hat die Pennsylvania nichts zu befürchten. Ihr Status ist derart, daß jeder Fortschritt im Hauptindustriegebiet ihr neues Wasser auf die Mühle liefern muß, ohne den Ausgabenetats wesentlich zu erhöhen. Für die Eröffnung einer neuen Periode der Einföhrung amerikanischer Eisenbahnlinien in Deutschland konnte keine bessere Auswahl getroffen werden.“

In einem Organ, das in seinem politischen Teil so viel von idealen Gütern und der Verderblichkeit der materialistischen Anschauung spricht, nimmt sich diese eigenartige, nichts weniger als idealen Gründen entspringende Reklame höchst komisch aus. Aber vielleicht ist die Rationalisierungs-Idealtät von ganz besonderer Qualität.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hielt vorgestern eine seiner sogenannten Jahresversammlungen ab, in welcher der Vorstand über die Absatzverhältnisse der letzten Zeit referierte. Er schilderte die Lage als recht günstig. Allerdings hat, wie immer im Juli und August der Absatz von Hausbrandkohlen nachgelassen, doch ist der Absatz von Industrieerzeugnissen durch den vorzüglichen Beschäftigung fast sämtlicher Kohlen verbrauchenden Gewerbe, ganz besonders aber der Eisenindustrie, recht gut gewesen, auch sind nicht selten zu den abgeschlossenen Mengen insofern stärkerer Beschäftigung, wie ursprünglich angenommen, Zukäufe getätigt. In Gasohlen ist nach dem Versammlungsbericht der „Rhein.-Westf. Ztg.“ naturgemäß der Bedarf in den Sommermonaten minder stark, indes muß der Absatz als durchaus normal bezeichnet werden. Der rechnermäßige Kohlenabsatz hat in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August im Jahre 1904 87 865 138 Tonnen und im Jahre 1905 85 587 809 Tonnen betragen, ist mithin um 1 777 829 Tonnen zurückgeblieben. Berücksichtigt man, daß die Monate Januar und Februar durch den Arbeiterausstand ein Minus von 3 607 973 Tonnen aufweisen, so ergibt sich, daß die übrigen Monate ein Mehr von 1 830 044 Tonnen erzielt haben. Es darf also das Ergebnis im großen und ganzen als ein recht günstiges bezeichnet werden. Besonders der Monat August ergibt gegen den August vorigen Jahres ein Mehr von über 500 000 Tonnen.

Der Schiffsverkehrsstand in Köln beziffert sich im Monat Juli auf 737 883 Tonnen, im Monat August auf 770 078 Tonnen. Gegen die gleichen Monate des Vorjahres zeigt der Juli dieses Jahres einen Mehrabsatz von 77 665 und der August von 194 588,5 Tonnen. Das befriedigende Ergebnis ist in erster Linie auf die verstärkten Abzüge der Hochwasserwerke zurückzuführen und kann als Beweis für die anhaltend gute Beschäftigung der Eisenwerke betrachtet werden.

Die Lage der Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamten, über welche wir bereits mehrfach berichteten, stellt sich nach dem von Dr. Hecht (Rheinische Hypothekendarf) erstatteten Prüfungsbericht als höchst miserabel heraus. Während die Direktion der Vermögensverwaltung jüngst noch einen Ueberschuß von 178 000 M. herausrechnete, kommt Herr Hecht zu dem Ergebnis, daß für Reservierungen und Abschreibungen 2 Millionen Mark nötig sind, so daß von dem Aktienkapital von 8 Millionen Mark zwei Drittel verloren sind. Und die Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktien-Gesellschaft (eine von der Diskontogesellschaft gegründete Treuhänder-Gesellschaft) hat ausdrücklich die Revisionsbilanz des Geheimrats Hecht für richtig erklärt und bezeichnet 2 Millionen Mark als das Mindestmaß der erforderlichen Abschreibungen.

Amerikanische Getreiderente. Die amerikanische Getreiderente verspricht einen weit reicheren Ertrag, als meist nach den bisherigen Berichten angenommen wurde. Die Schätzung des Washingtoner Ackerbaubüros beziffert den Stand des Frühjahrsertrages am 1. September mit 87,3 Proz. Gegen den Stand am 1. August bedeutet das einen Rückgang um ungefähr 2 Proz., doch veranschlagt sich fast stets im September die voraussichtliche Ertragsziffer; im vorigen Jahr betrug der Rückgang sogar 21,3 Proz. Der Mais hat sogar seinen Stand noch verbessert und rechnet man zum mindesten auf den enormen Ertrag von 2700 Millionen Bushel oder 951 Millionen Hektoliter; wahrscheinlich wird der Ertrag dieses Quantum aber noch beträchtlich übersteigen.

Der Rückgang in Kansas von 95 auf 88 Proz. ist reichlich dadurch wettgemacht, daß in Ohio der Stand sich von 85 auf 90, in Indiana von 94 auf 90, in Illinois von 93 auf 96 und in Nebraska von 90 auf 95 Proz. gehoben hat, während er in Iowa mit 80, in Missouri mit 98 Proz. die letztmonatliche Höhe behielt. Auch der Hafer verspricht ein reichliches Ergebnis, man taxiert dieses auf über 900 Millionen Bushel gegen 895 Millionen in 1904 und 784 Millionen in 1903. Der Roggenanbau ist nur vergleichsweise gering, die Ernte wird diesmal auf circa 80 Millionen Bushels geschätzt; von Gerste hofft man 135 Millionen Bushels zu gewinnen. Im Vergleich zu früheren Jahren sind von beiden Arten die Erträge gut.

Die Folge ist, daß die nordamerikanische Union von ihrer Ernte weit größere Mengen an Europa abzugeben vermag, als in den letzten Jahren, und da auch die meisten europäischen Länder mehr

Getreide als im Durchschnitt des letzten Jahres geerntet haben, so sieht zu erwarten, daß auf den Weltmarkt die russische Weizenrente keinen oder doch nur sehr geringen Einfluß haben wird, um so größer allerdings auf Rußlands Volkswirtschaft, die Hauptgetreideproduktionsgebiete, aus denen die Berichte am trostlosesten lauten.

Gewerkschaftliches.

Fürsorgliche Unternehmer.

Nun wird man die Fleischnot nicht mehr leugnen können! Auch das sozial fürsorgliche Unternehmertum, das sein Wohlwollen für die Arbeiterchaft durch allerlei „Wohlfahrts-einrichtungen“ zu bekunden pflegt, beginnt an Wagnahmen zu denken, wie man Fleischpreis und Geldbeutel wieder in ein erträgliches Verhältnis zu einander bringen könnte.

Dieser Lage laßen die Arbeiter der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu Karlsruhe am „Schwarzen Brett“ einen Anschlag, der wie folgt begann:

„Infolge der in letzter Zeit eingetretenen Erhöhung für Fleisch- und Wurstwaren sehen wir uns genötigt . . .“

„Hff!“ dachte da mancher Arbeiter: „Nun gibts Lohn-erhöhung.“

Hierig las man weiter: aber die Fortsetzung entsprach nicht den Erwartungen. Vollständig lautete der Anschlag:

Infolge der in letzter Zeit eingetretenen Erhöhung für Fleisch- und Wurstwaren sehen wir uns genötigt, diese Preise ebenfalls zu erhöhen und zwar wie folgt:

Gewöhnliche Würste bisher 7 Pf. jetzt 9 Pf.

Feine Würste 10 11

Rippchen 25 30

Russchmitt 25 30

Man sieht: Dem Kapitalismus muß alles zum besten dienen! Die Fleischnot, welche den Wohlfahrtskapitalisten Anlaß zu einer Verbesserung der Lage ihrer Arbeiter geben sollte, dient ihnen als Vorwand zur Verschlechterung der kapitalistischen Wohlfahrt. Eine Verteuerung der Nahrungsmittel kompensiert der echte Kapitalist stets dadurch, daß er mehr Geld als bisher in die seine steckt. — Eine Erhöhung der Löhne wird den Arbeitern aus freien Stücken von den Unternehmern nie gewährt; die müssen sie sich durch die Organisation erkämpfen!

Berlin und Umgegend.

Die Ursachen des Streiks bei der Firma Kämmerer wurden in einer Branchenversammlung des Deutschen Buchbinder-Verbandes von Schade wie folgt dargestellt: Die Streikenden fordern unter anderem die Entlassung der beiden Werksführer Sonnenburg und Bingmer. Im Mai dieses Jahres beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung schon einmal mit der Firma Kämmerer und ihrem Werksführer, Herrn Sonnenburg. Anlaß dazu gab, daß die Funktionäre fortgesetzt drangsaliert wurden, zum Teil entlassen wurden, die dann als gemahregelt galten. Des weiteren kam zur Sprache, daß sich Herr S. eine Anzahl Lebergriffe dem weiblichen Personal gegenüber habe zuschulden kommen lassen. Eine Besserung schien aber nicht eingetreten zu sein. In einer Werksbinder-Versammlung am 19. August trat wieder eine starke Mißstimmung zutage, nicht nur gegen Herrn Sonnenburg, sondern auch gegen den neugewählten Werksführer Herrn Bingmer. In einer Resolution wurde dann die Geschäftsleitung auf diese Mißstimmung aufmerksam gemacht. Die Verbandsfunktionäre sollten noch vorsteigen werden, wurden aber nicht empfangen. In einer weiteren Werksbinder-Versammlung am 31. August wurden dann der Firma folgende sechs Forderungen unterbreitet:

1. Anerkennung der Organisation.
 2. Strikte Innehaltung des Tarifs.
 3. Arbeitskräfte nur vom Nachweis zu beziehen.
 4. Anständiges Verhalten der Werksführer gegenüber dem Personal, sowie Unterlassung jeder Provokation.
 5. Hinzuziehung des Arbeitsausschusses bei allen inneren Angelegenheiten des Betriebes.
 6. Bei 8 stündiger Arbeitszeit keine Einstellung von Arbeitskräften eventuell die 9 stündige Arbeitszeit zu erwidern.
- Als am 1. September die sechs Forderungen der Geschäftsleitung unterbreitet wurden, konnte der Ausschuss eine Antwort nicht erlangen. Eine Besprechung am Mittag, zu welcher das gesamte Personal durch Komptoir gehen mußte, weil die übrigen Türen abgeschlossen worden waren, entfiel nachmalig dem Ausschuss zur Geschäftsleitung, um Antwort zu verlangen. Als jedoch die Kollegen kurz nach Beginn der Arbeitszeit hinauskamen, wurde ihnen erklärt, daß die Firma keine Arbeiter mehr habe, sie seien alle entlassen, weil sie kontrasträchtig geworden seien. Rummel wurde noch die Forderung aufgestellt, Entlassung der beiden Werksführer. Der Lohn wurde einbehalten, so daß sich die Beteiligten einlassen mußten. Das Tarifschiedsgericht, das sich mit dieser Sache beschäftigte, erkannte schließlich die ersten sechs Forderungen an, doch zu dem Verlangen, Entlassung der beiden Werksführer, konnten sich die Prinzipale nicht verstehen. Es wurde ein Einigungsorschlag gemacht, wonach Herr Sonnenburg entlassen werden sollte, sobald er sich wieder in stilliger Beziehung etwas würde zuschulden kommen lassen. Dieser Einigungsorschlag, der der Werksbinder-Versammlung vorgelegt wurde, wurde von dieser mit 68 gegen 4 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt. Ein Versuch der Firma, ihr Personal zu ergänzen, ist bisher fehlgeschlagen.

Achtung! Buchbinder! Faserlaunen! Da es der Firma Kämmerer gelungen ist, eine große Anzahl „Arbeitswilliger“ in ihren Betrieb hineinzuholen, hat sich die Ortsverwaltung dahin schlüssig gemacht, den Streik aufzuheben und über die Firma Kämmerer die Sperre zu verhängen. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, dieses streng zu beachten.

Die Ortsverwaltung.

Der Ausstand der Arbeiter, Träger und Einschaler der Firma H. Raebel, G. m. b. H., Deckenbaugeschäft, ist zu deren Gunsten beendet. Die Arbeit ist gestern, Freitag, früh in vollem Umfange aufgenommen worden. Die Firma, welche Mitglied des Verbandes der Baugeschäfte ist, hatte letzteren um Vermittlung angerufen. In einer am Donnerstagnachmittag stattgefundenen Sitzung, in der die Firma und die Streikenden durch die Leiter der Organisation vertreten waren, wurden seitens der Firma folgende Zugeständnisse gemacht. Der Stundenlohn, welcher bisher 57½ Pf., vereinzelt auch 55 und 53 Pf. betrug, wird als Einheitslohn für alle Arbeiter, welche länger als sechs Wochen bei der Firma beschäftigt sind, sofort auf 60 Pf. erhöht. Am 1. Januar 1906 erhöht sich derselbe auf 63 und am 1. Oktober 1906 auf 65 Pf. Die ersten sechs Wochen beträgt der Lohn in jeder Position 2½ Pf. weniger. Die Arbeitszeit wird von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt. Für sich notwendigerweise ergebende Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Pf. pro Stunde gezahlt. Das über 1,20 M., sowie das nach den Vororten betragende Fahrgehalt wird von der Firma gezahlt. Ebenso erfolgt in Zukunft die Lohnzahlung nur gegen Quittung der Arbeiter. Der Vertrag läuft bis zum 1. April 1907 und wird sich von da ab dem allgemeinen Bauarbeiter-Vertrage anpassen. Eine Versammlung der Streikenden gab diesen Abmachungen ihre Zustimmung. — Der Verlauf der Bewegung und die dadurch für die Beteiligten erzielten Erfolge sind derart, daß die Arbeiter vollständig zufriedengestellt sein können, zumal man hier mit einer sehr großen Zahl jungorganisirter Arbeiter zu rechnen hatte. Verstehen es aber dieselben, die errungenen Vorteile für sich auszunutzen, dann werden sie ebenso gut zum Vorteil der Organisation greifen und man wird bei Ablauf des Vertrages weitere Zugeständnisse erzwingen.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Die Differenzen bei der Firma Walter, Elsfasserstr. 39, sind beendet...

Mit dem Rohrlegearbeiter hat sich gestern nochmals das Einigungsamt zu befassen...

Achtung, Modelistischer! Auf der Schiffbauwerft A.-G. Weser in Bremen...

Ein hübscher Beweis von Solidarität lieferten gestern die Bauhandwerker auf einem Bau...

Deutsches Reich.

Die Textilfabriken in Reidenbach in Schlesien haben es brüskt abgelehnt...

Die Buchbinder in Kassel und in Joffen befinden sich in einer Lohnbewegung...

Die Kürschner in Köln haben ihre Lohnbewegung erfolgreich beendet...

Christliche Streikbrecher. Ein Schreinermeister in Spremlingen im Kreise Offenbach...

Urusland.

Ein Verbandstag der Buchbinder Oesterreichs, der sich mit der Gründung eines Reichsvereins...

Der Streik der dänischen Weber dauert unabehindert fort...

Staltgefunden, es kam jedoch zu keiner Einigung über die Grundlagen der Verhandlungen...

Die Fabrikanten wollen also den Kampf fortsetzen. Die Streikenden haben keinen Grund...

Die französischen Viehweiden sind samt ihren landsmännlichen Streikbrechern von Rorschach abgerückt...

Die Glasarbeiter von sieben Glashütten in der Umgegend von Charleroi (Belgien) haben Lohnforderungen eingereicht...

Soziales.

Der neunhundertjährige in der Offenbacher Schuhindustrie. Im Bericht der hiesigen Fabrikinspektoren...

Die von mir seit etwa drei Jahren eingeführte 9 stündige Arbeitszeit bewährt sich vorzüglich...

Dieses Urteil war durchaus geeignet, die Bestrebungen der Offenbacher Schuhfabrikanten...

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

„Das kann ich doch wohl hineinschreiben,“ meinte der Vertreter der Aktiengesellschaft für Feld- und Kleinbahnbedarf...

Ursachenscheidung um einen Tag kann nicht als eine erhebliche Zeit im Sinne des § 72, des Handelsgesetzbuches...

Der Nürnberg-er Kommunalrat ist wieder einmal gründlich blamiert worden. Vor einiger Zeit hatten die Bauhandwerker...

Eine sozialistische Banerengemeinschaft in Frankreich. Man schreibt uns: In den Weinbergen Frankreichs...

nossenschaft. Die freien Winger“ zusammengefasst. Die ihr Produkt namentlich an sozialistische Konsumvereine absetzt...

Die Vorarbeiten zur Revision der dänischen Gesetzgebung.

Die dänische Gesetzkommission, die die Aufgabe hat, Vorarbeiten zur Revision der Gesetzgebung zu treffen...

Auf Jütland sind die Kommissionsmitglieder nur von vier Grundbesitzern abgewiesen worden...

Öffentliche Bibliothek und Leshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann...

Verband der Eisenarbeiter. Sitzung, Brückstr. 10, Sonntag, den 27. September...

Freireitende Gemeinde. Sonntag, den 17. Sept., vorm. 9 1/2 Uhr, im Bürgerhalle...

Zu der humanitären Gemeinde. Nickerwallstr. 12, in der Aula der Friedrichwerderschen Oberschule...

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. E. D. 29, Hamburg, Filiale Berlin 3: Mitgliederversammlung am Sonntag, den 10. September...

Berliner Marktversteigerung. Aus dem amtlichen Versteigerungsprotokoll der hiesigen Marktversteigerung...

Briefkasten der Redaktion.

Wohin. Wollen Sie John D. um eine Million anspannen? Genauer Adresse ist uns nicht bekannt...

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt...

Ein 33. 1. Die Waffenerhaltung. 2. Der Chemann und die ehelichen Kinder. - Ein 2000. 2. R. 24. Ja. - G. G. 1. Sie würden die Klage vorausichtlich verlieren...

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

6 grosse Lebensmittel-Tage*

von Sonnabend d. 16. Sept. bis incl. Freitag d. 22. Sept. solange Vorrat:

Mehl- und Hülsen-Früchte

	1 Pfund	5 Pfund
	Pf.	Pf.
Erbsen, klein	13	60
Erbsen, Victoria	14	65
Erbsen, geschält	18	85
Erbsen, gelb	14	65
Erbsen, grün	14	65
Bohnen, lange	18	85

	1 Pfund	5 Pfund
	Pf.	Pf.
Bohnen, runde	16	75
Linsen, klein	16	75
Linsen, mittel	18	85
Linsen, gross	23	110
Gries, gelb	18	85
Gries, weiss, <small>mittel u. fein</small>	16	75

	1 Pfund	5 Pfund
	Pf.	Pf.
Reis, Bruch	14	65
Reis, Rangoon	17	80
Reis, Java	22	105
Reis, Patna	25	115
Graupen, mittel	17	80
Graupen, grob	17	80

	1 Pfund	5 Pfund
	Pf.	Pf.
Mehl, Diamant	23	105
Mehl, Budapest.	20	90
Mehl, Kaiser-Auszug	17	75
Mehl, Weizen 00	14	65
Haferflocken	23	
Reisflocken	25	

Gebrannter Kaffee

Unsere Marken sind der vorzüglichen Qualität wegen allseits bevorzugt.

Mischung	IV	III	II
Pfund	90	110	130 Pf.

Zucker à Pfund 20 Pf.

Nudeln, Hausmacher	Pfund	35 Pf.
Nudeln, Faden	Pfund	35 Pf.
Nudeln, Band	Pfund	35 Pf.
Maccaroni, deutsch	Pfund	35 Pf.
Maccaroni, italien.	Pfund	43 Pf.
Maccaroni, franz.	Pfund	45 Pf.

Fleischwaren

Thür. Zwiebelleberwurst	Pfd.	48 Pf.
Thür. Rotwurst	Pfd.	48 Pf.
Feine Landleberwurst	Pfd.	85 Pf.
Pa. f. Leberwurst	Pfd.	95 Pf.
Pa. Zungenwurst	Pfd.	95 Pf.
Kaiser-Jagdwurst	Pfd.	1.00 M.
Pa. gef. Schinken	Pfd.	90 Pf.
Pa. Schinkenwurst	Pfd.	1.15 M.
Westf. Bratwurst	Pfd.	90 Pf.
Stettiner Salami	Pfd.	1.25 M.
Ösl. Schlackwurst	Pfd.	1.50 M.
Pomm. Salami	Pfd.	1.05 M.
Pomm. Schlackwurst	Pfd.	1.05 M.

Gemüse-Conserven

	1/2 Dose			1/2 Dose	
	Pf.	Pf.		Pf.	Pf.
Stangenspargel, <small>extra stark</small>	175	90	Gem. Gemüse <small>Extra Prima</small>	90	50
Stangenspargel, <small>stark</small>	155	80	Gem. Gemüse Ia	75	45
Stangenspargel, I	135	70	Gem. Gemüse	50	
Stangenspargel, II	125	65	Spinat	45	
Stangenspargel, III	95	55	Kohlrabi mit Grün	28	
Bruchspargel, <small>Riesen</small>		70	Pfefferlinge	55	
Bruchspargel, <small>mit Köpfen</small>		55	Feinst. jung. Schoten	80	
Bruchspargel		45	Feine junge Schoten	52	34
Bruchspargel		38	Schoten	38	
Junge Brechbohnen	25		Junge Schneidebohnen	25	

Deutsch. Cacao Pfd. 90 Pf. u. 1.15	Victoria-Cakes Pfd. 48 Pf.
	Russ. Brod Pfd. 1.10 M.

Am Sonntag den 17. September sind unsere Geschäftsräume von 8-10 Uhr und von 12-2 Uhr geöffnet. Trotz der billigen Preise geben wir auf diese Artikel Sparmarken.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Verfammlungen.

Der Deutsche Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin) hielt am 6. September im großen Saal von Buggenhagen eine sehr stark besuchte außerordentliche Generalversammlung ab.

Stellung gelündigt hat. Er geht nach Dresden als befohlener Bevollmächtigter der dortigen Zahlstelle des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter.

Von 605 gültigen Stimmen fielen 416 auf Ernst Klar. Dieser ist also mit großer Majorität als Bureaubeamter gewählt, der zugleich als zweiter Kassierer der Zahlstelle zu fungieren hat.

Die Steglitzer Gewerkschaftskommission hielt am 9. September bei Herzberg in der Zimmermannstraße eine Sitzung ab.

wurde längere Zeit diskutiert, dann wurden dem Verein 1500 Flugblätter zur Agitation bewilligt. Ueber die Beitragsregelung der Berliner Gewerkschaftskommission mit den Vorortstellen wurde scharf diskutiert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher Max Schulenburg am 12. d. M. gestorben ist.

Am 12. September verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Mitarbeiter, der Maschinenmeister Heinrich Claus im Alter von 32 Jahren.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß am 14. d. Mts. meine innigst geliebte Frau, Schwester, Schwägerin und Tante Julie Fitting geb. Bahr nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Admarbeiter Emil Nemetz am 13. d. M. verstorben ist.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Baters lagen wir den Stimmverwandten sowie den Mitgliedern der Arbeiter-Krankenkasse (Ortsverwaltung D) unsern herzlichsten Dank.

Todes-Anzeige. Am 13. September ist unerwartet mehr unvergehlidher Mann, unser lieber Schwager und Schwiegerohn, der Restaurateur Paul Hilpert in seiner Heimat (Mittelsachsen) gestorben.

Weltbekannt! 110 Leipzigerstr. 110. Anerkannt billigster Verkauf von Herren- und Knaben-Garderobe. Anzüge und Paletots von 11 Mark an.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied Paul Hilpert in seiner Heimat Sachsen-Mittelsachsen nach längerer Krankheit verstorben ist.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf u. Umgegend. I. Am Montag, den 25. September d. J., nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Restaurant Roschardt zu Mariendorf, Chausseestraße 16: Neuwahl von 47 Delegierten der Arbeitnehmer.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Allen Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kartonarbeiter Otto Kilian am 12. d. M. verstorben ist.

Der Räumungs-Verkauf der Konkurrenz-Masse nebst Ergänzungen der Firma Damen-Moden J. Baum findet statt: Leipzigerstr. 128, I, vis-a-vis Kriegsministerium. Verkauf zu und unter Taxpreisen. Kostüme für Herbst und Winter von 5 Mark an. Kostüm-Röcke von 2 Mark an. Blusen für Herbst und Winter von 1,50 Mark an.

Steife schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an. Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an. Herrén-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen. Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten. Oscar Arnold Grösstes Special-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren.

Geschäfts-Eröffnung! Mit dem heutigen Tage eröffnen wir Grosse frankfurter - Strasse 106 am Straußberger - Platz ein Spezial-Geschäft für Blusen, Kostüm-röcke, Kleiderstoffe, Sammet u. Seide. Unsere langjährigen Erfahrungen sowie fast ausschließliche Selbstkonfektion setzen uns in den Stand, bei auffallend billigen Preisen auch dem verwöhntesten Geschmack Rechnung zu tragen.

Stukkateure. Am Dienstag, den 12. d. M., verstarb an den Folgen eines Unfalls unser Kollege Friedrich Tilliger im Alter von 40 Jahren. Derselbe war ein aufgestandener Arbeiter und langjähriges Mitglied (seit 1892) seiner Berufsorganisation.

Fey's Gesellschaftshaus Brunnenstr. 184. Zu Versammlungen und Vergnügungen empfehle meinen Saal, bis 500 Pers. fassend. Sonntag, 26. 11. (Kotenzonntag), ist noch zu vergeben.

Für Vereine. Sonnabend, den 23. Oktober und 4. November, frei gemeldet. Montag und Mittwochs für Versammlungen frei. Buß Salon, Gr. Frankfurterstr. 85.

Dankfagung. Allen denen, die meinem Mann, die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Vertreter der Bogauer-Krankenkasse Berlin 8 (Gesundbrunnen), sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 16. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Manon.
Schauspielhaus. Im stillen Mädchen.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Welfen. Der Opernbalk.
Raum. 3 Uhr: Demetrius.
Thalia. Bis früh um fünf!

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der G'wissenswurm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.)
Nora.
Sessing. Die Erziehung zur Ehe.
Die fittliche Forderung.
Kleinod. Die Kanne des Verliebten.
Der zerbrochene Krug.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Central. Die Geisha.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weik. Maria Stuart.
Welle-Alliance. Ven Ali Bey.
Welfen. Die Kinder der Erziehung.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Der Herzog!

Kajano. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf ins Metropol!
Niska. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Fenster. Die Meyerhains.
Wintergarten. Lise Fuller. Spezialitäten.
Berliner Brater-Theater. Der rechte Weg.
Passage. Poldi Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Steiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Jubiläumstraße 57/52. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Der Familientag.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.

Sonntag u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Kleines Theater.

Heute abends 8 Uhr:
„Der zerbrochene Krug.“
Vorher:
„Die Kanne des Verliebten.“
Sonntag 3 Uhr Die Lore. Angela.
Sonntag 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Vorher: „Kanne“.
Montag: Raditzki!

Kasino-Theater

Lofbringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.

Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.
Original Ränbler Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Serdan.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Sonntag nachmittags: Der jüngste Leutnant. Abends: Fiasco.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Apollo-Theater.

Täglich:
10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel

Vorher: Hochzeitsabend und das große September-Spezialitäten-Programm.
Ab Sonntag, den 1. Oktober etc.: Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr: Große Extra-Vorstellung zu halben Preisen.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr
zum 8. Male:
! Auf in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Walden a. D. × Miß Clifford a. D.
Bender × Giampietro
Josephl × Massary × Frid-Frid
Steidl × Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. M. Gernquin und F. Willhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzelle.

Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. M. Gernquin und F. Willhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzelle.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. M. Gernquin und F. Willhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzelle.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenbruder.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofgust.
Montag, abends 8 Uhr:
Nora.
Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Montag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.

Nur noch heute und morgen!

Landsberger Allee Diez

Eissportplatz
Bayerisches Volksfest
Riesenhierzelle! Berlin staunt!
Festwirt: Baron Muckl.
Bauern-Kapelle. — D. Hollerdauer. 43012
feiche, schneidige Madl in Nationaltracht als Bedienung.

Urania

Taubenstraße 48/49
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!

Im Restaurationssaal:
„D'Rochelese'r.“
Oberbav. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert

Elektricitätspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.

Satirisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Effenberg.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr.
Der Familientag.

Regen nachm.; Biederleute.
Abends: Der Familientag.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr,
nachm. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.

Poldi Augustin

die feiche Soubrette.

Herr Tacianu

Damen-Imitator.
Das glänzende
September-Programm.

Gebürder Herrnfeld-Theater.

Zum 146. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.

Große Halle mit Gesang.
Großer Sacherfolg.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhäuser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sonntag, den 17. September:
Große Extra-Vorstellung u. Tanz.
Durch Klappen und Wellen.
Goldstück mit Gesang von Richter.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Etal. der Hochbahn.
Direkt: Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont. Donnerst.:
Im glänzend neuem und
elektr. beleucht. Clublokal.
Hofmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag u. Mittwoch: Theaterabend.
Gespiel des Löwe-Ensembles.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen
intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

Abnormitäten-Theater

Hänzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Rensch mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mai ???
Entree 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Vorhang:
Wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
Gottschalk-Konzert.
in den unteren Sälen
Stegbahn noch frei.

VI. Wahlkreis.

Sonnabend, den 16. September 1905,
in den Germania-Festsälen, Chausseestraße 103 (großer und weißer Saal):
Herbst-Fest
der Sozialdemokraten des Wedding und der Oranienburger Vorstadt.
Gesangs-Aufführungen des Gesangvereins „Nordwacht“.
Spezialitäten-Vorstellung und Theater-Aufführungen
der Volkssänger-Gesellschaften M. Lowandowski und Hugo Anko.
Konzert von 2 Kapellen des Verbandes der Zivilmusiker.
Anfang 8 Uhr. **Billett 25 Pf.**
Nach der Vorstellung: **TANZ.** Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Palast-Theater

Präher Feenpalast, Burgstr. 24
bis-aus-Dörje, 2. u. 3. Hofe.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Great and Little Duet
Two Richards Staff
Cello Nitesco Gottragsoubr.
Hans Reimers Humorist
Robert-Kompagnie Schattenspiele
Fred Steffi Liebergut
Ada u. Ottfried Rolay Bernanbl. Duet
The Burtons Retenalt
Schmid-Hawkins Komiker
Les Millons Redpantomime
Per Rohrpst Schwan
Photokopa Bilder vom Tage
Familienarten sind in allen
Barbier, Friseur u. Zigarren-
geschäften sowie im Theater-
bureau unentgeltlich zu haben.

Deutsch-Amerikan. Theater.

Köpenickerstraße 67/68.
Abends 8 Uhr. Gekupp. u. Philipp
Der erste Schläger
der Saison
Aber Herr Herzog.
Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr,
halbe Preise:
Ueber'n großen Tisch.

Theater Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Eröffnung
Sonnabend, 16. September,
abends 8 Uhr.
Zum erstmal:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorverkauf an der Theaterkasse.

WINTER GARTEN

Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward
dross. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur
amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Die Trombetas italien. Duet.
Paul Spandri Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa
Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Otto Pritzkows

Berliner
Abnormitäten-Theater
Hänzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Rensch mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mai ???
Entree 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Vorhang:
Wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
Gottschalk-Konzert.
in den unteren Sälen
Stegbahn noch frei.

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Sonnabend, den 16. September,
abends 7 1/2, 8 Uhr:
Gala-
Eröffnungs-Vorstellung

mit einem sorgfältig ausgewählten vollständig neuen Programm
sowie Direktor Albert Schumanns neuesten Original-
Schul- und Freiheitsskizzen.
Billetverkauf täglich von 10 Uhr ab an der Zirkuskasse.
Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 3 1/2, und abends 7 1/2, 8 Uhr:
Zwei große Vorstellungen: Nachmittags auf allen Plätzen
ohne Ausnahme: Ein Kind frei. Jedes weitere Kind unter
10 Jahren halbe Preise (außer Galerie).

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Jtr. an.
Industr.-Briketts, Halbsteine p. Jtr. 70 Pf.
1a. Senftenberger Salons-Briketts
Anna oder Marie p. Jtr. 75 Pf.
Henckels Werke „80“
Hae u. Anst. Mariengrube „85“
1a engl. Anthrazit, Bruch, Koks,
Steinkohlen, Holz u. u.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verteilte 30 Kohlen.

Residenz-Fest-Säle.

31. Landsbergerstr. 31.
Jeden Mittwoch:
Hoffmanns
Nordd. Sänger
(Direktion: Fr. Fanthor).
Jede Woche neues Pro-
gramm.
Nach der Vorstellung:
Tanztruppen.
Empfehle meine Säle zu Hochzeiten
und Vereins-Festlichkeiten. 43392
Hermann Weber, Besitzer.

Möbel-Halle

Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen
mit Abzahlungs-Geschäften
welche auch Konfektion
führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Jeder Käufer erhält nach
Verzeigung dieser Annonce so-
fort ein Geschenk!

Eine Mark

wöchentlich Teilzahlung liefert
eleg. fertige Herren-Moden
Bestellung u. Maß, tabel-
lose Ausführung
in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditung.
J. Kurzberg,
An d. Jannowitzbrücke 1, L.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Vorzugs-Preise

zum Umzuge
für
Portieren

Blisch-Portieren 2 Stübe und à 20, 12 und 9 Pf.
Luch-Portieren ein „15, 10 „ 6 „
Velvet-Portieren „ 25, 15 „ 10 „
Profat-Portieren Lambrequin „ 18, 14 „ 12 „
Wolltress-Portieren zusammen „ 12, 10 „ 7,50 „

Teppiche

Zahl-
Salon-
Evel-
Wohn-
Herren-
Sofa-
Bett-
Zimmer-
Teppiche à 90, 65 und 50 Pf.
Teppiche „ 65, 40 „ 30 „
Teppiche „ 50, 30 „ 25 „
Teppiche „ 35, 25 „ 20 „
Teppiche „ 25, 18 „ 15 „
Teppiche „ 14, 8 „ 6 „
Teppiche „ 5, 2,50 „ 1,25 „

Außerdem große Posten zurückgelegter Steppdecken,
Gardinen, Divandeden sowie vorjährige Muster in
Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima
Helle, wollene Schlaf- und Reisebeden jetzt nach der
Inventur zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppichhaus

B. Hurwitz

Rotes Schloß 43212
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilung. Arm zu sein gilt in der bürgerlichen Gesellschaft zwar nicht als besondere Tugend, aber doch auch nicht als strafbares Vergehen an sich.

Der Vater sorgt nicht für das Kind. Die Mutter nährt und pflegt es acht Monate lang, dann kann sie beim besten Willen die Mittel zur Ernährung des Kindes nicht mehr herbeischaffen.

Das revolutionäre Hoch. Das Schöffengericht hatte den Verurteilung wegen der internationalen revolutionären Sozialdemokratie geschloß, zu der horrenden Strafe von einer Woche Haft verurteilt.

Wegen versuchter Erpressung gegen ein Mitglied des viel genannten „wissenschaftlich-humanitären Komitees“ hatte sich gestern der Schauspieler Karl Feigl vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Ergebnisse im „wissenschaftlich-humanitären Komitee“ die Mitglieder desselben, insbesondere Dr. Hirschfeld und Dr. Friedländer, aufs ärgste kompromittiert werden würden.

Wegen fortgesetzten Betruges gegen die städtische Armenverwaltung wurden gestern der Arbeiter Kienast und dessen Ehefrau Marie zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Uns ist nicht recht klar, ob in diesem Falle der Armenvorsteher sich eine genügende Kenntnis der Verhältnisse des Unterhaltungs nachsuchenden Ehepaars verschafft hat.

Vermischtes.

Die Cholera.

Vom gestrigen Tage liegen erfreulicherweise nur geringfügige Mitteilungen vor. Wie die Neuen Westpreussischen Mitteilungen melden, liegen Anzeigen über neue Cholerafälle im Regierungsbezirk Marienwerder heute nicht vor.

Mit Rücksicht auf die Choleraepidemie findet die Generalversammlung des Verbandes der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche am 25., 26. und 27. d. Mts. in Belsin abgehalten werden sollte, auf Anordnung des Landrats des Kreises Dirschau nicht statt.

Dirschau, 15. September. Bei dem auf der Choleraepidemie eingelieferten 1/2 Jahre alten Kinde des Schiffers Kochanski aus Danzig ist durch die bakteriologische Untersuchung asiatische Cholera festgestellt worden.

Hinsichtlich des erkrankten Dömitzer Stodarbeiters ist durch bakteriologische Untersuchung der Choleraverdacht bestätigt worden. Der Fall liegt jedoch leicht, und der Kranke befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung.

Bromberg, 15. September. In den seit dem 14. September unter Choleraverdächtigen Umständen erfolgten sechs Todesfällen in Ratel, Labischin und Carlsdorf ist Cholera festgestellt worden. Nicht festgestellt werden konnte das Vorhandensein von Cholera bei dem erkrankten Tischler in Labischin, sowie bei dem ebenfalls erkrankten Arbeiter in Bongrowitz.

Nebstausleude. Im mittelfränkischen Weinbaugebiet bei Jochheim sind bis jetzt 11 Hektar reblausbefallen, darunter 9 Hektar in besserer Lage am Schwabberg.

Ein Beamter als Kaskauer in einem Bordell. Es wird aus Dresden darüber berichtet: In einem Bordell der Pfingstgasse hatte sich eine turbulente Szene abgespielt, die das Einschreiten der Polizei notwendig machte.

benutzen, um die Freuden, die das Haus bietet, zu genießen, ohne dafür zu bezahlen. Diese Leutlichkeit liehen sich die Beamten natürlich nicht gefallen, sie drohten vielmehr mit einer Anzeige wegen dieser schweren Verleumdung.

Ueber Erkrankungen an Vergiftungserscheinungen wird aus Kiel gemeldet: 22 Mann der Besatzung des Minenschiffes „Pellikan“ sind unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Impfung mit Konzert und Prämierung. Wie in Chile (Südamerika) die Pockenimpfung gehandhabt wird, zeigt die Uebersetzung einer Bekanntmachung aus der Nummer vom 20. Juli der größten Zeitung von Valparaiso „El Mercurio“.

Am nächsten Sonntag werden sich 20 Impfarzte auf der II. Comisaria (Anmerkung: ein Platz in Valparaiso) zur Verfügung des Publikums stellen, um an allen, die es wünschen, die Impfung vorzunehmen.

Das Polizei-Ruffkorps hat sich entschlossen, den Vorgang anmutig zu gestalten. Die Impfung findet statt von 9-11 Uhr vormittags und von 1-3 Uhr nachmittags.

Der Gewehrsmann des „Jenaeer Volksblattes“ bemerkt dazu, daß der eigenartige Impftermin, den ich mir persönlich angesehen habe, programmäßig verläuft, und daß 1600 Geimpfte prämiert wurden.

Ein Gemütskrank. Folgendes Herzendergüß eines in seinem Besitzrecht durch nachlässige Langfinger schwer gekränkten Mannes finden wir im Inseratenteil des „Niederbarnimer Anzeigers“:

Allen Spitzbuben. Die sich in diesem Sommer mehr als erwünscht für meinen Garten interessiert haben, zur gefälligen Kenntnis, daß derselbe nun vollkommen abgeräumt ist und weitere nächtliche Besuche zwecklos sind.

Ich möchte nicht unterlassen, schon heute den Spitzbuben nahe zu legen, sich im nächsten Jahre ein anderes Feld für ihre verwerfliche Tätigkeit auszusuchen, da ich alsdann durch besondere Schutzmaßnahmen und unerwartliche Strenge solchen Helden werde zu begegnen wissen.

Wihelm Wärsch, Alt-Landsberg.

Ob wohl die Herren Spitzbuben in sich gehen werden??

Von den Erdbebenkatastrophen in Monte Leone wird noch telegraphiert: Mehrere Dörfer müssen von Grund auf neu aufgebaut werden. Die Verzweiflung der Bewohner ist grenzenlos.

Zwei Millionen unterschlagen. Aus Währisch-Eydnitz wird gemeldet: Der Kassierer der Oelschauer Papierfabrik hat sich erschossen. Der Direktor ist flüchtig geworden.

Witterungsübersicht vom 15. September 1905, morgens 8 Uhr

Table with 8 columns: Stationen, Barometere, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Stationen, Barometere, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. September 1905.

Zunächst etwas wärmer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden; später wieder etwas kühler.

Wasserstand am 14. September. Elbe bei Müßig - 0,34 Meter, bei Dresden - 1,45 Meter, bei Magdeburg + 1,22 Meter.

Neu-Eröffnung! Mein Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft, bisher Vinetaplatz 2, verlege ich nach Brunnenstraße 68, Ecke Demminerstraße. Eröffnung Sonnabend, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr. Hermann Bendit.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In das Verzeichnis der Fälle, welche der Arbeiterpartei zu Verhandlungen z. zur Verfügung stehen, ist das Lokal von Richard Augustin, Oranienstraße 103, einzureichen. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Von der Katasterverwaltung.

Das Katasterwesen ist ein Verwaltungszweig, welcher der breiten Volksmasse und auch vielen Gebildeten gar nicht oder nur wenig bekannt ist. Man weiß wohl, daß das Katasteramt Messungen ausführt, bei der Grund- und Gebäudesteuerveranlagung mitwirkt und die Karten über Grundbesitz auf dem laufenden hält, aber die finanzielle Seite dieser Verwaltung sind aber nur Fachleute orientiert und diese fühlen sich nicht veranlaßt, das Publikum darin einzutweichen.

Es müßte doch eigentlich Befremden erregen, daß diese Verwaltung jährlich immer höhere Anforderungen an den Staatsfiskus stellt und man müßte sich darüber klar werden, wofür wird hier ausgegeben und was wird durch die Ausgabe erzielt? Aber nein, fast debattelos wird diese Position im Etat regelmäßig bewilligt, es melden sich höchstens einige Redner zum Wort, die noch weitere Zuschüsse verlangen, neue Stellen für Katasterzeichner, Gehaltserhöhungen zc. fordern. Kurz, es gibt wohl keine Position, die so glatt durch die Beratung geht, als die der Katasterverwaltung.

Dies kann, so schreibt uns ein Fachmann, seinen Grund nur in der mangelnden Kenntnis der inneren Verhältnisse dieser Verwaltung haben, und vorliegende Zeilen sollen hier Wandel zu schaffen versuchen.

Die Zusammenlegung der Katasterverwaltung an und für sich ist schon eine wunderbare. Sie besteht nur zum kleinsten Teil (etwa zu einem Sechstel) aus Staatsbeamten, denn außer den Katasterinspektoren, Katastersekretären, Katasterkontrolleuren, Katasterlandmessern und Katasterzeichnern sind sämtliche in der Katasterverwaltung arbeitenden Personen (junge Landmesser, Katastergehilfen und Hilfszeichner der Katasterbureau) Privatangehörige.

Jeder Katasterkontrolleur ist eine Art Unternehmer, der je nach dem Stande der Arbeiten beliebig viele Landmesser, Zeichen- und Rechengehilfen sowie Schreiber anstellt, aus seiner Tasche bezahlt und bei Arbeitsmangel wieder entläßt. Er hat neben seinem Gehalt (2400—4200 M.) ein sogenanntes Anstellungskontingent, mit dem er die allgemeinen Geschäftskosten des Amtes decken soll. Er muß davon die Miete, Heizung, Beleuchtung und Reinigung des Geschäftsbüros, die Schreib- und technischen Gehilfen zc. bestreiten. Das das Katasteramt wenig zu tun, so erkräftigt der Katasterkontrolleur aus dieser Summe einiges; ist es aber ein sehr beschäftigtes Amt, so muß er recht wesentliche Zuschüsse leisten, für welche er erst nach einigen Monaten aus der Staatskasse Vergütung nach Rechnungslegung erhält.

Ist in dem Bezirke jenseit Messungsarbeit vorhanden, daß der Katasterkontrolleur die örtlichen Rechnungen neben seinen Amtsfunktionen nicht bewältigen kann, so nimmt er einen oder mehrere Landmesser an. Diese bezahlt er ebenfalls aus eigenen Mitteln mit 60 bis 100 M. pro Monat und liquidiert für die Feldleistungen dieser jungen Leute pro Tag 12 M., so daß er an jedem Landmesser ohne eigene nennenswerte Tätigkeit durchschnittlich einen Reingewinn von 150 M. monatlich erzielt. Insbesondere in Industriebezirken gibt es wohl kaum ein Katasteramt, welches nicht seine 2—3 jungen Landmesser beschäftigt. Mit diesen jungen Leuten, die der Ausbildung und Vorbereitung zum Staatsdienst halber für solche geringe Remuneration arbeiten, macht der Katasterkontrolleur den schmerzhaftesten Vermessungsbetrieb und ist der gefährlichste Konkurrent für den nicht besoldeten öffentlich angestellten Landmesser, den „Privatlandmesser“. Er übernimmt die größten Stadt-, Eisenbahn- und Chausseemessungen zu Preisen, die von einem gewerbetreibenden Landmesser unmöglich unterboten werden können. Diese Tatsache, und doch nicht staatliche Konkurrenz ist so groß geworden, daß der Privatlandmesser, dem geleglich die Ausführung der Messungen obliegt, allmählich ganz von der Bildfläche verschwindet. Dieser ist ja nicht nur Konkurrent des Katasterkontrolleure, sondern außerdem in manchen Dingen von diesem abhängig, da dem Katasterkontrolleur die Prüfung der Uebernahmearbeiten obliegt. Es fällt also einem Katasterkontrolleur gar nicht schwer, den in seinem Amtsbezirk arbeitenden Privatlandmesser zu ruinieren und sich das Arbeitsfeld zu monopolisieren.

Dazu kommt noch, daß der Tarif für die amtlich vom Katasterkontrolleur auszuführenden Arbeiten so niedrig ist, daß die Ausgaben des Staates nicht zu einem Hehnel erreicht werden. Läßt z. B. ein Grundbesitzer seinen Garten in zwei Wapläge zerlegen, so arbeitet der Katasterkontrolleur mit 1—2 Meßgehilfen örtlich einen bis zwei Tage und im Bureau noch einen Tag; die Gebühren für den doch rein privatem Interesse dienenden Auftrag belaufen sich alsdann im ganzen auf 240 M., während dem Staat etwa 50 M. Ausgaben erwachsen sind.

Bedenkt man nun, daß auf den circa 700 preussischen Katasterämtern jährlich etwa 80 000 Messungsanträge gestellt und erledigt werden, so ergibt dies eine Verausgabung von einigen Millionen Mark, deren entsprechende Einnahmen auch nicht entfernt gegenübersehen.

Frägt man nun, warum werden hier solche Summen zugeföhrt, so erhält man meistens die Antwort: Die Katasterverwaltung ist lediglich zu Ruhe und frommen der Grundbesitzer da und ist keine verdienende Verwaltung, wie Eisenbahn und Post. Eine Konkurrenz und Erdrückung des Privatlandmessers ist nicht beabsichtigt, es liegt aber im Interesse der Gleichmäßigkeit und Zuberlässigkeit der Arbeiten, daß sie möglichst von der Katasterverwaltung oder unter Leitung eines Katasterbeamten ausgeführt werden.

Stellen wir nun die Frage: Wem kommt die verausgabte Summe zugute und sind die Empfangenden tatsächlich unterfühlungsbedürftig, so müssen wir uns die Auftraggeber der Katasterverwaltung einmal näher ansehen:

Da ist in der Hauptsache der Grundstücksmakler vertreten, der ganze Höfe und einzelne Grundstücke aufkauft, sie in Wapläge oder kleine Höfe zerlegt und dieserhalb die katastermäßige Errennungsmessung vornehmen läßt. Ist es angebracht, daß der Staat hier seine Selbstkosten nicht deckt, sollte nicht vielmehr in solchen Fällen die katasteramtliche Kostenrechnung eine Besteuerung vorstellen müssen?

Ferner sind die Gemeindeverwaltungen ständige Auftraggeber der Katasterverwaltung. Es werden Neubauten von Chaussees und Wegeverbreiterungen vorgenommen und die Einmessung und Versteinigung der abgetretenen Flächen beantragt. Hier berechnet der Staat etwa ein Fünftel der erfahrungsgemäß entstehenden Selbstkosten. Die Gemeinden wissen meist gar nicht, daß ein Staatszuschuß in den Messungsgebühren enthalten ist und bei den meisten Anlagen ist dieser Zuschuß auch gar nicht angebracht, der jetzt ohne Ausnahme gewährt wird, da der Tarif für alle Fälle maßgebend ist.

Ferner kommen für die täglichen amtlichen Arbeiten noch die kleinen Grundstücksteilungen Privater in Betracht. Man sollte doch meinen, daß jemand, der einen Wapplatz kaufen oder verkaufen kann, einer Unterstützung nicht bedarf, sondern die durch seinen Antrag entstehenden Kosten wohl zu bezahlen im Stande ist. Der Einwand, die Katasterverwaltung sei eine Verwaltungsbehörde und ihre Inkosten seien deshalb aus den Steuereinkünften und nicht aus eigenen Einnahmen zu decken, ist ganz hinfällig, denn hier handelt es sich nicht um die Verwaltungskosten, denn

nicht diese verschlingen die großen Summen, sondern die Messungen. Jeder Grundeigentümer kann nach den heutigen Bestimmungen die Katasterverwaltung beliebig oft zwingen, Ausgaben in seinem Interesse zu machen, indem er sein Grundstück willkürlich teilen und die Teilung mehreremale ändern läßt; jedesmal zehrt der Staat Geld zu.

In Fachkreisen begegnet man oft der Entschuldigung, der Tarif sei veraltet, er sei von Leuten aufgestellt, die nicht in der Lage gewesen seien, die Unkosten, die heutzutage aus den Arbeiten entstehen, zu berechnen, und nicht selten wird auch behauptet, Fachleute seien bei der Aufstellung dieses Tarifes gar nicht zugezogen worden, sonst hätte sein Entstehen unbedingt verhindert werden müssen.

Alles dieses ändert aber an der Tatsache nichts, daß dieser Tarif besteht und gehandhabt wird, was den preussischen Staatsfiskus jährlich rund zwei Millionen kostet, ohne daß dafür irgend etwas erreicht wird.

Die Meldeverfahren. Die Polizeiverordnung über das Meldeverfahren vom 8. September v. J. hat „Vereinfachungen“ erfahren, welche mit dem 1. Oktober d. J. im Landespolizeibezirk Berlin in Kraft treten sollen. Die hauptsächlichsten Änderungen betreffen die Zugänge von Berlin nach zum Landespolizeibezirk gehörenden Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf und umgekehrt. Hier soll künftig das Meldeverfahren Platz greifen, welches für die Zugänge von „außwärts“ vorgeschrieben war (Muster a bzw. b und Anmeldebechein §§ 11 und 12 der Verordnung). Ganz besonders wird dabei darauf aufmerksam gemacht, daß der Neuzugehende — neben der Meldung durch den Hauseigentümer (Verwalter) — sich selbst innerhalb acht Tagen nach dem Beziehen der neuen Wohnung zc. bei dem Polizei-Revierbureau persönlich oder schriftlich zu melden und über seine und seiner Angehörigen persönliche und Militärverhältnisse Auskunft zu geben hat. Auf Verlangen ist ein schriftlicher Ausweis über seine Persönlichkeit vorzulegen: Paß, Heimatschein, Staatsangehörigkeitsausweis, Nationalitätsbeweis, Bürgerbrief, Wander-, Dienst- oder Arbeitsbuch zc. Männliche Deutsche im Alter von 20 bis 45 Jahren haben außerdem einen Ausweis über ihre Militärverhältnisse beizubringen. Die Vereinfachung besteht darin, daß vom 1. Okt. ab nur noch zwei Muster von Meldebecheinen (die natürlich in drei Exemplaren einzureichen sind) benutzt werden: ein weißes Formular (a) für die Anmeldung des Umzuges in- und außerhalb des Gemeindebezirks und ein grünes Muster (b) für die Abmeldung. (Die Meldebecheine für An- und Abzüge von und nach außerhalb waren bisher weiß bzw. grün, während innerhalb des Gemeindebezirks gelbe bzw. graue Formulare benutzt werden mußten.) Die Meldungen der Reisenden erfolgen, wie bisher, auf weisem Papier, wobei den fortgefallenen Mustern o und l künftig die Muster o d entsprechen.

Vom Charité-Friedhof an der Ecke der Müller- und Seestraße wird für die Regulierung der Seestraße, die nun auch auf der Straße zwischen Müller- und Reinickendorferstraße zur Ausführung kommen soll, ein beträchtlicher Landstreifen abgetreten werden müssen. Da die Verkaufsline hier seit langem festgelegt war, so ist von vornherein auf die künftige Abtretung des Straßenlandes Rücksicht genommen und der längs der Seestraße gelegene Teil des Friedhofes nicht erst noch mit Leichen belegt worden. Dadurch wird die Freilegung, die zum nächsten Frühjahr erfolgen soll, ohne besondere Schwierigkeit möglich. Längs der Müllerstraße, am Eingang des Friedhofes, ist gleichfalls ein Landstreifen unbemüht geblieben. Es ist der Gedanke aufgetaucht, dieses Stück als Baugrund aufzuteilen, doch sind hierüber noch keine endgültigen Bestimmungen getroffen. Der Charité-Friedhof an der Müllerstraße wurde als Ersatz für den älteren Charité-Friedhof, der hinter der Stadtmauer bei der „Kommunitation am Neuen Tor“ lag, im Jahre 1868 eingerichtet, mozu damals die Stadt Berlin von ihrem Grundbesitz auf dem Bedding 28 Morgen hergab. Gegenwärtig wird dieses neuere Charité-Friedhof, der für die Beerdigung von Freileichen nun auch schon seit Jahren geschlossen ist, noch von der Charité-Direktion verwaltet. Vom nächsten Frühjahr ab wird das Kuratorium für das städtische Bestattungswesen ihn in eigene Verwaltung übernehmen.

Ueber die Ausstellung für Frauenleistung im Architektenhause.

Wie wir am Donnerstag erwähnten, wird uns von einer Parteigenossin noch geschrieben: Jeder denkende Mensch wird gewiß die Bestrebungen für geschlechtliche Gleichstellung unterstützen. Wer freut sich nicht, daß der Grundbesitzer immer mehr verdrängt und bei der jetzt geltenden Mode ganz überflüssig wird? Wespentailen sieht man heute kaum noch und begegnet man einer solchen, so wird die Besitzerin von ihren Geschlechtsgenossinnen bespöttelt. Wenn nun den Verdrängungen der Frauen auf dem Gebiete der Kleidung die größte Sympathie entgegen zu bringen ist, so wird man es umso mehr bedauern, daß die genannte Ausstellung ihren Zweck ganz verfehlt. Es soll nicht geleugnet werden, daß einige sehr hübsche Gesellschafts- und Straßentouletten vorhanden sind, doch sind diese selbst für den Geldbeutel der Frau des Mittelstandes unerreichbar. Warum soll auch mit kostbaren Zutaten nicht etwas Schönes geschaffen werden können? Soll aber die Reformkleidung nicht auf den kleinen Kreis der zahlungsfähigen „modernen Frauen“ beschränkt bleiben, und darauf sollte es doch ankommen, so müssen wir dem Wunsch Ausdruck geben, daß man darauf fassen möge, einfache geschmackvolle Sachen herzustellen. Was nützen die schönen Phantasiekostüme für Würdenprinzeßinnen der einfachen Frau? Der größte Mangel der Ausstellung liegt unseres Erachtens aber im Fehlen der Verunsicherung. Abgesehen von zwei bis drei Anzügen für Pflegerinnen entbedenkt wie nichts. Und gerade hier hätte die Kommission ein großes Tätigkeitsfeld. Wer auch nur einigermaßen mit den Arbeitsbedingungen unserer Frauen vertraut ist, weiß, wie notwendig eine Reform ihrer Arbeitskleidung ist. Der Staub und Schmutz in den industriellen Betrieben haften der Frau viel mehr an wie dem Mann. Die langen Haare, weite Kleider, sowie verschiedene Unterstände sind wahre Staubfänger. Auch behindern die vielen Kleidungsstücke die Bewegung, während sie dem Körper nicht einmal genügend Schutz gegen Erkältungen bieten, da geschlossene Beinleider sehr selten getragen werden. Hier müßte etwas Praktisches geschaffen werden. Vielleicht, daß man eine Tracht konstruiert ähnlich den Turnanzügen, d. h. geschlossenes Beinleid mit darüberfallendem Hüftmittel. Der Mittel wäre nach Beendigung der Arbeit bald abgelegt, während das Beinleid unter dem Strassenleid getragen werden könnte. Es ist ein Vorschlag, der bedacht werden sollte. Neben zweckmäßiger Unterkleidung sehen wir auch Seidenstoffe einer bekannten Firma, elegante Pelzwaren, eine reizende Babbauspottung, Schönheitsmittelchen und dergleichen mehr. Was das alles mit der Ausstellung zu tun hat, werden die Leser besser wissen, wir können keinen Zusammenhang finden, der es uns richtig genug erscheinen ließe, dafür 50 Pfennig Eintrittsgeld zu zahlen. Wir können unseren Frauen nur den Rat geben, ihre Schritte nicht nach der Ausstellung zu lenken, sondern sich hauptsächlich die Ausstellungen von Reformkleidern in unseren Warenhäusern anzusehen. Sie finden dort mindestens ebenso schöne Sachen und brauchen kein Eintrittsgeld dafür zu zahlen.

Von dem Wirken des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend ist in letzter Zeit wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Man glaubte deshalb vielfach, der Verein habe sich „schlafen“ gelegt. In Wirklichkeit war aber gerade das Gegenteil der Fall. Die für die größere Agitation nicht geeignete Sommerzeit hat der Verein ausgenützt, um seine innere Organisation auszubauen, zu festigen. Diese wurde vollständig reorganisiert. Die Bibliothek wurde einer Renovierung unterzogen — sie umfaßt jetzt circa 120 Bände. Lehrreiche Vorträge, Mienenübungsübungen unter sachmännlicher Führung und Anschläge wurden veranstaltet. Unterhaltungs- und Diskutierabende hielten die Mitglieder im kleineren Kreise in großer Zahl ab. Auch an der Aus-

gestaltung des ersten Stiftungsfestes, das am Sonntag, dem 10. September in der Brauerei „Friedrichshain“ stattfand, arbeiteten die Jugendlichen fleißig. Ein überaus reichhaltiges, künstlerisches Programm wird baldmöglichst zum Vortrag gelangen. Besonders interessant dürfte die Festrede werden, die Eduard Bernstein hält. Der Eintritt inkl. Tanz beträgt 50 Pf. Anlässlich seines einjährigen Bestehens hat der Verein auch eine Festnummer seines Organs, „Arbeitende Jugend“ genannt, herausgegeben. Die in jeder Beziehung prächtige Festnummer umfaßt 12 Seiten und enthält viel Interessantes. Hier sei nur erwähnt die bewegte Vereinsgeschichte, der ein längerer Artikel gewidmet ist. Gerade jetzt, wo die Frage der Jugendorganisation in Arbeiterkreisen vielfach diskutiert wird, sollte jeder Arbeiter von dem Wirken der Berliner freien Berliner Jugendorganisation sich informieren und die Gelegenheit dazu, die das erste Stiftungsfest bietet, nicht unbemüht lassen.

Eine französische Delegation zum internationalen Versicherungs-kongress in Wien, darunter Müllerand, besuchte auf der Durchreise Berlin, um die sozialpolitischen Institutionen des Deutschen Reichs persönlich kennen zu lernen. Gestern (Freitag) erschienen die Herren unter Führung des früheren Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts, Dr. Bödiker, im Reichs-Versicherungsamt, wo sie unter anderem einigen Verhandlungen in Unfallsenaten beiwohnten. — Der Kongress findet vom 17. bis zum 23. September in Wien statt.

Senna Hoy (Johannes Hofmann), der nach seiner Verurteilung belanlich aus Berlin geflohen ist, soll wie die „Staatsb.-Ztg.“ meldet, in Riga verhaftet worden sein. Dort habe er sich als Ingenieur Robanow ausgegeben. Ueber den Grund der Verhaftung meldet das Antisemitenblatt nichts; daß sie nicht wegen der in Deutschland begangenen politischen „Verbrechen“ erfolgt sein kann, ist wohl selbstverständlich.

Ein junges Opfer des Militarismus. Ein Unglücksfall auf dem Uebungsplatz an der Müllerstraße, bei dem ein Knabe durch einen Schuß an beiden Armen verletzt worden war, beschäftigte gestern das Kriegsgericht der I. Gardebataillon. Unter Anklage stand der Grenadier Brose von der dritten Kompanie des 4. Garderegiments zu Fuß. Jährliche Körperverletzung, hervorgerufen durch unvorsichtige Behandlung der Dienstwaffe, wurde ihm zur Last gelegt. Am 9. August vormittags war der Angeklagte während einer Uebung auf dem Uebungsplatz als Laufschütze vorgeschickt worden. Das Gewehr war beim Paradeverhandelt worden. Als der Grenadier die Waffe reinigen wollte, ging plötzlich ein Schuß los. Im nächsten Augenblick erlöste ein Aufschrei und der siebenjährige Schüler J. stürzte an beiden Armen getroffen zusammen. Er wurde sofort nach dem nahen Gehardtstift gebracht. Der Angeklagte will den Kleinen nicht gesehen und die Schußvorrichtung des Gewehres gefehert gehabt haben. Die umfassende Beweisnahme ergab dem auch, daß dem Soldaten eine Schuld an dem Unglücksfall nicht zugeworren werden kann, sondern daß vielmehr ein unglückiger Zufall vorlag. Das Gericht sprach daher den Angeklagten von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung frei.

Durch seine Liebe verraten wurde der Einbrecher Paul Eggert, der erst kürzlich eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte. Nach der Entlassung aus der Strafanstalt suchte er seine alte Liebe, eine gewisse K. in der Antonstraße, wieder auf und fand bei ihr einen Unterschlupf. Von diesem Versteck aus unternahm er nach alter Gewohnheit Diebstähle nach allen Stadtdvierteln. Bei einem Einbruch in eine Wohnung erbeutete er auch ein schönes Kleid, mit dem er seiner Geliebten eine besondere Freude machte. Das Mädchen hatte aber das Unglück, gleich beim ersten Ausgang in dem neuen Staat auf der Straße der Wespentailen zu begegnen, die ihr Kleid sofort wiedererkannte und der Polizei ihre Wahrnehmung mitteilte. Nun hatte die Kriminalpolizei für ihre Vermutung, daß nach der Art der „Arbeit“ Eggert bei vielen Wohnungseinbrüchen seine Hand in Spiele haben müßte, eine mittelbare Bestätigung. Sie beobachtete das Haus, in dem seine Geliebte wohnte, und nahm ihn fest, als er morgens früh gerade wieder von einem Einbruch kam. Diesmal war er in der Hochstraße an einem Regenrohr emporgeschleudert und über einen Balkon in die Wohnung einer alleinstehenden Frau eingebracht. Während die Wohnungsinhaberin weiterkriechte, räumte er unter Silberzeug und Wäsche gründlich auf. Einen Schaden erlitt die Wespentailen nicht, weil man alles noch bei ihm fand. Eggert wurde wieder dem Untersuchungsrichter vorgeführt. In der Wohnung seiner Braut aber fand man auch noch eine Menge anderer Sachen, die er anderswo gestohlen hatte, besonders Zeit- und Leibwäsche mit den Zeichen A. B., M. R., B. M. usw. Diese Dinge liegen noch herrenlos bei der Kriminalpolizei.

Zum Nord in der Hasenheide. Wegen den Autscher Hermann Richter hat gestern der Staatsanwalt wegen Nordes einen Steckbrief erlassen. In der Hasenheide wurden schon mehrere Personen angehalten, weil man sie für Richter hielt, sie mußten aber alle entlassen werden.

Einen Steckbrief hinter dem Prokuristen Spiegel von der Unter den Linden 8 in Berlin domizilierenden Aktiengesellschaft „Oberschlesische Stollwerke und Chemische Fabriken“ hat loben der Untersuchungsrichter bei dem hiesigen königlichen Landgericht I. erlassen. Spiegel, der bekanntlich flüchtig geworden ist, wird der Unterschlagung und Untreue beschuldigt; seine Verfehlungen reichen, wie wir bereits mitteilen, viele Jahre zurück und dehnten sich auf weit über eine halbe Million Mark beziffern. Der ungetreue Prokurist und Kassierer hatte, wie alljährlich, im Juli einen Erholungsurlaub angetreten, den er mit seiner Frau angeblickt in der Schweiz zu verbringen gedachte; er ist jedoch trotz einer seitens der geschädigten Firma an ihn ergangenen telegraphischen Aufforderung bisher von dort nicht zurückgekehrt. Wahrscheinlich hat er inzwischen die Schweiz verlassen und sich anderweitig, wohl in America, in Sicherheit gebracht. — Als besonderes Kennzeichen wird im Steckbrief angegeben: „Trägt komplettes Gehir mit goldener Platte.“

Ein schwerer Straßennunfall, verursacht durch einen Zusammenstoß öffentlicher Fuhrwerke, trug sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr am Anklamischen Platz Ecke der Anhalterstraße zu. Der Omnibus Nr. 302 der Linie 12 fuhr gegen die linke Seite eines nach dem Marheineke-Platz fahrenden Straßenbahnwagens (Linie 14). Durch den Zusammenstoß wurde der Omnibusfahrer Friedrich Klein, Marienburgstr. 29 wohnhaft, vom Vordach gefeuldet und erlitt einen Bruch der linken Kniekehle; er wurde nach dem Krankenhaus Verbanen gebracht. Am Straßenbahnwagen wurde eine Scheibe zertrümmert, am Omnibus die Deichsel gebrochen.

Der Profigier des Kapitals zum Opfer gefallen ist am Donnerstagnachmittag in der K. E. - G. Wdt. II, Sittenstraße, ein junger Mensch von 17 Jahren. Von einer Stanzmaschine wurden ihm drei Finger der linken und zwei Finger der rechten Hand glatt abgeschnitten. In dieser Abteilung, Stangerei Schlichter, wurden bis vor drei Wochen an den Maschinen Mädchen beschäftigt, die aber, weil noch zu teuer, jetzt durch junge Burken von 15—17 Jahren abgelöst wurden. Diese ungeliebten Leute sollten dazu dienen, die Herstellungskosten der Fabrikate zu verringern. Merkwürdig ist, daß nachdem das Unglück geschehen, mit einem Male Maß genommen wird zu Schutzvorrichtungen, die ein Dineingleiten der Finger verhindern sollen.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Winterfeldstr. 11 wurde sie gerufen, weil dort allerlei Gerümpel und alter Hausrat in einem Keller in Klammern standen. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Ein zweiter Kellerbrand kam in der Forsterstr. 40 aus; Pflanzkohlen hatten sich entzündet. — Außerdem mußten dann nur noch in der Linienstr. 102 und in der Eisenbahnstr. 4 zwei Schornsteinbrände beobachtet werden.

Der Circus Busch ist gestern eröffnet worden. Vor ausser-
kauften Hause, wie vorweg bemerkt sei. Woran es liegt, ist schwer
zu sagen, aber die große Schar derer in Berlin, denen der Circus
der Inbegriff aller idyllischen Seligkeit ist, schwärmt nun einmal Stein
und Bein auf Busch und Meier zum Jahr des Jahr den Ruhm dieses
artifizischen Instituts. In der ersten Spielzeit des Circus kommt nach
altem Brauch die „reine“ Manegekunst ohne alle Apparate, d. h.
ohne große Pantomime und Ausstattungsdrama, zu ihrem Recht,
und so haben die Kerner besonders in dieser Zeit ihre Spezial-
genüsse. Wir denken, daß sie auf die Kosten gekommen
sind. Was geboten wurde, war wohl ohne Ausnahme
hervorragend zu nennen. Aus dem reichhaltigen Programm
heben wir an erster Stelle die Leistungen der vier
Schwestern Athletas hervor. Die Damen tragen ihren Namen
mit Recht; sie machen das Wort vom schwächeren Geschlecht
zu schanden. Und was bedeutsam an ihren Leistungen ist, die
„singen“ die schwersten Sachen mit vollendeter Grazie und unter-
scheiden sich dadurch vorteilhaft von ihren männlichen Rivale,
die vielfach nur die Kraft mit einer gewissen Brutalität gepaart zur
Geltung zu bringen wissen. Als Dressurkünstler leistete Herr Ernst
Schumann zunächst an vier Schemenbengeln und dann an
sechzehn Kapphengsten Hervorragendes; von Interesse war
auch die Springpferde-Konkurrenz, die gleich darauf folgte.
Eine seltsame Komik entwickelte der zwerghafte Clown
Francois mit seinem Pferd; ein verheerlicher Mann
mit einem Tier, das mit den merkwürdig kurzen Beinen
am langen Leibe ein gar lächerliches Bild bot. Eine
hübsche Quadrille in groteskem Maßstab wurde von sechs
Damen und sechs Herren getitelt; Ganzleistungen der Schulreiteri
bot wieder Herr Burkhardt-Footitt auf einem prachtvollen Pferde. Als
aktuelle Merkwürdigkeit trat eine Truppe von Japanern auf, die der
Fettel als „ausgewählte Repräsentanten der Armees des Mikado,
Belten vom Palu und Port Arthur“ hervorhob. Ihr Befehlshaber
kommandierte so forsch als ob er auf einem preussischen Exerzierplatz
Studien gemacht hätte; das Publikum amüsierte sich weidlich an
seinen Kommandoworten und fand soviel Gefallen an der japanischen
Sprache, daß es ein besonders oft genanntes Wort nach einer Weise
ständig im Chorus mitsprach. Aus den zahlreichen anderen
Leistungen des ersten Abends nennen wir zum Schluß noch die drohigen
Tiedressuren des Komikers Nebusa.

Madport. Zum großen Preis von Zehlendorf, welcher am
kommenden Sonntag über die Strecke von 100 Kilometer zum Ausbruch
kommt, sind nunmehr sämtliche Teilnehmer dort eingetroffen. Der
Weltmeister Walkhour trat gestern, Donnerstag, in Begleitung seines
Schrittmachers Lawson von Paris kommend ein.

Circus Schumann wird heute Abend mit einer Galavorstellung
eröffnet. Es konzertiert dort die russische Nationalkapelle der
Madame Stabianska; auch soll auf dem Gebiet der Schulkreiteri
und der Freizeidressuren Hervorragendes geleistet werden.

Die **Freie Hochschule Berlin** gibt soeben ihre neuen Herbst-
programm heraus, das eine Anzahl recht interessanter Anknüpfungen
enthält. So wird z. B. Herr Dr. Bruno Wille über: Biblische
Wunder und Mythen als Ueberlieferungen der Weltanschauung sprechen.
Hauptproblem der Malerei heißt diesmal Herr Dr. Koepfen
Thema. In seinen Vorträgen: Vom Germanenstamm zum Stadt-
bürgertum wird Herr Dr. Rudolf Steiner die Grundlagen der Kultur
im Mittelalter behandeln. Herr Direktor Moest von der Reichersen
Hochschule für dramatische Kunst hält in seinem Institut einen Kursus
über die Kunst des Vortrages mit praktischen Übungen. Herr
Dr. Max Apel hat für seine Vorträge in diesem Herbstquartal die
Geschichte der Entdeckungen der Naturgesetze als Lehrstoff gewählt.
— Beyerlein, Frenken, Lichtenhard, Spitteler, Sped, Thoma,
Peter Schlemil und Widmann sollen in der Fortsetzung
des Zklus über die führenden deutschen Dichter der Gegenwart
kritisch gewürdigt werden. Dozent Herr Theodor Kappstein. Mit
seiner Behandlung moderner kulturgeschichtlicher Zeit- und Streit-
fragen will Herr Dr. B. Wielhaber in das Verständnis der Gegen-
wart einführen. Auch Lichtbilder sollen diesmal in dem von Herrn
H. H. Baage angeleiteten Kursus über „die Lebenswunder“ Ver-
wendung finden. Einführung in das interessante Gebiet der Biologie
wird beabsichtigt und soll durch Lichtbilder erläutert werden. Das
Geschlechtsleben und seine Gesetze wird Herr Dr. Magnus Hirschfeld
in einem Kursus für Herren erläutern. Das aktuelle Thema der
Strafgerichtsreform wird von Herrn Dozent Simon Raupenfeld
behandelt werden. Geschichte des deutschen Volksliedes mit er-
läuternden Gesangsvorträgen zur Laute heißt die Anknüpfung von
Dr. Johannes Schubert (Schüler Professors Felix Schmidt von der
königlichen Hochschule). Die verschiedenen Gruppen des alten Volks-
liedes, wie Lang- und Liebeslieder, Scheidelieder, Trinklieder,
Kriegslieder, Scherz-, Scherz- und Spottlieder, sollen erläutert
werden.

Der erste Einzelvortrag der freien Hochschule findet am
28. Oktober im Bürgeraal des Rathauses statt. Herr Dr. Wille
wird aus seinem noch ungedruckten „Roman eines Buchpredigers“:
Die Abendburg vortragen. Der Teil: Die magdeburgische Blut-
hochzeit, d. h. die Erklärung und Zerstörung der Stadt Magde-
burg durch die kaiserl. Soldateska, wird gelesen werden.
Alles nähere über Art, Zeit und Preis der Zyklen ist aus den
Programmen ersichtlich, die in sämtlichen Filialen von Roefer u.
Wolff in den bekannten Verkaufsstellen der Hörearten und vom
Generalsekretariat, Büchlingstr. 13, im Gewerkschaftshaus, Zigaretten-
handlung von Horst, Bornwärts-Buchhandlung und öffentliche Leses-
halle, Alexandrinestr. 20, zu haben sind. Mit einer Anzahl lau-
fmannischer Vereine sind Vereinbarungen getroffen, daß deren Mit-
glieder Ermäßigungen auf die Preise für die Hörearten genießen,
ebenso mit den Gewerkschaften. Auch die Mitglieder der freien und
der neuen freien Volksbühne sind zum Bezug ermäßigter Karten
berechtigt. Beginn der Vorlesung Mitte Oktober.

Athletik. Am Sonnabend, den 23. September 1906, feiert der
Ertse Athleten- und Athleten-Verband Berlin und Umgegend,
gegründet 1886, im großen Festsaal der Alhambra, Wallnertheater-
Straße 15, von abends 8^{1/2} Uhr ab sein neuntes Stiftungsfest ver-
bunden mit dem Wettstreit der vielkämpfigen Athletik. Es beteiligen
sich am Wettbewerb nur die besten Kräfte des Verbandes in der
Handstand- und Rottenaktbatti, Kraftjumpsoll, Jahmstakt usw.;
nachdem findet großer Wall statt. Freunde und Gönner sind herzu-
lichst eingeladen. Programme a 30 Pf. sind bei den Verbands-
mitgliedern und abends im Festsaal zu erhalten.

Theater. Gerhart Hauptmann ist in Berlin eingetroffen, um
den letzten Proben zu seiner Bühneninszenierung „Dammes Himmels-
fahrt“ beizuwohnen, die am Dienstag, den 19. d. M., in Verbindung
mit Graf Rehsersingens neuem Werk „Benignens Erlebnis“ im
Lessaing-Theater zur ersten Aufführung kommt. — Lust-
spielhaus. Die Proben von Walter Rolands dreitägigem Schwan-
„Jahresmarkt in Pusan“ haben begonnen und nimmt der Autor an
denselben teil. Die Hauptrolle spielt Herr Max Morz. — Im
Theater des Westens sind die Hauptpartien in der Operette
„Der Opernball“, welche zum erstenmal am Sonnabend in Szene
geht, wie folgt besetzt: Deaubuffon: Herr Weißhof, Madame
Deaubuffon: Fel. Gaslau, Genri: Fel. Dagen, Angèle: Fel. Janig,
Marquörrete: Fel. Zimba, Harleuse: Fel. Dominzer, Paul Aubier:
Arthur Below, George: B. v. Daghhausen.

Das Carl Weiß-Theater ist am Donnerstag mit einer Komödie
auf den Plan getreten. „Der Weltumsegler wider
Willen“ beruht sich das Stück. Ihm liegt das Abenteuer eines
Geschäftsbozügers zu grunde, der genötigt wird, gegen seinen Willen
eine längere Schiffsreise anzutreten und dadurch zu seinem Verbruch
verhindert wird, seine staatsbürgerlichen Rechte auszuüben. Auf
dieser Reise erleben wir in den paar Abendstunden alles Mögliche.
Beim Passieren der „Linie“ müssen wir einen Angriff der Seeräuber
mit der dabei unentbehrlichen Schierelei über uns ergehen lassen,
dann schauen wir das Hofleben des Königs von Maroko, schließlich
auch noch das Japans. Wehr kann man an einem Abend nicht gut

verlangen. Was dem Stück an innerem Gehalt abgeht, wird ersetzt
dadurch, daß das Auge auf seine Kosten kommt. Eine große Anzahl
Menschen in allen erdenklichen bunten Gewändern geben sich Mühe,
in allen möglichen Verwicklungen das Interesse des Publikums wach-
zuhalten. Der gesunde Humor des den Gerichtsdollbier Burzel
darstellenden Herrn Schaub rief manche Lachsalbe des Publikums
hervor.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Wettanschauung und Laktik des Proletariats. Ueber die vom
Genossen Friedberg propagierten Ideen wurde am Donnerstag
auch in Charlottenburg diskutiert. Die Agitationskommission der
vereinigten Gewerkschaften (lokalistische Richtung) hatte zu diesem
Zweck eine Volksversammlung einberufen, die für Charlottenburger
Verhältnisse gut besucht war. — Friedberg vertrat hier im
wesentlichen dieselben Anschauungen, die in unseren Seiten aus seinem
Vorträge im sechsten Berliner Wahlkreis bekannt sind: Nicht der
Parlamentarismus kann uns zum Ziel bringen, wir müssen deshalb
das Hauptgewicht auf die psychologische Beeinflussung, die Auf-
klärung der Massen legen und als wirksamste Waffe im Kampfe
gegen die herrschenden Klassen den Generalsstreik anwenden. — Die
Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. —
Erster Diskussionsredner war Kurt Waake. Er erkannte an, daß
Friedberg von den lautesten Bestrebungen erfüllt seine Ideen
propagiert und trat dann in lebhafter Rede, scharf aber sachlich, den
Ausführungen Friedbergs entgegen. Der neue Weg, den Friedberg
uns weist, sei ein Irrweg, auf dem wir als Sozialdemokraten
ihm nicht folgen können. Was an Friedbergs Anschauungen
richtig sei, das sei längst Gemeingut der Sozialdemokratie,
seine zum Anarchismus neigenden Anschauungen aber müßten
wir entschieden zurückweisen, nicht weil wir uns vor dem
Worte „Anarchismus“ fürchten, sondern weil der Anarchismus keine
Partei, sondern eine Sekte sei. Eine große politische Partei wie die
Sozialdemokratie müsse sich der politischen Werkzeuge bedienen, um
ihre Ziele zu erreichen. Der Rede Waakes folgte stürmischer Beifall.
— Der folgende Redner, Gante, erklärte sich mit Waake ein-
verstanden, trat für den Zusammenschluß der lokalistischen mit den
zentralistischen Gewerkschaften ein und schloß unter lebhaftem Beifall
mit der Mahnung, nicht den Ideen des Genossen Friedberg zu
folgen. — Duchoja, der hierauf das Wort nahm, wandte sich
in der Hauptsache ebenfalls gegen den Referenten, und in einigen
mehr nebensächlichen Punkten auch gegen Waake. Er betonte die
Notwendigkeit theoretischer Durchbildung der Arbeiter und warnte
vor der Annahme anarchisistischer Ideen. Nur durch die politische
Macht der Arbeiterklasse könne die kapitalistische Gesellschaft gestürzt
werden. Der Generalsstreik sei nicht durchführbar, weil ihn die
Arbeiter nicht so lange aushalten könnten wie die Bourgeoisie.
Unsere Aufklärungsarbeit werde auch auf die militärpflichtigen
jungen Leute wirken, so daß schließlich der Liebertritt der Soldaten
auf unsere Seite zu unseren Gunsten entscheiden werde. — Auch
dieser Redner fand lebhaften Beifall. — Die Diskussion wurde
hierauf vertagt, sie soll in einer zweiten Versammlung fortgesetzt
werden.

Rummelsburg.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Bohnhofe
Strauß-Rummelsburg. Dort verlor die in der Regel wohnhafte
Tischler Wilhelm Gärtner einen bereits in der Faher befindlichen
Stadtblasung, der nach der Richtung Frankfurter Allee fuhr, zu be-
steigen. Dabei kam er auf dem Trittbrett zu Fall und geriet unter
die Räder des vorliegenden Wagens, die ihm über beide Beine und
den rechten Arm gingen. Bewußtlos wurde der Verunglückte in
das Rummelsburger Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer
Zeit starb.

Weißensee.

Eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung hatte die letzte
Gemeindevertreterversammlung zu erliegen. In erster Stelle wurden die
Bürgersteigeplasterungen der Lehdor- und Schönstraße vergeben. Bei
dieser Gelegenheit brachten unsere Genossen nochmals das statt-
gefundene Renkontor des Straßenbaukommissionsmitgliedes Stein-
leher Scholz mit dem befohlenden Schöpfen Dr. Wape zur Sprache,
woraüber der „Vorwärts“ schon berichtete. Diese Notiz hatte es dem
Herrn Dr. Wape angetan, denn er beschwerte sich bitter, daß aus den
Kommissionen immer und immer wieder die Offensivität etwas
erfähert. Unsere Genossen gaben ihm aber die prompte Antwort, daß
er es ihnen schon überlassen muß, was in die Öffentlichkeit gehört. —
Zum Kurator des Hochmaralles wurde Raubmann (Soz.) gewählt.
— Der von dem Armenarzt Dr. Grünau seinerzeit gestellte Antrag,
die bisherige Siechenbarade in der Schönstraße aufzugeben, wurde
einstimmig angenommen und sollen die vorhandenen Siechen in dem
neuen Armenhause untergebracht werden. — Eine wichtige Aenderung
hat die bestehende Waisentratsordnung erfahren und einem lange gestellten
Wunsch Erfüllung gebracht. § 6 der Ordnung erhält folgenden
Zusatz: Zur Unterstützung der Waisenträte werden Waisen-
pflegerinnen bestellt, die zugleich das Amt einer Armen-
pflegerin für den betreffenden Bezirk ausüben. Die Waisenspfliegerin
soll insbesondere von dem Waisentral zur Mitwirkung herangezogen
und gehört werden bei Angelegenheiten, die ihrer Natur nach inner-
halb des weiblichen Wirkungskreises liegen, namentlich da, wo es
sich um die Pflege und Erziehung im Kindesalter stehender Mädel
und ferner solcher weiblichen Geschlechts handelt. — Ebenso wurde
die Anstellung einer Aufsichtsdame zur Beaufsichtigung des Halle-
kindertages beschlossen. Dieselbe hat für eine bessere Überwachung
des Halterkindertages Sorge zu tragen. — Der Neubau
des Schulgebäudes sowie die verschiedenen Reparaturarbeiten
machen die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. not-
wendig, jedoch soll diese Anleihe eine schwebende bleiben, da
das ganze Finanzwesen der Gemeinde einer Neuordnung unter-
liegt werden soll. Die Etat- sowie Rechnungscommission wird diese
Angelegenheit prüfen. — Die bei der letzten Stadtratung zurück-
gestellten Anträge der hiesigen Lehrerschaft auf Erhöhung ihres
Gehaltes usw. sowie auch der Beamtenchaft wurden in etwas be-
rückichtigt. So wurde das Grundgehalt der Lehrer von 1300 auf
1400 M. erhöht sowie die Wiederschuldigung der ledigen Lehrer
und Lehrerinnen auf das $\frac{1}{2}$ fache der vollen Entschädigung erhöht.
Die Schuldner erhalten ein Gehalt von 1100 M. Diese Er-
höhungen treten zum 1. Oktober 1905 in Kraft. Die Gehälter der
Gemeindebeamten sollen vom 1. April 1906 um je eine Gehaltsstufe
erhöht werden, jedoch bleibt das Endgehalt bestehen. Den Beamten
sowie Gemeindegliedern eine einmalige Teuerungszulage zu ge-
währen, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Ein weiterer
wichtiger Beschluß ist die Anlegung eines Schulgartens, und zwar
ist hierzu der Park des Gemeindegrundstückes Albertinestr. 6 aus-
ersehen, der dann zugleich der Öffentlichkeit erschlossen wird. Dies
ist hiermit der erste öffentliche Park, den Weißensee
aufzuweisen hat. Während zu Anfang der Sitzung das
Andenken des verstorbenen Schöpfen Wäber gezeit wurde, gab zum
Schluß der stellvertretende Gemeindevorsitzer das Testament des ver-
storbenen Gemeindevorstehers Feldmann bekannt. Hiernach schuldet der
Totengräber Wäber dem Verstorbenen eine Summe von 1800 M.,
wofür er verpflichtet wird, die Gräber der Eheleute Feldmann zu
pflegen; außerdem erhält die Gemeinde 5000 M.; aus den Zinsen
dieser Summe sollen die Gräber, wenn erstere Summe aufgebraucht,
bis zu 30 Jahren gepflegt und erhalten werden. Der dann noch
übrigbleibende Teil wird der Armenverwaltung überwiesen. Ebenso
wurden der Gemeinde die von dem Verstorbenen hinterlassenen
Ehrenkinder, Diplome und Bilder gewidmet, die er aus verschiedenen
Anlässen von den einzelnen Vereinen erhalten hat. Ueber die An-
nahme dieses Testats wird die nächste Sitzung entscheiden.

Friedrichsfelde.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden für die
Entwässerung des Armenhauses laut Anschlag 1154 M. bewilligt.
Inferatenteil veranlagt: J. H. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

tomit endlich einer der schlimmsten Mißstände im Armenhause be-
seitigt wird. — Die Inspektorstelle für das Nikolajew Wägenhose
wurde dem Inspektor vom Wägenhose Hof Herrn Heinrich übertragen.
Unter Verschiedenem frag Genosse Vinsler an, ob es wahr sei, daß
auf demselben Grundst. wo vor zwei Jahren die Typhusepidemie
ihren Ausgang nahm, jetzt wieder ein schwerer Fall von Unterleibs-
typhus vorgekommen sei; ferner, warum die Straße nach dem Bahn-
hof Friedrichsfelde-Df immer noch nicht befestigt werde und warum
die Baugrube für den Aufbau auf dem Mädchenhause so wesent-
lich überschritten sei, da doch der Höhenbau während den großen Ferien
fertig sein sollte. Der Gemeindevorsteher antwortete, daß der Krank-
heitsfall noch nicht genau festgestellt sei, der Kranke befinde sich jetzt
im Krankenhaus. Die Sanitätskommission solle die Geschäfte
revidieren und das Brunnenwasser untersuchen. Für die Befestigung
der Straße nach dem Bahnhof sei die Genehmigung des
Kreises noch nicht eingetroffen (seit $\frac{1}{2}$ Jahren). Der Aufbau auf
dem Mädchenhause hat sich des schlechten Wetters wegen ver-
zögert. — Die Mädchen haben schon seit den Ferien nur nachmittags
Unterricht im Anabenhause.

Schmargendorf.

In der am Dienstag, den 12. September, stattgefundenen Mit-
gliederversammlung des hiesigen Wahlvereins gab Guttbier den
Bericht von der Kreis-Generalversammlung in Keltow. Derselben
war zu entnehmen, daß auf der Kreis-Generalversammlung wohl
über allgemeine Tagesfragen, die man alle Tage (spaltenlang bis
zum Ueberdruß im „Vorwärts“ zu lesen bekommt, wie z. B.
Anarcho-Sozialismus, stundenlang debattiert wurde, hingegen
Angelegenheiten, die den Zentral-Wahlverein direkt betreffen, wie
A. V. Anträge zum Parteitag in Jena, wegen zu langer Dauer der
Generalversammlung einfach durch Schlußantrag erledigt wurden.
Die Versammlung erkl. hierin eine Vergeßlichkeit der kleineren
Vereine, sie ist der Ansicht, daß der Zweck der Generalversammlung
in erster Linie der ist, erst die direkten Angelegenheiten des Vereins
in Ruhe zu erledigen und sich dann mit Sachen zu befassen, die
nicht in den engen Rahmen einer Generalversammlung gehören.
Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung des Wahlvereins Schmargendorf
protestiert dagegen, daß auf der Kreis-Generalversammlung Ange-
legenheiten erörtert werden, die weniger in dem engen Rahmen
einer Kreis-Generalversammlung zu diskutieren geeignet sind, da
dadurch den einzelnen Anträgen der Zweigvereine nicht die nötige
Beachtung geschenkt werden kann; sie erwartet, daß eine derartige
Einstellung der Tagesordnung nicht wieder vorkommt. Ist die
Generalversammlung nicht in der Lage, die eingelassenen Anträge
in einem Tage zu erledigen, so ist eine zweite Versammlung ein-
zuberufen, um so allen Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihre
Anträge zu begründen.

Ober-Schöneweide.

In der letzten öffentlichen Wahlvereinsversammlung im Restaurant
„Wilhelminenhof“ hielt Genosse Dr. Laurenbrecher einen
Vortrag über: Die Formen der Revolution. An der
Hand der Geschichte gab der Referent ein instruktives Bild, wie in
den einzelnen Epochen des Gesellschaftslebens einzelne Klassen oder
Personen bestrebt waren und erreichten, die Staatsgewalt an
sich zu bringen. Anknüpfend an die Generalsstreikidee des
Genossen Friedberg meinte der Referent: Ganz analog der
geschichtlichen Entwicklung — wona vorherher Umwälzungen jahr-
hundertlangere Vorbereitung und Ningen voransag — sei das unruhige
Drängen nach Laten zu beurteilen. Dieser Drang nach Betätigung
müsse darin aufgehen, möglichst viele Anhänger für unsere Ideen zu
gewinnen, ein geschehles Proletariat zu erziehen, Organisations-
ziffern, Wahlbeteiligungen usw. zeigten in dieser Beziehung noch ein
weites Agitationsfeld. Genosse Beijer hielt dem Referenten
entgegen, daß die französische Revolution, welche im
Vortrage nicht erwähnt sei, jedenfalls spontan erfolgt wäre,
und doch wohl nicht immer ein langer Werdegang notwendig sei.
Genosse Luban erklärte sich als entschiedener Anhänger Friedbergs
und verworf den politischen Kampf, der verpumpt.
Vom Referenten wurde ihm entgegengehalten, daß, nachdem in
jahrhundertlangere Agitation, gestützt auf die politischen Vor-
gänge, jetzt verhältnismäßig immer noch eine große Anzahl mit-
serneht, es mindestens sehr zweifelhaft sei, bei
alleiniger Propagierung des Generalsstreiks bessere
Resultate zu erzielen. Ein Verpumpen oder Einkläffern sei hierbei
weit eher zu befürchten, da in absehbarer Zeit auf eine Gesten-
machung dieser Idee nicht zu rechnen sei. Jetzt solle die Betätigung
auf politischen Gebiete für Aufrüttelung.

Johannisthal.

Die durch Verzug des Genossen Paul Mann notwendig ge-
wordene Ersatzwahl der dritten Wählerklasse zur
Gemeindevertretung findet am Freitag, den 23. September, nach-
mittags von 5-7 Uhr, im Restaurant „Eindenhof“, Friedrichstr. 61
statt. Kandidat für die sozialdemokratische Partei ist der Tischler
Hermann Dähring, Köpenickerstr. 3. Da seitens der bürger-
lichen Parteien Anstrengungen gemacht werden, daß Mandat zu er-
obern, ist es Ehrenpflicht der sozialdemokratischen Arbeiterchaft,
vollständig und pünktlich bei der Wahl zu erscheinen und ihre Stimme
dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Teltow.

Genosse Katteten in der letzten Nacht dem Gastwirt W. Rasensh
am Ruhlsdorfer Platz einen Besuch ab und stahlen dabei für
zwei 150 M. Nahrungsmittel. Die Attentäter nahmen ihren Weg
durch die vorher eingedrungenen Scheiben des Langloes. Von den
Spitzbuben hat man bisher keine Spur.

Spandau.

Beim Baden ertrunken ist gestern mittag im Spandauer Schiff-
fahrtskanal ein offenbar geistesgestörter unbedarfter Mann, dessen
Leiche noch nicht gefunden werden konnte. Der etwa 40jährige Mann,
der den Passanten durch sein seltsames Gebaren auffiel, hatte sich
in der Nähe des Jungfernsteigs entkleidet und verjuchte dann im
Kanal zu baden. Als er in eine tiefe Stelle geriet, ging er spurlos
im Wasser unter. Rettungsversuche waren vergeblich.

Befehl hat sich der Magistrat von seiner jahrelang vertretenen
Anschauung, daß die Gemeindebehörden kein Recht hätten,
in gewissen Dingen auf die Regierung einzuwirken; dem von unseren
Genossen am 31. August d. J. gestellten und von der Mehrheit der
Stadtverordneten genehmigten Anträge, die Reichsregierung um
Aufhebung der Grenzperre für Schlachtwieh zu ersuchen, hat der
Magistrat diesmal — zu allgemeiner Verwunderung —
seine Zustimmung gegeben! Die entsprechende Petition
ist, wie der Bürgermeister Wolff am Donnerstag den Stadtverordneten
mittelte, auch bereits abgegangen, ja, der Magistrat will sogar ein
übriges tun: er hat seine Vertreter beauftragt, den am Sonntag in
Charlottenburg zusammentretenden brandenburgischen Stadtrat zu
einer Stellungnahme zur Fleischnotfrage zu veranlassen!
Somit hat der Magistrat das Mißständige seiner jahrelang beob-
achteten, den Interessen der Bevölkerung absolut zuwider-
laufenden Haltung zu „politischen“ Petitionen endlich eingesehen;
unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der scharfen Kritik
unserer Parteigenossen ist dieses Wunder geschehen. Hoffentlich ist
diese Verringerung nicht nur vorübergehend!

Der Mord bei Zenthen. Die weiteren Ermittlungen der Polizei-
behörde in der Mordaffäre bei Zenthen haben zu dem f. h. r. Schluß
geführt, daß ein Mord und nicht ein Totschlag vorliegt.
Der Mörder ist und hierauf deuten gewisse Spuren, eine in der
Gegend von Zenthen anfassige Persönlichkeit, die der Ermordeten
nicht unbekannt war. Die nach dieser Richtung geführten Er-
hebungen haben bereits zur Aufnahme einer bestimmten Spur
geführt.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.

Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 36.

Telephon: Amt IV, 9720.

Zur Wahl der Filialbeamten!

Die Stichwahl zwischen den Kollegen

Ringel und Klotz

findet am Sonntag, den 17. d. M., in den bereits bekanntgegebenen Lokalen von morgens 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr statt.

Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder wird erwartet.

125/11

Gleichzeitig geben wir schon heute bekannt, daß am Donnerstag, den 21. September, die Mitglieder-Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung des einzureichenden Lohnarfs in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29 stattfindet.

Wir ersuchen die Kollegen, sich an diesem Abend nichts anderes vorzunehmen, da wir erwarten, daß jedes Mitglied in der Versammlung erscheint.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Sonntag, den 17. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (Saal 4):

Versammlung der Bautischler.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über den in der letzten Versammlung gefaßten Beschluß und Stellung der Verwaltung zu demselben. 2. Diskussion. 3. Wahl der Kommission für die einzelnen Bezirke. 4. Verschiedenes.

Kollegen, wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht, daß ein jeder in dieser Versammlung pünktlich erscheint.

92/14

S. U.: Karl Reiche.

Sonnabend, den 23. September:

Stiftungs-Fest

in „Kellers Festsälen“, Koppenstr. 29:

Konzert, ausgeführt vom Neuen Tonkünstler-Orchester. (Dirigent: Herr Franz Hollfelder.)

Wirtin: Frau Vera Goldberg (Sobran).

Wirt: Herr Alfred Wittenberg, Berl. Männer-Chor 1905. (S. U. S. S.)

Während des Konzerts im oberen Saale: **TANZ.**

Nach dem Konzert im großen Saale: **„BALL“**

Entree 50 Pf. Tanz frei.

Auf den Zahlstellen werden an diesem Sonnabend von 7-9 Beiträge entgegengenommen. (92/14) Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter).

Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Linienstr. 19, I.

Sonntag, den 17. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal I:

Bereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Adolf Ritter über: „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung“. 2. Abrechnung von der Urania-Vorstellung. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

41/18

Der Vorstand.

Achtung! Vergolder. Achtung!

Filiale Berlin.

Montag, den 18. September, abends präzis 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Anschlag an eine größere Organisation. Referent Genosse Theodor Glocke. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Projektionsvortrag. 4. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen, es ist Pflicht, daß jeder in der Versammlung seiner Meinung über eine derartige wichtige Frage Ausdruck verleiht; ersuche daher ein jedes Mitglied pünktlich.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin II.

Bretterträger und Brettschneider.

Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten und Neuwahl desselben. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. NB. Den Kollegen zur Erinnerung, daß laut Beschluß die Versammlung eine Stunde früher beginnt. (19/19) Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands.

(Ortsverwaltung Berlin u. Umgegend.)

Versammlung.

Sonntag, den 17. Septemb., nachmittags 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75: Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Hrn. Dr. Wolkheim: „Die Chemie der Küche“. 2. Anträge zur Generalsammlung des Verbandes Ostern 1906. 3. Verschiedenes, Fragekasten, Aufnahme neuer Mitglieder.

Zu dem Vortrag sind die Frauen besonders eingeladen. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist reger Besuch geboten. Da die Oberversammlungen auf den 1. und 15. fallen, finden die Zahlende nicht an Tage nach, sondern am 30. September u. 14. Oktober statt.

Sonnabend, den 21. Oktober 1905, bei Voigt, Ritter-Str. 75:

Herbst-Kränzchen.

Da der Ueberblick zur Weihnachtsgeschenkung für Witwen und Waisen bestimmt ist, so ist jeder Kollege verpflichtet, ein Billett zu nehmen. Dieselben sind beim Vorstand und in familiären Zahlstellen zu haben. Die Ortsverwaltung.

139/5

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung: 27.-30. Septbr.

12.977 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

490000

Hauptgewinn: Mark

75000

Originallose à Mk. 3.30.

Für Porto und Liste 30 Pf extra

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Gesellschaft

Berlin W., Friedrichstr. 181 und Andreasstraße 46 a.

Ueberzeugung macht wahr!

Nur bei

J. Grünberg

Jetzt

Chausseestr. 82

finden Sie die größte Auswahl in

Abonnements- und Monats-Garderoben.

Beachten Sie meine Schaufenster und Preise!

Mein Geschäft war bisher 26 Jahre Boyenstraße No. 44.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

klein-Berlin. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Blat-Taschen. Große Hüften umloht. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 RM. **4 RM. 50**

Wandhosen-Hose Marke Gambrinus, Zwirnweite . . . 5 RM. 50
Gefütterte Wandhosen-Jacke 14,50 8,75
Schlauer Monteur-Jacke 1 RM. 90
Schlauer Monteur-Jacke . . . 1 RM. 50
Schlauer Monteur-Jacke . . . 2 RM. 50
Schlauer Monteur-Jacke . . . 2 RM. 10
Weiße Felle-Jacke 3,50, 2 RM. 75
Schlauer-Jacke, weiß . . . 4 RM. 50
Wandhosen . . . 2,50, 2 RM. 25
Schlauer-Jacke (braun) 3.-, 2 RM. 40
Weiße Leder-Jacke, weiß 7,50, 3 RM. 75
Schlauer-Jacke, blau, nach Vorchrift . . . 5 RM. 50

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseestr. 24a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 95. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacke und Mänteln die Brustweite anzugeben. 30152

— Versand von 20 RM. an franco. —

Bekanntmachung.

Zwischen der Firma Danneberg & Quandt, Maschinenfabrik, und den Berliner Klempnern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war unter dem 1. April 1903 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, welcher bis 1. September 1905 Gültigkeit hatte. Wegen Ablaufes eines neuen Vertrages mit sämtlichen bei der Firma beschäftigten Arbeitern haben zwischen den Parteien Verhandlungen stattgefunden, welche für die Arbeitnehmer von einem Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geführt wurden, aber ein befriedigendes Ergebnis nicht hatten. Die Parteien ziehen deshalb das Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Entscheidung an. In dessen Sitzung vom 5. September 1905, an welcher unter dem Vorsitz des Magistrats von Schulz teilgenommen haben:

1. Karl Lange, Wittinhaber der Firma Lange u. Gutzkeit,
2. Karl Dünnebell, Wittinhaber der Firma Dünnebell u. Dünnebell, als Vertrauensmänner der Arbeitgeber;
3. Alwin Körten, Formner, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer
4. Max Behrendt, Metallarbeiter, Arbeitnehmer

wurde nachstehender

Vergleich

vereinbart:

Zwischen der Firma Danneberg & Quandt, Berlin, einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband andererseits wird folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

- I. Der Vertrag gilt vom 1. September 1905 ab und endet am 1. September 1907. Wenn derselbe nicht drei Monate vor seinem Ablauf gekündigt wird, soll er mit gleicher Kündigungsjahr immer ein Jahr weiter Gültigkeit haben.
- II. Gemeinsame Bestimmungen für alle Branchen des Betriebes:
Die Arbeitszeit beträgt in der Werkstatt und auf Montage neun Stunden pro Tag. Sonnabends wird eine Stunde früher Feierabend gemacht. An den Arbeitstagen vor den drei hohen Feiertagen soll zwei Stunden früher Feierabend gemacht werden; in beiden Fällen ohne Lohnabzug.
An allen Tagen wird den Arbeitern mittags eine halbe Stunde Ruhezeit gewährt.
Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von dreißig Prozent gezahlt, mit Ausnahme derjenigen Ueberstunden, welche aus Betriebsstörungen resultieren; in diesen Fällen kommen die Bestimmungen des § 105 a der Gewerbe-Ordnung zur Anwendung. Ueberstunden, die nicht ausdrücklich von der Firma bezogen sind, werden nicht vergütet. So lange noch in der Fabrik Arbeit ist für weitere Ueberstunden, dürfen Ueberstunden nicht gemacht werden. Jahrgeld und Jahrgeld-Einbüßung werden gewährt und zwar:
a) 1 Stunde Montagelohn als Zuschlag pro Tag für Arbeiter bis 3 km Luftlinie vom Werkort entfernt; die 1 Stunde Montagelohn wird aber nur gezahlt, wenn die Arbeitszeit außerhalb der durch diesen Vertrag festgesetzten Arbeitszeit fällt.
b) Das tatsächliche vorausgegebene Jahrgeld mit dem vom Arbeitgeber vorzuschreibenden Verkehrsmittel. Ferner die verbrauchte Jahrgeld (mindestens 1 Stunde aber pro Tag) für Arbeiter über 3 km vom Werkort entfernt innerhalb Berlins und seiner Vororte.
c) Eine Einbüßung von 3,50 Mark für das Ausland (außerhalb Berlins) und für das Ausland 5,50 Mark außer dem Werkortelohn bei Arbeiter, welche ein Ueberstunden außerhalb Berlins notwendig machen. Es bleibt der Firma vorbehalten, ob ein Ueberstunden notwendig ist.
Für die Sonn- und Feiertage sowie für die Hin- und Rückfahrt werden die unter c) genannten Zuschläge ebenfalls gegeben. Es darf niemand gezwungen werden, Montage-Arbeiten im Afford anzuferigen. Wegen Verweigerung derartiger Affordarbeiten darf ebensowenig die Entlassung eines Arbeiters erfolgen.
Die Affordabgabe der preislichenmäßigen Fabrikate, welche in dem Kontor des Meisters ausliegt, muß den Arbeitern bei Affordarbeiten auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt werden.
- III. Die Löhne für die einzelnen Branchen der Fabrik:
1. Schloßergesellen. Der Mindestlohn derselben beträgt in den ersten 14 Tagen nach der Einstellung als Geselle 45 Pfennig, von da ab 50 Pfennig pro Stunde.
2. Klempner. Der Mindestlohn für dieselben beträgt vom 1. September 1905 bis 31. März 1906 — 60 Pfennig; von da ab bis zur Beendigung des Vertrages 62 1/2 Pfennig pro Stunde. Bei Montage-Arbeiten wird während der ganzen Vertragsdauer auf den Werkstattdienst ein Zuschlag von 5 Pfennig pro Stunde gewährt.
3. Dreher. Der Mindestlohn für dieselben beträgt im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 50 Pfennig pro Stunde, von da ab 60 Pfennig pro Stunde.
4. Maschinenarbeiter. Der Mindestlohn derselben beträgt für Arbeiter unter 18 Jahren in den ersten 6 Monaten ihrer Tätigkeit innerhalb des Betriebes 30 Pfennig pro Stunde, von da ab 35 Pfennig pro Stunde.
Für Maschinenarbeiter über 18 Jahre sind während der ersten 6 Monate ihrer Tätigkeit innerhalb des Betriebes zu zahlen 40 Pfennig pro Stunde, von da ab 45 Pfennig pro Stunde.
5. Hilfsarbeiter. Der Mindestlohn für dieselben beträgt 40 Pfennig pro Stunde.
- IV. Sämtliche bei der Firma beschäftigte Arbeiter empfangen bei Arbeiten außerhalb der Fabrik — in Berlin und Vororten — einen Zuschlag von 5 Pfennig pro Stunde zu ihrem Werkstattdienst.
- V. Bei Differenzen aus vorstehendem Tarifvertrage usw., welche zu Klärsperungen bzw. Streiks führen könnten, soll ein Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes mit dem Firmeninhaber bzw. ihren Bevollmächtigten zusammenzutreten, um diese zu beseitigen. Die so gebildete Kommission soll auch gehalten sein, für den Fall, daß dieser Vertrag abläuft, einen neuen Tarifvertrag zu entwerfen und zur Annahme der Parteien zu bringen. Wenn bei Differenzen usw. und zum Zustandekommen des Vertrages eine Einigung nicht herbeigeführt wird, so verpflichten sich die Parteien, umgehend und zwar spätestens innerhalb 3 Tagen das Einigungsamt anzurufen. Bis zur Entscheidung des Einigungsamtes dürfen keinesfalls Ausfällungen und Streiks stattfinden.
- VI. Sollte im Jahre 1906 für die Schloßer Berlins ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden, so soll für die sämtlichen in dem heute abgeschlossenen Tarifvertrage genannten Branchen, letzterer Tarifvertrag die gleiche Geltendmachung wie der Tarifvertrag der Schloßer haben. Es wird aber ausdrücklich hiermit betont, daß der vorstehende Tarifvertrag unter allen Umständen 2 Jahre Gültigkeit haben soll.

gez. von Schulz, Karl Lange, Karl Dünnebell, A. Körten, M. Behrendt, Danneberg, Bruno Danneberg, Unter Vorbehalt der Genehmigung der Versammlung der Arbeiter unterzeichnet

gez. Adolf Cohen, Hermann Paul, Hermann Roeske.

Vorstehender Vergleich wird auf Grund des § 76 unseres Reichsgesetzes mit dem Beweisen bekannt gemacht, daß die Versammlung der Arbeiter die Genehmigung unter der Voraussetzung erteilt hat, daß für Sonntag- und Nacharbeit 50 Prozent Zuschlag gewährt werden. Die Firma hat sich auf unsere Anfrage hierzu bereit erklärt.

Berlin, den 12. September 1905.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes, gez. von Schulz.

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.

Die schönsten 43112

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge

in neu sowie speziell

Monats-Garderobe

von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauganzüge sind in großer Auswahl stets zu handverlesen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.

Hochachtungsvoll Kottbuser Dr. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Stuhlflecht-

rohr in vorzüglicher Qualität. Stuhlrohrlager Wallstr. 16.

Achtung! Brunnenbauer und Hilfsarbeiter!

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Sonntag, den 17. September 1905, vormittags 10 Uhr:

Sektionsversammlung

im Lokale von R. Augustin, Draußenstraße Nr. 103.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag, Referent: Kollege Gräber. 2. Diskussion. 3. Festsetzung unseres Versammlungslokals. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Modelleure! Stukkateure!

Sonnabend, nachmittags 5 Uhr:

Werkstattbesprechung

der Kollegen der Firma Thiele, Friedenau.

Treffpunkt 4-5 1/2 Uhr vor der Thiele'schen Werkstatt (am Güterbahnhof).

Der Treffpunkt vor der Werkstatt ist gewählt, um die indifferenten Bauherren besser zur Teilnahme bewegen zu können.

Auf zahlreiches Erscheinen der Bildhauer und Stukkateure rechnen wir!

Die Kommission. S. U.: Krebs, Büttrich.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zement-Branchen

(Gruppe der Zementierer).

Sonntag, den 17. September 1905, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Lokale Brunnenstr. 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hermann Kämpfer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 148/9

Zahlreiches Besuch erwartet. Der Gruppenvorstand.

Kleber!

Von Montag, den 18. September, an tritt die rote Marke in Kraft und muß sich dieselbe im 7. Felde der Karte befinden. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß im Besitz dieser Karte sein. Die Ausgabe der Karten erfolgt Sonntag vormittags bei Krüger, Rosenstraße 7; Stephan, Wienerstr. 31; Pankow, Fellebergerstr. 32; Kieker, Steinmühlstr. 35 sowie Sonnabends und Sonntag bei Morke, Bergstr. 10; Ralk, Charlottenburg, Goeßelstr. 28/29; ferner wochentags von 7 bis 9 Uhr im Arbeitsnachweis, Rüdigerstr. 9.

Achtung! Mittwoch, den 20. September, findet in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, eine Versammlung der Kleber statt, die sich mit dem Ueberfallenden der Einkommensbesatz (Annonce Sonntag). Die Kollegen werden hierauf hingewiesen. 179/13

Die Verbandsleitung.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung Liefero elegante fertige

Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 37, II, Eingang Straußberger Platz.

Dr. Simmel,

Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 29/14

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseestr. 24a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 95. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacke und Mänteln die Brustweite anzugeben. 30152

— Versand von 20 RM. an franco. —

Radbruch verboten!

Spezial-Geschäft für Uhren.

E. Möbis,

14 Brühlstr. 14 (am Spittelmarkt). Zweites Geschäft: Koppenstr. 82.

Elektromotoren-Anlagen Ingenieur J. Fr. und Jr., Gieselerstr. 20a.

1 neue Uhr-Feder 1a 75 Pf.
1 neue Uhr-Feder 1b 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring 10 Pf.
1 neuer Uhr-Beleg 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schüssel 5 Pf.
Neue Uhren in größter Auswahl, genau reguliert.

WARENHAUS A. WERTHEIM

Konserven

Brech- u. Schneidebohnen

1/2 Dose 25 Pf., 3 Pfund-Dose 37 Pf., 5 Pfund-Dose 60 Pf.

Stangenspargel II 1/2 Dose 1.20, 1/2 Dose 65 Pf.

Stangenspargel III 1/2 Dose 80 Pf., 1/2 Dose 45 Pf.

Bruchspargel I 1/2 Dose 85 Pf., 1/2 Dose 48 Pf.

Reineclauden 1/2 Dose 75 Pf., 1/2 Dose 43 Pf.

Erdbeeren naturell 1/2 Dose 98 Pf., 1/2 Dose 55 Pf.

Heidelbeeren 1/2 Dose 58 Pf., 1/2 Dose 35 Pf.

Deutscher Kakao Pfund 90 Pf., 1.15 | Holländ. Kakao Pfund 1.80, 2.10

Salamiwurst In Rinddarm Pfd. 1.25 | Cervelatwurst In Rinddarm Pfd. 1.25 | Casseler Rippespeer Pfund 90 Pf.

Bruchspargel 1/2 Dose 70 Pf., 1/2 Dose 40 Pf.

Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose 58 Pf., 1/2 Dose 34 Pf.

Feine Schoten 1/2 Dose 52 Pf.

Schoten 1/2 Dose 38 Pf.

Spinat 1/2 Dose 45 Pf., 1/2 Dose 28 Pf.

Johannisbeeren rot 1/2 Dose 68 Pf., 1/2 Dose 40 Pf.

Stachelbeeren 1/2 Dose 65 Pf., 1/2 Dose 38 Pf.

Saure Kirschen mit Steinen 1/2 Dose 65 Pf., 1/2 Dose 38 Pf.

Junge Gänse Pfund 63 Pf.

Italien. Weintrauben Kiste ca. 5 Pfd. 85 Pf., Kiste ca. 8 Pfd. 1.15 Mk.

Frisches Obst ist von der Zusendung ausgeschlossen.

Einsegnungs- Anzüge

ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant und tadellos sitzend.



Beste Verarbeitung.
Vollständiger Ersatz für
Massarbeit.

Die Preise sind je nach Größe.

Anzüge in Satin-Kammgarn oder
Krepp-Cheviot von 12 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn oder
Diagonal-Cheviot von 15 M. an
Anzüge in schmal geripptem
Kammgarn o. Kammgarn-Cheviot
von 17 M. an

Anzüge in Rips-Kammgarn, schmal
geripptem Kammgarn oder Satin-
Kammgarn von 20 M. an

Anzüge in Corscrew-Kammgarn
o. Rips-Kammgarn von 22 M. an

Anzüge in sehr gutem Kammgarn-
Cheviot oder Rips-Kammgarn
von 25 M. an

Anzüge in feinstem Tuch-Kamm-
garn oder hochelegantem Twill
von 30 M. an

Gesellschaftsanzüge
für Herren.

Rock-Anzüge von Twill, Cheviot,
Rips-Satin oder Tuch-Kammgarn 27,
33, 38, 43, 48 und 53 M.
Gehrock-Anzüge von Tuch-
Rips- oder Satin-Kammgarn 30, 36,
42, 48, 54 und 60 M.

Smoking-Anzüge von Rips- oder
Tuch-Kammgarn 33 und 43 M.

Frack-Anzüge von hochfeinem Tuch- oder Satin-Kammgarn,
äußerst sauber mit Seide abgefüttert, 54 und 60 M.

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung
und zu streng festen Preisen statt.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe.

Berlin SO. Berlin W.

Oranien-Strasse 166, Potsdamer Strasse 113a.

Potsdam, Nauener Strasse 23.

Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.

Geschäfts-Eröffnung!

Heute Sonnabend, den 16. September, eröffne ein

Spezial-Haus

für Kostüme, Blusen,
Kostümröcke, Jupons etc.

Otto Nack,

37 Oranien-Straße 37,

zwischen Adalbert-Straße und Oranien-Platz.

Jeder Käufer erhält ein elegantes Geschenk!

Wo?

machen wir des Sonntags hin?
Nach Pichelswerder
zum
alten Freund!
Größter Tanzsaal!

PROBLEM

Cigaretten
über-treffen Importen

Beste
deutsche
Fabrikate
überall
zu
haben.



W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen.

300 volle 8 Pfg.-Zigarren für 11.40 M.

Anfolge Anlaß eines Kontingents kann ich dies bieten. 300 großartigste
10 Pfg. 13.20 M. 300 feinste 7 Pfg. 10.50 M. Bitte über-
zeugen Sie sich. Berndt, Verlagsbuchh., Berlin, Kreuzbergstr. 29, I.



Greift zu!

dem Besten
Monats-Anzüge . . . v. 8.50 M. an
Abonnements-Anzüge . . . 9.50
Monats-Paletots . . . 9.-
Joppen . . . 5.-
Partie-Anzüge, teils mit
unverwundbaren Reßlern . . . 10.50
Anzüge, Ersatz für Rob. . . 20.-
Stimmung-Top od. Jacketts . . . 3.-
Gehragene Kleidungsstücke von Ka-
balleren, Kellern, aus den feinsten
Werkstätten Berlins, teils von Hol-
lieferanten, kolossal billig. 30/9
Eisenbahn-Bergitung!
Bitte
Central-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35, an der
3. Minut. n. Stadtbahn Wannowbrücke

Zigarren!

Billigste
Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 18.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.

Neu! Petroleum-Glühlicht
Auf jed. Lampe pass.
Große Auswahl von
Tisch- u. Hängelampen.
Echte Bronzegaskronen
3-flammig, M. 15.50.
W. Krusemark,
Berlin SO.,
205, Oranienstr. 205.
Tel.: Amt IV. No. 1099.
5 Proz. Rabatt.
1414L*

4011L*
Gelegenheits-Partie
Gardinen
abgepaßte Fenster,
weiß und crème
Shawllänge pro M. 2.50
3 Mtr. Estr.
Shawllänge pro M. 3.35
3.20 Mtr. Estr.
Imit. Point-lace-
Gardinen, pr. Estr. M. 5.85
Eleg. Seneslons-
Tüll-Stores M. 1.85
Gestickte echte
Spachtel-Stores M. 6.00
Goldfarb. reich-
gestickte
Band-Stores M. 4.85
Tüllbett- 180/220 M. 2.35
decken cm M. 2.35
Reichgest. Erbs-
tüllbettdecken M. 6.35
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Gardinen-
Katal. m. ca. 600 Abbildungen
gratis und franko.